



75

jahre

1922-1997

studentenwerk  
service für studierende hamburg

STUDENTENWERK



HAMBURG



75 Jahre Studentenwerk Hamburg  
„Service für Studierende“  
1922 - 1997

	INHALT	Seite
<b>Vorwort</b>	„75 Jahre Service für Studierende“	5
<b>Grußworte</b>	Prof. Dr. Leonhard Hajen, Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung Prof. Dr. Rolf Dalheimer, Präsident der Fachhochschule Hamburg, Vorsitzender des Verwaltungsrates Horst Bachmann, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks	6 8 10
<b>Beiträge</b>	Prof. Dr. Jobst B. Mielck, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes „Wolfgang Homfeld: 25 Jahre im Ehrenamt“	13
	Prof. Dr. Wolfgang Walter, Mitglied des Verwaltungsrates "Manfred Klee: Fast 35 Jahre Mitarbeiter und Geschäftsführer"	19
	Snjezana Erdeg, Claudia Fiedler, Katharina Dufner, Jeannette Paulsen, Marc Kröger, Petra Spille, Angelika Friedrich, Hagen Eichler, Sonja Lattwesen, Adnan Üncü, Karsten Lindloh, Rolf Lange, Dana Herberg: AStA der Universität Hamburg "Gedanken zur Sozialpolitik für Studierende"	29
	Hans Fuhrke, Vorsitzender des Personalrates "Zielgerichtete Partnerschaft zum Wohle des Betriebes"	35
<b>Geschichte</b>	Dr. Silke Jendrowiak, Fachredakteurin für Bildungspolitik, NDR I. Ein Anfang im Geist der neuen Zeit - Die Hamburger Studentenhilfe	39
	In der Mitte - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von A - Z	56
	II. Rückbesinnung und Wiederaufbau - Die Neugründung	60
	III. Im Jubiläumsjahr 1997 - Das Studentenwerk Hamburg	81
<b>Chronik/ Zahlen</b>	Chronik 1922 - 1997 Studentenwerk in Zahlen 1922 - 1997 Fünfjahresschritte 1970 - 1995 Organisationsplan Vorsitzende von Verwaltungsrat und Vorstand, Geschäftsführer	97 104 106 108 110

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Studentenwerk Hamburg, Anstalt des öffentlichen Rechts,  
Von-Melle-Park 2, 20146 Hamburg, Tel. 040/41 902-232, Fax 040/41 902-100  
Redaktion: Dagmar Höfer; Auflage: 2.500, April 1997; Druck: W. Paasch, Hamburg  
Fotos: Sofern nicht anders vermerkt, Archiv des Studentenwerks.  
Titelbild: Carola Wolf, Fachbereich Gestaltung, Fachhochschule Hamburg



Mitten auf dem Campus der Universität Hamburg, dem Von-Melle-Park (ehemals Bornpark/Beneckestraße), zwischen WiWi-Bunker, Audimax und Philosophenturm befindet sich das Studentenhaus (Baujahr 1952, erweitert 1958 und 1974), Sitz des Studentenwerks Hamburg.  
Weitere Gebäude des Studentenwerks: Wohnhaus Grindelallee 76 (Baujahr 1957, saniert 1984); „BAföG-Amt“, Grindelallee 9, seit 1977 Sitz der Förderungsabteilung. (Mago Luftbild, Archiv Nr. 4132/96)

### Vorwort - 75 Jahre Service für Studierende

Im April 1997 feiert das Studentenwerk Hamburg seinen 75. Gründungstag. Für uns ist dieses Jubiläum Anlaß, die Geschichte des Studentenwerks zu dokumentieren und das heutige Leistungsspektrum vorzustellen. Ich danke den Autorinnen und Autoren sowie allen, die an dieser Schrift mitgewirkt haben.

Selbsthilfe und Solidarität waren 1922 die Grundgedanken, die sich wie ein rotes Band durch die Entwicklung des Hamburger Studentenwerks zogen. Heute wollen wir als hochschulübergreifende Sozialeinrichtung den Lebensraum Hochschule mitgestalten. Um die Erwartungen und Wünsche der Studierenden zu erfüllen, stellen wir den Dienst am Kunden - den Gast in der Mensa, den Mieter im Wohnheim, den Antragsteller beim BAföG, den Ratsuchenden - in den Mittelpunkt unseres Handelns.

Ziel ist es, nicht nur den heutigen Ansprüchen der Studierenden zu genügen, sondern auch Trends zu setzen und Innovationen für die Zukunft in den Bereichen Verpflegung, Wohnen, Ausbildungsförderung und Beratung voranzutreiben. Hierbei sind wir bestrebt, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit zu verbinden.

Von zentraler Bedeutung für Studierende sind nicht nur Hörsäle, Institute und Fachbereiche, sondern auch die Einrichtungen des Studentenwerks, die vielen von ihnen eine Hochschulausbildung erst ermöglichen oder zumindest erleichtern. Günstige Wohnheimmieten und preiswerte Mensaverpflegung unterstützen vor allem jene Studierenden, deren Eltern nur über knappe finanzielle Ressourcen verfügen. Es wird auch weiterhin Aufgabe der Studentenwerke sein, dazu beizutragen, soziale Chancengerechtigkeit zu fördern.

Wohlwissend, daß gute Arbeit nur im Zusammenspiel geleistet werden kann, geht mein besonderer Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Mitte dieses Heftes alphabetisch aufgeführt sind.

(Manfred Klee)  
Geschäftsführer

## Grußworte der Freien und Hansestadt Hamburg

75 Jahre Studentenwerk Hamburg - das ist ein guter Anlaß, um innezuhalten, an die Vergangenheit des Studentenwerks zu erinnern und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Von der Gründung des Studentenwerks Hamburg in den Notzeiten der Weimarer Republik, über die Auflösung während der Zeit des Nationalsozialismus, den Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg, die Zeiten der "Studentenrevolte" bis heute: Das Studentenwerk hat wie in einem Mikrokosmos sich parallel mit den Zeitläuften verändert. Den gründlichen Blick in die Vergangenheit überlasse ich im folgenden lieber kompetenteren Autorinnen und Autoren. Lassen Sie mich daher eher einen kleinen Blick in die Zukunft wagen.

Wir stehen im Hochschulbereich, wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, an einem Scheideweg. Welchen Weg unsere Gesellschaft nimmt - die Fortsetzung der Individualisierung oder ein Rückbesinnen auf Solidarität und Zusammenhalt -, ist dabei offen. Der Prozeß der Entsolidarisierung, verbunden mit der schwierigen ökonomischen Situation unserer Volkswirtschaft, hat viele soziale Systeme an ihre Grenzen geführt. Daß heute nur noch weniger als 15 % der Studierenden BAföG erhalten, ist eine Entwicklung, die eigentlich zu einem Aufschrei führen müßte. In dieser Situation erhalten die Leistungen des Studentenwerks im Bereich der studentischen Wohnheime und der kostengünstigen Verpflegung in Mensen und Cafeterien eine neue - alte - Bedeutung. Das Studentenwerk Hamburg kann stolz darauf sein, wie es in den letzten Jahren sein Angebot durch neue, moderne Studentenwohnanlagen und attraktivere Verpflegungsangebote verbessert hat.

Demokratie braucht Demokraten - und die Einrichtungen der Selbsthilfe-Solidargemeinschaften können nur erfolgreich arbeiten, wenn dahinter engagierte Menschen stehen, die mit professionellem oder ehrenamtlichem Engagement die Arbeit tragen und vorantreiben. Diese Aussage ist keine Banalität in einer Zeit, in der Vereine, Parteien, Bürgerinitiativen darüber klagen, daß die Bereitschaft zur Mitarbeit und vor allem zur Kontinuität nachläßt. Um so erfreulicher ist es, daß das Studentenwerk Hamburg sich mit Manfred Klee und Wolfgang Homfeld auf zwei Säulen verlassen kann, die beständig gegen jeden Zeitgeist zur Idee des Studentenwerks mit den Bestandteilen Selbstverwaltung, Autonomie und Solidarität stehen.

Manfred Klee, der dem Studentenwerk seit 35 Jahren zunächst als Mitarbeiter, dann als Geschäftsführer dient, sei gedankt für sein Engagement, seine Kreativität und seine Geschicklichkeit, Widerstände mit beharrlicher Argumentation aus dem Weg zu räumen. Das Papier "Studentenwerk 2000", von manchem zunächst als illusionär beiseite gelegt, nähert sich - mit realistisch notwendigen Abstrichen - Stück für Stück der Umsetzung. Wolfgang Homfeld begann seine ehrenamtliche Arbeit als junger, "wilder" Student, und er ist dem Studentenwerk über ein Vierteljahrhundert treu geblieben. Er hat mit Sensibilität und Klugheit die Interessen des Studentenwerks mit den Wünschen und Forderungen der Selbstverwaltungsgremien in ein stabiles Gleichgewicht gebracht.

Beide stehen für die vielen hier nicht genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studierenden und Ehrenamtlichen, die das Studentenwerk Hamburg ein Stück seines Weges begleitet haben und die Basis für die weitere Arbeit auf dem Weg in das nächste Jahrtausend legen. Ihnen allen sei im Namen der Freien und Hansestadt Hamburg, im Namen der kommenden Studierendengeneration gedankt!

*Leonhard Hajen*

(Prof. Dr. Leonhard Hajen)  
Präsident der Behörde für Wissenschaft und Forschung



1992: Grundsteinlegung für die Wohnanlage Lokstedt im April. Mit Wasserwaage: Senator Prof. Dr. Leonhard Hajen, Wolfgang Homfeld, Manfred Klee, Staatsrat Hinrich Budelmann (von links).

### Grußworte der Hamburger Hochschulen

75 Jahre Studentenwerk Hamburg - diese Tradition wird dann richtig gewürdigt, wenn vor deren Hintergrund die Perspektive für die Zukunft sichtbar wird. Und hier zeigt sich, daß das einst als Selbsthilfeeinrichtung gegründete Studentenwerk zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickelt worden ist. „Studentenwerk Hamburg - Das Serviceunternehmen für Studierende“ : dieses Leitbild ist Haltung und Verpflichtung zugleich. Die Studierenden wollen als Menschen und nicht als verwaltungsmäßig zu traktierende Objekte wahrgenommen werden.

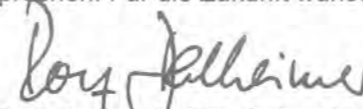
Das Studentenwerk sichert die Grundversorgung der Studierenden in ihrem leiblichen und existentiellen Wohl, kümmert sich um Essens- und Wohnraumversorgung, auch um wirtschaftliche Förderung (BAföG). Dies kann man als technisches Problem betrachten und entsprechend „bürokratisch-technische“ Lösungen finden - nur gereicht ein solch enger Blick nicht immer auch zum Wohl ihrer Nutznießer. Studienzeit ist Lebenszeit; viel Zeit und Anstrengung werden von den Studierenden in den vom Studentenwerk betreuten Hochschulen, die oft genug „isolierte Räume“ sind, aufgewandt. So erhält die soziale und vor allem auch die sozialpsychologische Studienförderung - die ja durch besondere Gestaltung von Räumen vorgenommen werden kann - ihre Bedeutung.

Gerade in den letzten Jahren ist die aufmerksame, die differenzierten Bedürfnisse der Studierenden berücksichtigende Politik im Bereich der Mensen und der Wohnraumversorgung hervorzuheben. Die Diversifizierung des reichhaltigen Angebots an Speisen und Sonderaktionen in diesem Bereich ebenso wie die Gestaltung der Mensen und der Wohnanlagen tragen erfolgreich den veränderten Bedürfnissen der jungen Menschen Rechnung und begegnen der sozialen Isolation in großen Hochschulen durch Kommunikationsangebote.

Die Förderung des kulturellen Angebots steht in einer Stadt mit so vielen kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen wie Hamburg sicher nicht an vorderster Stelle, gehört aber auch mit zum Leistungsangebot des Studentenwerks - der Mensch lebt schließlich nicht vom Brot allein. Hier wäre eine verstärkte Zusammenarbeit mit kulturellen Trägern der Hansestadt sicher für alle Seiten gewinnbringend. Hinzu kommt die bedeutender werdende europäische Dimension: Austauschprogramme machen auch eine Betreuung der Gaststudierenden vor Ort erforderlich.

Diese Leistungen mit dem Selbstverständnis als Dienstleistungseinrichtung sind nur möglich, weil sich das Studentenwerk Hamburg angesichts der hohen Zahl von Studierenden und des damit verbundenen quantitativen wie qualitativen Zuwachses der Probleme in einem eindrucksvollen Prozeß der Professionalisierung durch Einführung moderner Managementmethoden ebenso wie durch motivierte Mitarbeiter die Flexibilität geschaffen hat, auf die sich mitunter rasch ändernden Bedarfe aktuell zu reagieren.

Ich bin voller Zuversicht, daß auch auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt werden können, und so möchte ich dem Studentenwerk Hamburg, seinem Vorstand, seinem Geschäftsführer, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für ihren Einsatz zum Wohl der Studierenden aussprechen. Für die Zukunft wünsche ich alles Gute und bestes Gelingen ihrer Vorhaben - Glückauf!



(Prof. Dr.-Ing. Rolf Dalheimer)

Präsident der Fachhochschule Hamburg  
Vorsitzender des Verwaltungsrates

### Grußworte des Deutschen Studentenwerks

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) konnte im vergangenen Jahr sein 75jähriges Bestehen feiern, am 12. April dieses Jahres jährt sich nun die Gründung der Hamburger Studentenhilfe, Vorläuferin des Studentenwerks Hamburg, zum 75. Male. Die zeitliche Nähe dieser Jubiläen verweist zugleich auf die gemeinsamen Anfänge: Die Studentenwerke in der Bundesrepublik Deutschland sind aus der studentischen Selbsthilfebewegung nach dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen. Die Studentenschaften versuchten, durch Selbsthilfe die größte wirtschaftliche Not zu lindern. Bereits 1919 wurden die ersten Wirtschaftskörper an den Hochschulen gegründet.

Auch an der jungen Universität Hamburg wurde die Idee der studentischen Selbsthilfe aufgegriffen: ein Arbeitsamt, ein Wohnungsamt und eine Vergünstigungsabteilung wurden eingerichtet und im April 1922 im Verein „Hamburger Studentenhilfe“ zusammengefaßt.

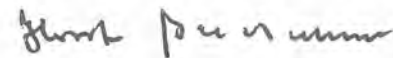
Die Bedeutung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen für den Studienerfolg und damit die Bedeutung der Studentenwerke für den Lebensraum Hochschule sind heute allgemein anerkannt. Ihre Aufgabe erfüllen die Studentenwerke satzungsgemäß im Spannungsfeld zwischen sozialer Zielsetzung und der Notwendigkeit zum ökonomischen Wirtschaften. Diesem zweifachen Anspruch gerecht zu werden ist in den letzten Jahren angesichts der angespannten Haushaltslage von Bund und Ländern immer schwieriger geworden - und dies, obwohl die Studentenwerke heute ca. 60% ihrer Ressourcen aus Umsatzerlösen, Mieten und anderen Einnahmen selbst erwirtschaften. Die 56. Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerks hat im Dezember 1996 noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es die Verpflichtung des Staates sei, durch eine finanzielle Grundausstattung zu gewährleisten, daß die Studentenwerke ihre Aufgabe im Sinne ihrer sozialen Zielsetzung wahrnehmen können. Eine ungenügende finanzielle Ausstattung der Studentenwerke gefährdet ebenso die Chancengerechtigkeit im Bildungswesen, wie der Abbau des BAföG es tut.

Trotz des raschen Ausbaus des Studentenwerks Hamburg seit seiner Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg und der damit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einhergehenden Fülle von Aufgaben haben Vertreter des Studentenwerks Hamburg immer wieder ehrenamtliche Aufgaben in den Gremien des DSW übernommen. Bereits 1950, als sich die örtlichen Studentenwerke wieder im Verband Deutscher Studentenwerke e.V. zusammenschlossen, war das Hamburger Studentenwerk an der Gründung des Dachverbandes durch Professor Dr. Curt Eisfeld beteiligt. Er gehörte zu den Befürwortern der Gründung des Verbandes der Deutschen Studentenwerke. Der Geschäftsführer des Studentenwerks Hamburg wurde 1972 in den Vorstand des Deutschen Studentenwerks gewählt und hat als Vorstandsmitglied meine ersten Amtsjahre als Generalsekretär begleitet. Manfred Klee ist seit 1963 Mitglied im Arbeitskreis für Betriebsorganisation und seit 1985 als Nachfolger von Dr. Eugen Hintermann Vorsitzender dieses Gremiums. Als studentische Vertreter im Vorstand des DSW

engagierten sich Wolfgang Homfeld sowie Peter Köchling und Hans Altendorf, der zudem die Aufgabe des Vizepräsidenten übernahm. Auch die Arbeit der Fachausschüsse wurde durch Hamburger Vertreter unterstützt; ich nenne nur stellvertretend das kontinuierliche Engagement im Förderungsausschuß. Derzeit arbeitet hier Klaus Wonneberger mit, der 1986 den stellvertretenden Geschäftsführer Otto Meyer in diesem Amt ablöste.

Deshalb möchte ich die Glückwünsche des Deutschen Studentenwerks zum 75jährigen Bestehen des Studentenwerks Hamburg mit dem Dank für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit verbinden. Dieser Dank gilt den 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den ehrenamtlichen Mitgliedern in den Organen und in besonderer Weise dem Geschäftsführer, dem ich seit vielen Jahren auch in persönlicher Freundschaft verbunden bin. Manfred Klee hat, genauso wie ich selbst, viele Veränderungen in der Studentenwerksarbeit miterlebt und geprägt. In welcher umsichtiger Weise er dabei die Geschicke des Studentenwerks Hamburg gelenkt hat, ist nicht zuletzt aus der von ihm 1967 begründeten und entwickelten Schrift „Studentenwerke im Zahlenspiegel“ ersichtlich; diese Publikation wird für 1997 zum dreißigsten Mal erscheinen.

Trotz mancher Pläne, die erst in der Zukunft eingelöst werden können, ist das Studentenwerk Hamburg für die rund 62.000 Hamburger Studierenden ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebensraums Hochschule geworden und trägt sicherlich mit dazu bei, daß die Studierenden nach Ablegung ihres Examens bei ihrem Abschied aus Hamburg Georg Christoph Lichtenberg beipflichten werden, der 1773 dringend zu einer Reise nach Hamburg riet: „Tun Sie sie ja. Es könnte kommen, daß Sie es im Himmel bereuten, Hamburg nicht gekannt zu haben ...“



(Horst Bachmann)  
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks

Proletariat aller Länder versingt euch! Proletariat aller Länder länd unterdrückt! ... alle versingt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Veranstaltet von der Sozialistischen Studentengruppe für die Universitäten: Hochschule für Bildende Künste, Hochschule für Musik, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Fachhochschule Hamburg und die FH Lüneburg



1971: Mit einem sechsmonatigen Mietstreik erreichten die studentischen Unruhen an der Universität im Bereich der Wohnheime ihren Höhepunkt.

## Prof. Dr. Jobst B. Mielck, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes „Wolfgang Homfeld: 25 Jahre im Ehrenamt“

Das Protokoll der Vorstandssitzung Nr. 3/72 am 13. März 1972 berichtet unter Tagesordnungspunkt 3 von einer Arbeitsgruppe zwischen Universität und Studentenwerk, die sich mit Protektorenwohnungen in den Wohnheimen befaßt. Das Studentenwerk entsendet in diese Arbeitsgruppe den damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes, M. Andersch, das Geschäftsführende Vorstandsmitglied, M. Klee, und einen Gast der Vorstandssitzung, den Studenten W. Homfeld.

Wer ist dieser Gast ?

Er ist der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTa) der Universität Hamburg, der engagiert Meinungen der Studentenschaft in den Vorstand des Studentenwerks einbringt und Ansprüche und Forderungen der Studierenden formuliert.

1948 in Bremen geboren, studierte Wolfgang Homfeld seit 1969 an der Universität Hamburg Anglistik, Germanistik und Erziehungswissenschaften. 1970 wurde er zum Studentensprecher der philosophischen Fakultät und 1975 als ein Mitglied der Studierenden in den Akademischen Senat der Universität gewählt.

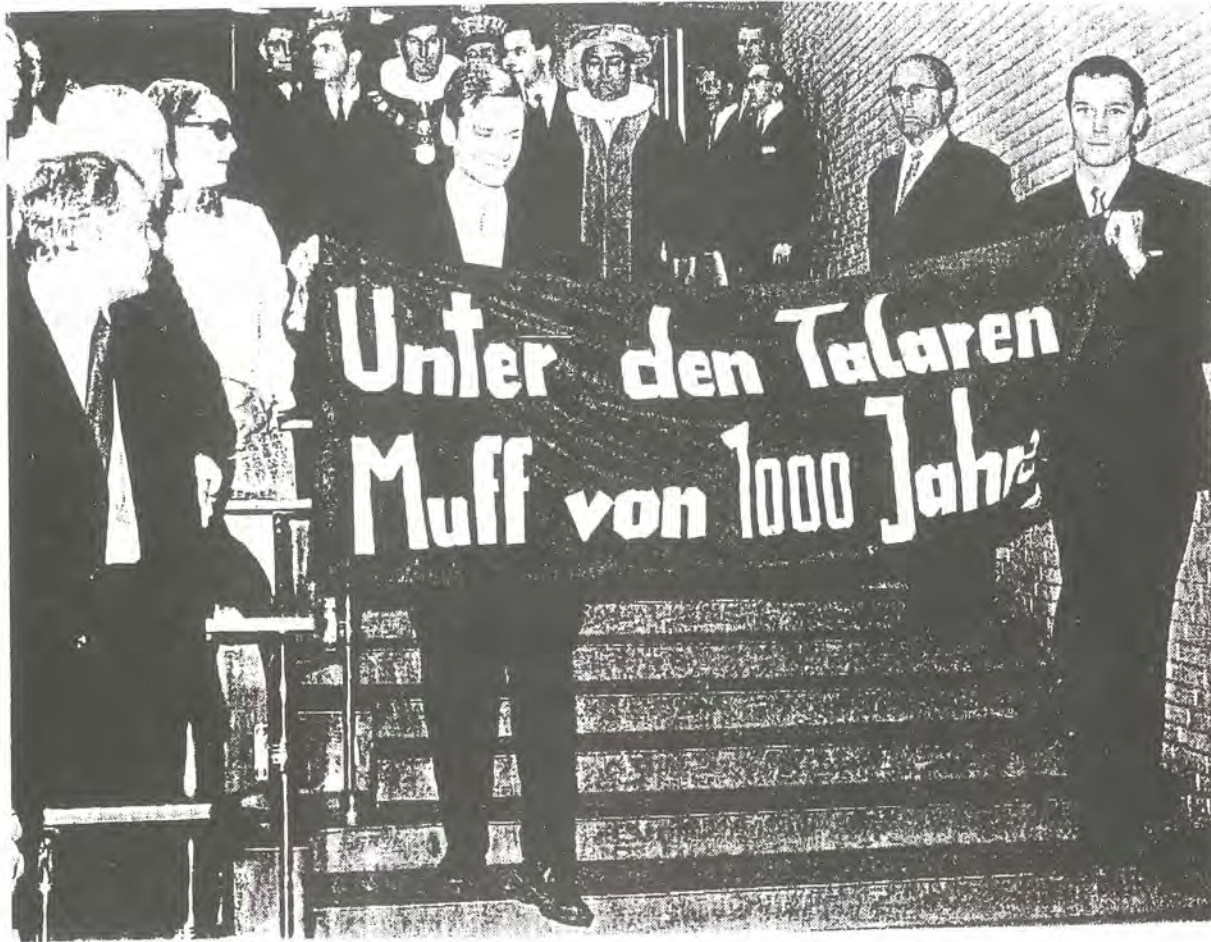
Nach dem Rücktritt von stud. jur. Gerhard Strate wurde Wolfgang Homfeld am 11. April 1972 auf Vorschlag der studentischen Vertreter einstimmig zum Vorsitzenden des Vorstandes des Studentenwerks berufen - ein Ehrenamt, welches er seitdem ununterbrochen wahrnimmt. In einem Vierteljahrhundert hat er mehr als 200 Vorstandssitzungen souverän geleitet und wichtige Impulse für die Arbeit des Studentenwerks gegeben.

Seine Einsatzbereitschaft blieb aber nicht auf die Studierenden und das Studentenwerk beschränkt - sie war und ist gesellschaftlich breit angelegt: hochschulpolitisch immer an führender Stelle, wissenschaftspolitisch auch in der Lehrerausbildung und auch bildungspolitisch. Seit 1979, als er das 2. Staatsexamen für das höhere Lehramt abgelegt hatte, ist er Deputierter der Behörde für Wissenschaft und Forschung, später wurde er Vorsitzender des Personalausschusses und schließlich Sprecher der SPD-Deputierten.

Nach langen Jahren verantwortungsbewußter Tätigkeit an der Gesamtschule Steilshoop ist er derzeit Direktor der Carl-Götze-Schule in Groß-Borstel.

Über das Studentenwerk Hamburg beteiligte sich Wolfgang Homfeld auch immer wieder an der Arbeit des Deutschen Studentenwerks, wo er in den Jahren 1975 bis 1977 studentisches Mitglied des Vorstandes war. Er hat die Mitgliederversammlung des Dachverbandes stets durch engagierte Beiträge bereichert.





1967: Bei der Rektoratsübergabe im November demonstrieren Studenten mit dem Plakat „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“. Die ab 1968 folgenden Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition verändern auch das Klima im Studentenwerk und wirken sich auf die Arbeit aus. Streikaktionen für niedrigere Mensapreise und gegen Mieterhöhungen in Wohnheimen, teilweise unterstützt durch Hochschullehrer, fordern Geduld und hohe Flexibilität von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Das Spannungs- und Problemfeld der Jahre seit 1972 hat ihn bis heute begleitet, hat dem damals 24jährigen Studenten viel abverlangt und ihn geprägt:

Es galt, die steigenden Kosten der Studentenwohnheime in den Griff zu bekommen und so die Versorgung der Studierenden mit Wohnraum auf sozial vertretbarem Niveau sicherzustellen. Wege dorthin waren die Einführung des Mietpoolings über alle Heime (Neubauten und ältere Häuser), das Einfordern angemessener staatlicher Zuschüsse zum Betrieb und schließlich sozial vertretbare Mieten, die gleichwohl kostendeckend kalkuliert sind.

Dieses hat Wolfgang Homfeld auch in der harten Zeit der Mietverweigerung gegenüber den Studierenden vertreten. Schon damals hat er beharrlich versucht, die Strukturen der Selbstverwaltungen in den Heimen, die noch sehr individuell geprägt waren, zu straffen, mit dem Ziel einer überschaubaren Kommunikation. Dies erleichterte das Organisatorische im Miteinander, jedoch um den Preis des Verlustes an Individualität und Identifikation für die Betroffenen.

Dieses Bestreben zeigt sich am klarsten in seinen seit 1975 immer wieder unternommenen Initiativen, für alle Heime des Studentenwerks - ökonomisch sicher sinnvoll - ein gemeinsames, aber auch "ferneres" Kuratorium zu errichten. Wolfgang Homfeld sieht in den Studierenden aufgeklärte, selbstständige Menschen, die immer in der Lage sind, realistisch und nüchtern ihre Beziehungen zu Mitmenschen und den für sie wichtigen Institutionen zu gestalten, die dem Behütetsein entwachsen sind und eine "Behausung" als verantwortliche Glieder der Gesellschaft selber zu schaffen hätten und auch könnten. Die Aufgabe des Studentenwerks sieht er hier deshalb vor allem in der Versorgung mit einer Art Grundausstattung auf ausreichendem, ja gutem Niveau, stets unter genauer Beachtung vergleichender Gerechtigkeit, sowie in einer Stützung der Eigenverantwortlichkeit in Partnerschaft mit dem Wohnheimträger.

Dem frühen Anspruch der Hochschulen, vor allem der Universität, auf Mitwirkung von Wissenschaftlern und Hochschullehrern als Protektoren und Prokuratoren in den Wohnheimen stand er nüchtern - wenn auch wohlwollend - gegenüber. Er war immer bedacht auf klare Richtlinien und streng definierte Aufgaben in diesem Bereich der vielfältigen, spontan in immer wieder neuer Gestalt sich zeigenden Improvisation und vor allem der oft Herz verlangenden, zwischenmenschlichen und interkulturellen Beziehungen unter Studierenden, die oft auch belastet sind durch individuelle Probleme. Dies gilt vor allem auch für ausländische Studierende im Zusammenhang mit den Hochschulen und dem Staat.

Für Wolfgang Homfeld war es deutlich, daß einerseits durch die zunehmende Vielfalt der Hochschul-landschaft in Hamburg und durch das Nachwachsen neuer Generationen führender Hochschulpersönlichkeiten der Leitgedanke einer eher neutralen, aber immer streng vergleichend gerechten Versorgung stärker wurde, andererseits aber die Bereitschaft jüngerer und auch erfahrener Hochschul-

lehrer für ein Engagement in Studentenwohnheimen deutlich abnahm - sicherlich auch eine Folge zunehmender Überlastung mit Lehre und Verwaltung.

Wolfgang Homfeld zog daraus den für ihn konsequenten Schluß, nun persönlich energisch handelnd zu erreichen, daß diese vielfältige "Betreuung" nur noch denen vorzubehalten sei, die dafür auch individuell die Kosten übernehmen wollen - kurz, er katalysierte das Ende der "Wohnheimvereinbarung" und des staatlich gestützten Betreuungsprogramms.

Eine weitere Herausforderung war es, das Preis-Leistungs-Verhältnis in den Mensen trotz steigender Kosten, sinkender Zuschüsse und zunehmender studentischer Ansprüche ausgeglichen zu halten.

Hier stellte sich Wolfgang Homfeld die Aufgabe, einen Balanceakt zu bestehen. Auf der einen Seite steht die zunächst gewonnene, dann aber beständig abnehmende Bereitschaft der Hansestadt, die Förderung der Verpflegung der Studierenden auf dem Niveau des "Bochumer Mensaplans" zu halten. Dieser sah vor, daß die Studierenden nur den Warenwert des Essens zu entrichten hätten und die Herstellungs- und Personalkosten von staatlicher Seite in voller Höhe bezuschußt werden. Auf der anderen Seite steht der - wenn auch in bescheidenem Umfang - zunehmende Trend bei den Studierenden, teurere Essen zu verzehren, was die Zuschußbereitschaft seitens der Hansestadt im Hinblick auf die enorm gestiegene Zahl der Studierenden und damit der ausgegebenen Essen nicht fördert.

Wolfgang Homfeld hat auch hier das Postulat sozialer Gerechtigkeit hochgehalten und viele Lanzen gebrochen für eine Sicherung der "Grundversorgung", d.h. des sogenannten „Essens 1“, nach dem Bochumer Mensaplan, während er die Lasten bei den anspruchsvolleren Essen als partnerschaftlich zu teilen sah, d.h. mit vertretbar geringerem Zuschuss auszustatten angesichts schwindender Unterstützung im Senat der Hansestadt.

Mit politischem Augenmaß, wirtschaftlichem Sachverstand und Verantwortungsgefühl für die Erhaltung des aus seiner Sicht Bestmöglichen, aber auch für erforderlichen Wandel, akzeptierte er Kompromisse mit staatlichen Organen und vertrat diese dann ohne Ressentiments "nach innen" und forderte entsprechende Akzeptanz und Solidarität ein. Vehement setzte er sich für einen Ausbau der Mensen ein, vor allem für einen Neubau im Bereich des Geomatikums, und vertrat dem Verwaltungsrat und dem Staat gegenüber auch das unkonventionelle Leasingmodell, um eine Verwirklichung in näherer Zeit zu erreichen. Aus dem berechnete Forderungen formulierenden Studenten wurde ein kompromißbereiter, sein Ziel nicht aus den Augen verlierender Vorsitzender.

Im Bereich des Neubauprogramms für Wohnheime verfolgt Wolfgang Homfeld konsequent das höchste Ziel - die ausreichende Versorgung von der Platzzahl her - um den Preis der deutlichen finanziellen Eigenbeteiligung des Studentenwerks. Er erwartet dafür aber auch von der Gesamtheit der Studierenden in den Wohnheimen, daß sie trotz unterschiedlicher Wohnqualität am Mietpooling festhalten

und somit durch ihre moderate Mehrzahl den zukünftigen Nutznießern die selbst bereits genossene Vergünstigung ermöglichen - auch dies eine Übung in sozialer Partnerschaft mit begrenzten Mitteln.

Letztlich ergibt sich in diesem Überblick aus der Sicht eines langjährigen Mitstreiters im Vorstand eine ihn charakterisierende "Politik des Machbaren":

Der Erfolg, den das Studentenwerk auf seinem Wege vom Verein zur Anstalt öffentlichen Rechts gehabt hat, die mühsam, aber beharrlich errungene Akzeptierung staatlicherseits als kompetenten und effektiv arbeitenden Sozialpartner sowie das zunehmende Anerkennen des Studentenwerks als einen wichtigen Bestandteil staatlicher Bildungspolitik ist auch auf das Wirken Wolfgang Homfelds zurückzuführen. Dies ist das Ergebnis vieljähriger Arbeit - in früheren Jahren häufig in konfliktreichen Sitzungen erreicht, dann zunehmend im Konsens mit einem ebenfalls sozial engagierten Geschäftsführer. All dies kennzeichnet den Weg Wolfgang Homfelds.



1992: 70 Jahre Studentenwerk Hamburg. Der Geschäftsführer, Manfred Klee, überreicht dem ehrenamtlichen Vorsitzenden des Vorstandes, Wolfgang Homfeld, die gebundenen Geschäftsberichte der letzten Jahre.



1972: 50 Jahre Studentenwerk. Von links: Dr. Peter Fischer-Appelt, Präsident der Universität Hamburg, Vorsitzender des Verwaltungsrates; Dr. Gerhard Schattschneider, Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Kunst; Manfred Klee, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied; stud. phil. Wolfgang Homfeld, Vorsitzender des Vorstandes; Dr. H.-Dietrich Haak, Präsident der Fachhochschule Hamburg.

### **Prof. Dr. Wolfgang Walter, Mitglied des Verwaltungsrates „Manfred Klee: Fast 35 Jahre Mitarbeiter und Geschäftsführer“**

I. Am 15. November 1962 trat Manfred Klee seinen Dienst als Assistent des Vorstandes im Studentenwerk Hamburg an. Die Stelle war ihm vom damaligen Vorsitzenden des Vorstandes, Prof. Dr. Herbert Jacob, unmittelbar nach dem Ende der mündlichen Diplomprüfung angeboten worden. Der Kandidat überlegte nicht lange und griff zu. Dies ist seine Art noch heute, wenn es die Gunst der Stunde beherzt zu nutzen gilt.

Er war damals 24 Jahre alt und hatte seit 1958 an der Universität Hamburg Betriebswirtschaftslehre studiert, war also für seine neue Aufgabe gut vorbereitet. Sie bestand zunächst in der Analyse des Betriebes, der damals 182 Mitarbeiter und eine Bilanzsumme von 2,7 Mio. DM hatte. Er stellte das Zahlenmaterial für die laufende Betriebsüberwachung zusammen, erarbeitete Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne und war zuständig für die Vorbereitung der Sitzungen von Verwaltungsrat und Vorstand.

Schon nach zwei Jahren, am 23. November 1964, wurde er zum Vertreter des Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Prof. Dr. Hans Lehmitz, bestellt und mit entsprechenden Handlungs- und Bankvollmachten ausgestattet. Er war also nach heutigem Sprachgebrauch ein Senkrechtstarter.

Natürlich waren mit der neuen Position auch neue Aufgaben verbunden, nämlich die selbständige Leitung der Abteilungen Wohnheime, Krankenversicherung sowie Arbeits- und Zimmervermittlung.

Damit ist der Wirkungsbereich Manfred Klees angesprochen, auf dem sich unsere Wege oft kreuzten und wo ich ihn am intensivsten kennengelernt habe, nämlich das „Studentische Wohnen“, wie die Abteilung zeitweilig hieß. Sie ist mit ihrem jetzigen Namen „Wohnen und Kindertagesstätten“ eine von sechs Abteilungen, wie dem Organisationsplan zu entnehmen ist, in dessen Klarheit der kundige Thebaner die Handschrift des Geschäftsführers erkennt.

Diese Position bekleidet Manfred Klee, seitdem das Studentenwerk eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist, also seit 1976; geschäftsführendes Vorstandsmitglied in der früheren Rechtsform des Vereins war er bereits seit dem 1. September 1969. Als Geschäftsführer ist er mit dem Verwaltungsrat und dem Vorstand eines der drei Organe des Studentenwerkes und führt die laufenden Geschäfte in eigener Verantwortung.

II. Eine Mensa ist die Einrichtung des Studentenwerkes mit der größten Breitenwirkung. Wenn es zu dieser Behauptung noch eines Beweises bedürfte, so findet er sich in dem Buch von Schwanitz „Der Campus“, wo sie geradezu als Landmarke verwendet wird. Man liest dort <sup>1</sup> „In der Schlüterstraße stand gegenüber der Mensa ein großes Haus im funktionellen Stil der zwanziger Jahre, dessen Erdgeschoß aus zwei langen Schaufensterfronten bestand“.

Aus vielen Gesprächen weiß ich, daß sich wohl jeder aus seiner Studienzeit eine Meinung über die Einrichtung Mensa gebildet hat, die meist ziemlich kritisch ist. Da macht Schwanitz keine Ausnahme und beschreibt „... ein synästhetisches Pandämonium aus Tellergeklirr, Essensgerüchen, Stimmengewirr, Zigarettenrauch, Gedränge, Stühlerücken, Gequetsche, Gewusel und Geschiebe...“.

Wie „ungerührte Myrmidonen ihre Schöpfinstrumente in dampfende Bottiche tauchten und Kugeln von Brei, Kellen voll Soße und die verschiedensten unklaren Substanzen von besorgniserregender Farbe mit routinierten Bewegungen auf die Plastikteller klatschten, die sie mit Schwung über die Metalltheke schleuderten“.<sup>2</sup>

Aus dem Kontext entnimmt man, daß hier ein mindestens 25 Jahre zurückliegender Zustand beschrieben wird, denn es wird der Universitäts-Club erwähnt, der von 1965 bis 1977 im Gästehaus der Universität ein Restaurant betrieb.<sup>3</sup>

Seitdem hat sich die Situation in der Mensa in vieler Hinsicht verbessert, besonders was die Qualität des Essens betrifft. Dazu ist auf den 1962 verabschiedeten Bochumer Mensaplan hinzuweisen, nach dem der Student die Kosten für den Wareneinsatz trägt und der von der öffentlichen Hand gewährte Zuschuß die Zubereitungskosten decken soll. Im Auf und Ab der Hochschulentwicklung ist dieser Grundsatz in Hamburg nicht zuletzt wegen des politischen Einsatzes des Vorstandsvorsitzenden, Wolfgang Hornfeld, weitgehend eingehalten worden. Doch auch dem Geschäftsführer verdanken die Mensabesucher mehr, als sie vielleicht erwarten. Er kocht nämlich selbst gern und gut, hat eine feine Zunge und ißt seit Beginn seines Studiums täglich in der Mensa, entweder im Studentenhaus oder in einer der zehn kleineren Mensen, die zwischen 1954 und 1992 eröffnet wurden (vgl. Chronik).

Diese Gepflogenheit ist nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern sie dient auch der ständigen „Qualitätskontrolle“ der etwa 2,5 Millionen Essensportionen, die jährlich in den Mensen verzehrt werden.

Die zuletzt im November 1996 durchgeführte Umfrage unter den Mensabesuchern ergab, daß 7 % sehr zufrieden, 56 % zufrieden, 25 % unentschieden und 12 % unzufrieden sind. Die Antworten auf die Fragen nach der „Spontanen Gesamtzufriedenheit“ lagen zwischen 1,9 und 2,8 nach der alten preußischen Zeugnissskala.

Bemerkenswert ist die größere Akzeptanz in den kleineren Mensen. Dies dürfte Manfred Klee mit Genugtuung erfüllen, denn beim Aufbau der Regionalmensen hatte er in einigen Fällen enorme Schwierigkeiten zu überwinden, deren Erörterung im einzelnen den Rahmen dieses Berichtes sprengen würde. Sie hatten vorwiegend damit zu tun, die Bedingungen für die wirtschaftliche Stabilität einer Mensa am jeweiligen Standort herbeizuführen. Als Beispiel für die Folgen einer nicht gelungenen Lokation wird der oben genannte Universitätsclub erwähnt, für den ein großes Bedürfnis bestand und noch besteht, der aber auf Dauer im Gästehaus der Universität nicht stabil betrieben werden konnte.<sup>3</sup>

Zu den in diesem Zusammenhang zu lösenden Problemen zählt für alle Mensen die in den vorlesungsfreien Zeiten stark zurückgehende Nachfrage, die durch organisatorische Maßnahmen im Personalbereich nur teilweise ausgeglichen werden kann. So entstehen erhebliche zusätzliche Kosten, deren Größenordnung für das Studentenwerk dadurch zu charakterisieren ist, daß bei kontinuierlichem Betrieb die Herstellungskosten je Essensportion um bis zu DM 1,-- niedriger würden.

Die von Dietrich Schwantz mit starken Worten und Fremdworten charakterisierte Situation der studentischen Massenverpflegung hat vorwiegend betriebswirtschaftliche Ursachen. So werden sich

die zu dem „synästhetischen Pandämonium“ gehörenden Essengerüche wohl nicht vermeiden lassen, das Ambiente aber und die Organisation der Essenausgabe sind in der Zwischenzeit sehr verbessert worden. Lange Warteschlangen bilden sich aber immer noch bei besonderen Gelegenheiten, wenn zum Beispiel um den 6. Dezember (Nikolaustag) herum das Gericht Gänsekeule mit Rotkohl zum nostalgischen Preis von DM 3,-- nunmehr auf Porzellantellern gereicht wird. Übrigens nach einer ursprünglichen Idee von Manfred Klee gedacht als eine Treueprämie für die Gäste der Mensen, die natürlich auch von Trittbrettfahrern mitgenommen wird.

III. Im Gegensatz zur Mensa macht nur ein relativ schmaler Anteil der Studierenden eigene Erfahrungen mit einem Wohnheim, denn es stehen 62.000 Studierenden nur 4.900 Wohnheimplätze gegenüber. Diese verteilen sich auf 31 Wohnheime, von denen 15 durch 11 verschiedene Träger bewirtschaftet werden und 16 durch das Studentenwerk (vgl. Organisationsplan und Chronik). Die Zahl der Wohnheimplätze verteilt sich auf 1.700 Plätze bei den freien Trägern und 3.200 beim Studentenwerk.

Seit 1992 wurden 852 neue Plätze errichtet. Dabei handelt es sich um sehr unterschiedliche Objekte, wie einen Baukörper, der sich einem schon vorhandenen anschließt (Europa-Haus), Neubauten in Lokstedt, Harburg und Allermöhe, ein saniertes älteres Wohnhaus (Ottersbekallee), die Aufstockung einer vorhandenen Wohnanlage (Hagenbeckstraße) und den Umbau eines Teiles der ehemaligen Graf-Goltz-Kaserne (Rahlstedt), bei dessen Eröffnung Senator Hajen darauf hinwies, daß hier eine Friedensdividende ausgeschüttet wurde.

Es liegt auf der Hand, daß in diesen Jahren die Abteilungen „Bau und Technik“ sowie „Wohnen und Kindertagesstätten“ besonders gefordert waren, doch auch der Geschäftsführer hatte dicke Bretter zu bohren. Vor allem die Grundstücksfragen im Zusammenhang mit Erbbauflächen im Eigentum der Stadt, wo auch andere Interessenten im Geschäft waren, boten Anlaß für langwierige und zähe Verhandlungen. Auf diesem Gebiet hat Manfred Klee eine glückliche Hand und eine unerschütterliche Geduld, solange noch die geringste Chance besteht, ein Ergebnis zu erzielen. Er nennt das „am Ball bleiben“. Nach dem erfolgreichen Abschluß der vom Bund-Länder-Neubauprogramm geförderten Aktion mit 852 neuen Plätzen hat sich dieser so kühl rechnende Mann zu einer symbolischen Geste hinreißen lassen. Auf dem Grundstück Allermöhe hat er gemeinsam mit Senator Hajen eine Hainbuche gepflanzt.

In den Jahren zwischen 1992 und 1996 sind auch andere Projekte eine Zeitlang auf der Tagesordnung gewesen, die dann doch nicht verwirklicht werden konnten. Davon soll hier eines erwähnt werden, bei dem Manfred Klee und ich eine Zeitlang enger zusammengearbeitet haben. Es ging um ein an wenigen Stellen in Hamburg betriebenes Projekt, einige Studierende in Altenwohnanlagen unterzubringen und einen Kontakt zwischen den Generationen zu ermöglichen. Es hat sich herausgestellt, daß dadurch die Lebensqualität für beide Seiten deutlich verbessert werden kann.<sup>4</sup> Dennoch ist es bisher nicht gelungen, das Projekt „Jung und Alt unter einem Dach“ aus seinem

Nischendasein herauszuführen. In Zusammenarbeit mit einer großen Wohnungsbaugesellschaft sollte in der ehemaligen Scharnhorstkaserne in Harburg ein Wohnheim neuen Typs verwirklicht werden, das grundständig aus den „richtigen“ Finanzquellen für Jung und Alt finanziert werden sollte und so die in allein mit öffentlichen Mitteln geförderten Altenwohnanlagen vorhandene Immunität gegen studentische Mieter nicht aufweisen würde. Im Spannungsfeld der Interessen von Bürgerinitiativen und Investoren konnte die Wohnungsbaugesellschaft den als Voraussetzung des Projektes notwendigen Grunderwerb nicht in dem Zeitraum vollziehen, während dessen beim Studentenwerk die erforderlichen Mittel zur Verfügung standen. Es bleibt also bis auf weiteres dabei, daß ein Mißbrauch vorliegt, wenn Studierende leerstehende Wohnungen in öffentlich geförderten Altenwohnanlagen beziehen.

Die Beziehungen zwischen dem Studentenwerk und den privaten Trägern konnte ich seit 1967 als Protektor des Studentenwohnheims des DRK unmittelbar beobachten. Dabei wurde mir schnell die Schlüsselrolle klar, die Manfred Klee hier spielte. Nicht durch das Übergewicht der von ihm vertretenen Bettenzahl, sondern durch seine besonnene und faire Art des Umgangs mit den kleineren Partnern wirkte er in vieler Hinsicht stilbildend. Sein Rat wurde nicht nur deshalb gesucht, weil dem Studentenwerk die Betreuung der Wohnheimträger bei der Bezuschussung von Sanierungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln oblag, sondern weil sein nüchternes und abgewogenes Urteil in schwierigen Lagen sehr hilfreich sein konnte. Das zeigte sich besonders während des sechsmonatigen Mietstreiks, mit dem die studentischen Unruhen an der Universität im Bereich der Wohnheime 1971 ihren Höhepunkt erreichten. Drei private Träger haben dieser Zerreißprobe nicht standgehalten und die von ihnen gegründeten Wohnheime (Unnastraße, Hagenbeckstraße und Grandweg) an das Studentenwerk übertragen, wodurch 405 Plätze für das Studentische Wohnen gerettet wurden. Acht Jahre später war eine noch schwierigere Aufgabe dieser Art zu lösen, als der Wohnheimträger „Freunde der Burse“ Konkurs machte, vor allem deshalb, weil in dem von ihm betriebenen Gustav-Radbruch-Haus die innere Ordnung fast völlig zusammengebrochen war und das Haus nach einer Phase unkontrollierbarer Überbelegung dermaßen zerwohnt war, daß es mit einem Aufwand an öffentlichen Mitteln von 12,8 Millionen DM saniert werden mußte. Soviel hatte auch der 1969 errichtete Bau gekostet. Auch das kleinere Haus „Die Burse“, das dem Träger gehörte, geriet mit in den Strudel des Zusammenbruches, obwohl die Verhältnisse hier weniger chaotisch waren. Bei dieser Aktion hatten 600 Wohnplätze auf dem Spiel gestanden.

Die Neuordnung dieser Verhältnisse und die Stabilisierung des Wohnheimwesens nach den unruhigen 68er Jahren konnte nicht allein mit betriebswirtschaftlicher Kompetenz gelingen. Manfred Klee hatte - wenn ich es richtig sehe - im Laufe der Jahre ein Gespür dafür entwickelt, welche Imponderabilien, die im Wesen einer Universität vorhanden sind, im studentischen Wohnheimbereich wirksam gemacht werden. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß die Universität Paris bereits 1222 als „Universitas magistrorum et scholarium Parisius studentium“ firmierte und daß ein wichtiges Motiv für den Zusammenschluß der Scholaren das Wohnungsproblem war.<sup>5</sup>



1991: Der Grundstein für das Europa-Haus - der ersten Wohnanlage im Rahmen des Bund-Länder-Neubauförderungsprogramms - wurde im November gelegt.

Von links: Wolfgang Homfeld, Vorsitzender des Vorstandes; Prof. Dr. Ingo von Münch, Zweiter Bürgermeister; Manfred Klee, Geschäftsführer.

Was hier gemeint ist, läßt sich am besten durch einen Vorfall charakterisieren, der sich in der Sitzung des Verwaltungsrates im Januar 1997 zugetragen hat. In einer Diskussion über die Zukunft der Protoktoren nach der Aufkündigung des Wohnheimprogramms durch den Präses wiesen zwei Studenten auf das in einer Umfrage in den Wohnheimen festgestellte dringende Interesse an der Erhaltung dieser Einrichtung hin und begründeten ausführlich ihren Standpunkt. Dem wurde von Seiten der anwesenden PräsidentInnen wenig Verständnis entgegengebracht, und es wurde erwogen, ob nicht ein Sozialarbeiter die von den Studierenden artikulierte Aufgabe besser wahrnehmen könne als ein Professor in der Funktion des Protoktors. Manfred Klee war der einzige, der eine Lanze für den Professor in diesem Zusammenhang brach. Ein Standpunkt, der im weiteren Verlauf von einer der PräsidentInnen als unzeitgemäß charakterisiert wurde.

Ich gestehe, so unzeitgemäß zu sein, daß ich im Sinne des Geschäftsführers zwischen einem Sozialarbeiter und einem Professor als Ansprechpartner für Studenten in einem Wohnheim - z.B. bei Konfliktfällen - unterscheiden kann. Ich neige wegen meiner bereits erwähnten Erfahrungen im Wohnheimwesen seiner Meinung zu. Man darf Manfred Klee aber nicht mißverstehen; es geht ihm nicht um die Professoren, sondern um die Studenten. Dafür ist ein Eingriff charakteristisch, der ihm 1985 gelang, als bei Sparmaßnahmen im Haushalt der Hansestadt Hamburg die Mittel für die Tutoren der Studentenwohnheime gestrichen worden waren. Er erwirkte bei den Bewohnern die Zustimmung, im Rahmen der Miete DM 2,- monatlich für die Arbeit der Studentischen Heimselbstverwaltungen zu erheben, und rettete damit eine für das Zusammenleben wichtige Struktur in den Wohnheimen des Studentenwerks. In dem Wohnheim des DRK wurde das gleiche Ziel auf eine etwas andere Weise erreicht.<sup>4</sup> Beide Regelungen sind noch heute wirksam.

Ein Wohnungsproblem besonderer Art stellen die früher Kindergarten (engl. noch heute kindergarten) genannten Kindertagesstätten (Kitas) dar, in denen die Kinder von Studierenden im Alter zwischen 1 und 6 Jahren betreut werden. Bereits 1972 wurde eine solche Einrichtung in der Bornstraße eröffnet und in zwei Abschnitten (1983 und 1989) modernisiert und erweitert, doch blieb die Kapazität weit hinter der Nachfrage zurück. Hier wurde 1994 ein Wandel eingeleitet, als es Manfred Klee mit beherztem Zugriff gelang, dem Studentenwerk in der Hallerstraße die Nutzung eines in städtischem Besitz befindlichen Hauses für diesen Zweck zu sichern. Die aus dem Jahre 1879 stammende, im historistischen Stil errichtete Stadtvilla, deren Vorbild man erkennt, wenn man in Dresden über die Augustusbrücke auf das Schloß zugeht, bietet jetzt 62 Kindern eine angenehme Heimstatt für den Tag, die durch eine gründliche, aber den Charme des Ursprungszustandes weitgehend erhaltende Renovierung und Sanierung für die neue Nutzung vorbereitet worden war.

Damit ist es nun gelungen, im Angebotsfeld zwischen wohnungsnaher Unterbringung und Universitätsnähe, der Nachfrage gerecht zu werden, für einen Preis, der den Charakter einer Anerkennungsgebühr hat.

IV. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist eines der kompliziertesten Leistungsgesetze der Republik, was man schon ahnt, wenn man die merkwürdige Mischung großer und kleiner Buch-

staben in der Abkürzung sieht. Es bedarf in seiner Durchführung eines Amtes, das erst eingerichtet werden konnte, nachdem 1976 die Rechtsform des Studentenwerks von einem eingetragenen Verein in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden war. Der Geschäftsführer des Studentenwerks ist seitdem durch Verfügung der Behörde mit der Aufgabe „Leiter des Amtes“ beauftragt; man hat es bei ihm also auch mit einem virtuellen Beamten zu tun. Dementsprechend ist sein Gestaltungsspielraum gering, denn die Durchführung des BAföG unterliegt der staatlichen Fachaufsicht. Dagegen hilft nur intelligente Aufklärung, und dafür hat Manfred Klee im Zusammenwirken mit der Abteilung gesorgt: durch Einrichtung eines von Montag bis Freitag geöffneten Informationsschalters und einer Spätsprechstunde; beide Einrichtungen haben sich als sehr nützlich erwiesen.

V. Manfred Klee hat einen weiten betriebswirtschaftlichen Horizont. Seine Diplomarbeit hat den Titel „Streitkräfte als Betrieb“<sup>6</sup>, und er hat den frühen Meister in der Behandlung komplexer Systeme, Carl von Clausewitz, studiert. Von 1971 - 1976 erfüllte er an der Fachhochschule im Fachbereich Seefahrt einen Lehrauftrag; sein Antrittsvortrag hatte das Thema „Methodischer Ansatz zur Einführung in die Seeverkehrsbetriebslehre“.

Schon seit 1967 hat er Umfragen bei den örtlichen Studentenwerken durchgeführt, um Zahlen zu erheben und zu veröffentlichen, die Einblick in ihre Arbeit geben. Hiermit begründete er die vom Deutschen Studentenwerk herausgegebene Broschüre „Studentenwerke im Zahlenspiegel“. Er erhob die Forderung, daß diese Umfrage jährlich wiederholt werden solle, um nicht nur eine Momentaufnahme zu geben, sondern auch Veränderungen und Tendenzen sichtbar zu machen. So ist es geschehen, und der „Zahlenspiegel“ wird für 1997 zum dreißigsten Mal erscheinen. Hieraus können wir sehen, daß Hamburg mit fast 50 Millionen DM bei den Erträgen und Zuschüssen hinter Berlin, München, Köln und Dresden an fünfter Stelle steht. Die Bilanzsumme beträgt fast 126 Millionen DM und hat sich während der Dienstzeit von Manfred Klee um den Faktor 40 erhöht. Die Zahl der Beschäftigten ist seitdem um den Faktor 2,5 auf 450 gestiegen. Wie die mit diesen beiden Zahlenverhältnissen gekennzeichnete Aufgabe in Hamburg gelöst wird, kann man der Allgemeinen Geschäftsanweisung vom 2. September 1996 entnehmen, die auch den Organisationsplan enthält, auf den mehrfach verwiesen wurde. Er zeichnet sich durch Kürze und Klarheit aus. Der Abschnitt „Führung und Motivation von Mitarbeitern“ enthält einen Katalog von Führungsgrundsätzen, die ich als einen „echten Klee“ bezeichnen möchte und deren Lektüre auch Lesern außerhalb des Studentenwerkes empfohlen sei. Den Ansatz, aus dem heraus diese Grundsätze entwickelt wurden, erkennt man aus einem Vortrag, den Manfred Klee im Februar 1996 auf der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gehalten hat.<sup>7</sup> Hier markiert er seine Position im Spannungsfeld von Technokratie und Eigenverantwortung, in dem jeder steht, der auf diesem Gebiet arbeitet. Wie erfolgreich er dabei in der Praxis ist, ergibt sich daraus, daß während seiner gesamten Tätigkeit im Studentenwerk ernsthafte finanzielle Schief lagen nie aufgetreten sind.

Neben seinem unmittelbaren beruflichen Wirken ist Manfred Klee in vielfacher Weise sozialpolitisch engagiert. So ist er seit 1972 Vorstandsmitglied und seit 1985 stellvertretender Landesvorsitzender des

Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Hamburg und seit 1989 auch Mitglied im Vorstand bzw. Beirat des Bundesverbandes in Frankfurt.

VI. Abschließend will ich versuchen, den Kurs zu beschreiben, den Manfred Klee selbst bei seiner Arbeit im Studentenwerk einschlägt. Wenn man ihn besucht, findet man nur die meist wenigen Blätter des Vorganges, den er gerade bearbeitet, sonst ist sein Schreibtisch leer. Dafür gibt es zwei Ursachen: Er hat hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die immer mitbedacht waren, wenn von seinen Leistungen berichtet wurde.

Er hat die Gewohnheit, bestimmte Arbeiten mit nach Hause zu nehmen. Hier entwickelt er die Konzepte, die das Salz seiner Arbeit sind und auf die seine Erfolge zu einem erheblichen Teil zurückzuführen sind.

Wenn man ihn telefonisch erreichen will, erfährt man oft, daß er im Bereich des Studentenwerks unterwegs sei. Um darüber mehr zu erfahren, habe ich ihn gebeten, den Verlauf eines seiner Arbeitstage zu protokollieren. Er hat das für Mittwoch, den 15. Januar 1997, getan.

Um 6.00 Uhr klingelte wie üblich der Wecker und um 7.30 Uhr saß er mit den MitarbeiterInnen der Mensa City Nord beim Frühstück, um sie bei dieser Gelegenheit für das Jubiläum des Studentenwerkes am 14. April zu motivieren. Dem gleichen Zweck dienten Gespräche in den Mensen Saarlandstraße (8.15 Uhr) und Berliner Tor (9.00 Uhr) - natürlich ohne Frühstück. Um 10.00 Uhr Gespräch mit Professor Weckerle in der Fachhochschule, Fachbereich Gestaltung. Dabei wurden in Gegenwart von zwölf Studierenden die Bedingungen für einen internen Wettbewerb zum Entwurf des Plakates „75 Jahre Studentenwerk“ ausgehandelt. Um 11.15 Uhr Mittagessen in der Mensa Studentenhau. 11.45 Uhr Sichtung der Tagespost mit einigen Rücksprachen und Bearbeitungsvermerken, 12.30 Uhr Gespräch mit dem Abteilungsleiter Bau und Technik über Details zur Neugestaltung eines Sitzungszimmers im Studentenhau. Von 14.00 bis 16.00 Uhr Abteilungsleiter-Runde. Diese Runde tagt verhältnismäßig selten, nämlich achtmal pro Jahr. Danach zwei Telefonate zur Leistungsvereinbarung und zu den Haushaltsbeiträgen für 1998. Ab 17.00 Uhr Blick in das Audimax, wo sich Bewerber um das Amt des Präsidenten der Universität Hamburg vorstellten. Der Rückblick auf diesen Tag zeigt seinen sehr kommunikativen Arbeitsstil, auf dem auch das offene Betriebsklima beruht, das mir immer wieder aufgefallen ist, wenn ich mit ihm in einer Einrichtung des Studentenwerks war.

Im Laufe der fast 35 Jahre, die seit jener mündlichen Diplomprüfung, mit der alles begann, vergangen sind, hat sich herausgestellt, daß es ein glücklicher Entschluß des damaligen Prüfers war, Manfred Klee zu gewinnen, der in dieser Zeit nicht wie ein Zahlmeister, sondern wie ein Kapitän auf der Brücke des Schiffes Studentenwerk gestanden hat.

<sup>1</sup> Dietrich Schwanitz, *Der Campus*, (Eichborn, Frankfurt am Main 1995), S. 108.

<sup>2</sup> a.a.O.S. 34 f.

<sup>3</sup> Wolfgang Walter, *30 Jahre Uni-Gästehaus: Metamorphosen einer Herberge*, Uni Hamburg, Nr. 26, (1995), S. 45.

<sup>4</sup> vgl. Wolfgang Walter, *22 Jahre Studentenwohnheim des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg, 1960 - 1992*, (Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Hamburg e.V.), S. 12 ff.

<sup>5</sup> Heinrich Denifle, *Die Entstehung der Universitäten des Mittelalters* (Weichmann, Berlin 1885; Nachdruck Akademischer Druck und Verlagsanstalt, Graz 1956), Seiten 109 und 143.

<sup>6</sup> Manfred Klee, *Streitkräfte als Betrieb, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (BFuP)*, 17. Jahrgang 1965, S. 419 ff. und S. 496 ff.

<sup>7</sup> Manfred Klee, *Soziale Arbeit nach Normen*, *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit 6/1996, S. 173 ff.



ASTa der Universität Hamburg. Von links: Angelika Friedrich, Jeannette Paulsen, Snjezana Erdeg, Marc Kröger (stehend), Petra Spille, Dana Herberg, Sonja Lattwesen, Katharina Dufner, Claudia Fiedler (sitzend).

### **Der ASTa der Universität Hamburg „Gedanken zur Sozialpolitik für Studierende“**

AutorInnen: Snjezana Erdeg, Claudia Fiedler, Katharina Dufner, Jeannette Paulsen, Marc Kröger, Petra Spille, Angelika Friedrich, Hagen Eichler, Sonja Lattwesen, Adnan Üncü, Karsten Lindloh, Rolf Lange, Dana Herberg

Der Allgemeine Studierendenausschuß (ASTa) ist die Vertretung der Verfaßten Studierendenschaft (VS) innerhalb der Universität wie auch außerhalb, also die „politische“ Interessenvertretung aller Studierenden. Der derzeitige ASTa wird gestellt von der Grünen Hochschulgruppe (GHG), den Liberalen und Unabhängigen Studierenden (LUST) und St. Pauli. Schwerpunkte unserer Arbeit sind Frauen-, Hochschul- und Sozialpolitik. Auf diesen Feldern setzen wir uns insbesondere mit dem Hamburger Senat auseinander, dessen Lieblingsbeschäftigung es zu sein scheint, Gelder im Hochschulbereich zu streichen. Wir setzen uns dafür ein, daß alle studieren können, die studieren möchten, kämpfen gegen Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation von sogenannten „Bummelstudenten“, weil das meistens diejenigen trifft, die ihr Studium selbst finanzieren müssen. Außerdem beschäftigen wir uns mit neuen Modellen zur Studienfinanzierung - das BAföG hat sich überlebt.

#### Sozialpolitik aus Frauenperspektive

Die soziale Lage der Studentinnen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die soziale Benachteiligung von Frauen läßt sich in verschiedenen Bereichen beobachten, tritt aber insbesondere beim Einkommen in Erscheinung.

Dazu kommt, daß fast jede zehnte Studentin Mutter ist. Die zusätzliche zeitliche Belastung durch Kindererziehung und -betreuung erhöht sich aufgrund nicht ausreichender Betreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen. Außerdem haben studentische Mütter einen erhöhten finanziellen Aufwand und entsprechend gesteigerte Anforderungen an ihren Wohnraum.

Zu einer Sozialpolitik für Frauen gehört die Frauenförderung. Sie ist wesentlicher Schwerpunkt und verfolgt die Aufhebung jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Das Mittel der Quotierung ist dabei eine Möglichkeit, den Frauenanteil zu erhöhen. So wird eine Grundlage dafür geschaffen, patriarchale Strukturen zu verändern. Daher haben wir uns für den ASTa auf eine Frauenquote von mindestens 50 % verständigt - in diesem ASTa sind derzeit zwei Drittel der RefentInnen Frauen. Auch im Studierendenparlament soll eine Quote durchgesetzt werden; der beschlossene Entwurf scheiterte bisher an der Behörde für Wissenschaft und Forschung, wird aber überarbeitet.

Frauen sind immer noch kein Gegenstand der gängigen Wissenschaft. Eine Institutionalisierung feministischer Wissenschaft gibt es nicht. Obwohl sich diese mit fächerübergreifenden Fragestellungen bezüglich des Geschlechts als soziale Kategorie, mit der Dynamik des Geschlechterverhältnisses in



der Geschichte und mit den Machtverhältnissen beschäftigt, hängt dieser Bereich bisher von der individuellen Schwerpunktsetzung einzelner Frauen ab.

An der männlich dominierten Institution Hochschule gibt es nur wenige Möglichkeiten, sich über feministische Inhalte zu orientieren und zu qualifizieren. Studien- und Prüfungsordnungen enthalten diesen Bereich nicht. Um diese Situation zu ändern und den ersten Schritt zur Einführung von feministischer Wissenschaft und Frauenforschung zu tun, organisieren wir jedes Jahr die Frauenhochschulwoche.

#### Die Kinderkiste

Am 30.10.1996 lud der AStA zur großen Grundsteinlegung des Kinderspielplatzes in die Johnsallee 68 ein. Gemeinsam mit freiwilligen HelferInnen wollten wir in Eigeninitiative eine Bleibe für Kinder von studierenden Eltern schaffen.

Hintergrund unseres Aufrufes war die Zusage, in der Johnsallee eine Kindertagesstätte einzurichten. Im September 1996 wurde dem AStA allerdings mitgeteilt, daß das versprochene Gebäude nicht mehr zur Verfügung stehe. Diese Nachricht schien das Scheitern unseres Projekts zu bedeuten. Seit 1995 saßen AStA, Studentenwerk und Amt für Jugend zusammen, um eine 3. Kindertagesstätte für die Studierenden zu planen. Dazu wurde zunächst mit den Rückmelde- bzw. Immatrikulationsunterlagen der „Fragebogen für Studierende mit Kind(ern)“ verschickt.

Ende 1995 konnten 694 Fragebögen ausgewertet werden - eine Rücklaufquote von 22 %. Neben zahlreichen Informationen zu Familienstand, Tätigkeit, Wohnort, Verteilung nach Fachbereichen, Anzahl der Kinder, Alter der Kinder wurden die Wünsche nach Kinderbetreuung untersucht. Dabei ergab sich ein interessanter Unterschied zum stadtüblichen Betreuungskonzept (Ganz-/Halbtagsbetreuung in Wohnortnähe): 566 Eltern äußerten den Wunsch nach einer flexiblen Betreuung, 290 wollten eine Tagesstätte in Campusnähe.

Als Studentische Interessenvertretung lag es nun an uns, der Erfüllung dieses Bedarfs nachzukommen. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen auf unterschiedlichsten Ebenen (Univerwaltung, Behörde für Wissenschaft und Forschung, Amt für Jugend) kamen wir schließlich im Dezember 1996 zu einem Ergebnis: In der Johnsallee wird bis zum Verkauf des Kleinen Rechtshauses ein betreuter Kinderspielplatz eingerichtet - angelehnt an das Modell „Aktion Kinderparadies“. Etwa 20 Kinder können auf dem Spielplatz sowie in zwei „Schlechtwetter-Räumen“ von Fachkräften und zusätzlichen Betreuerinnen beschäftigt werden. Ihre Unterbringung wird jedes Semester zwischen Eltern und Betreuungsteam neu ausgehandelt.

Nach etwa zwei Jahren Modellprojekt Kinderspielplatz planen wir die Einführung einer flexiblen Kindertagesstätte als Ergänzung zu den bereits existierenden Tagesstätten des Studentenwerks. Wie

auch an anderen Hochschulen (Trier, Dresden, ...) soll es an der Universität Hamburg eine auf studentische Belange zugeschnittene Betreuung geben: „Benötigt werden vor allem flexible stundenweise Angebote, die den Eltern erlauben, eine Veranstaltung oder die Bibliothek für einen kürzeren Zeitraum oder am Abend zu besuchen. Häufig wird gegen solche Vorstellungen argumentiert, daß eine sinnvolle pädagogische Arbeit nur möglich ist, wenn Kinder in einem festen Gruppenzusammenhang den Tag verbringen. Flexiblere Tagesabläufe mit bedarfsgerechten Bring- und Abholzeiten brauchen mehr Absprachen unter den Beteiligten, viel Offenheit und Transparenz und gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Bedürfnisse. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß dort, wo pädagogisches Personal, Eltern und die jeweilige Trägerorganisation hinter diesem Konzept stehen, sich für alle Beteiligten große Vorteile ergeben.“<sup>1</sup>

#### Alternativen zur BAföG-Misere

Die bestehende Ausbildungsförderung ist nicht bedarfsdeckend und kommt in Hamburg nur noch 15 % der Studierenden zugute. Aus dieser Kritik heraus, die wir mit dem Studentenwerk teilen, arbeitet der AStA an Alternativmodellen. Zugleich organisieren wir den Widerstand gegen das mittlerweile eingeführte Zins-BAföG. Hier gab es einen einstimmigen Beschluß des Studentenwerk-Verwaltungsrates gegen die Verzinsregelung. Solche Äußerungen begrüßt der AStA ausdrücklich. Wir erwarten vom Studentenwerk weiterhin eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, besonders über Erkenntnisse aus den Sozialerhebungen.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurde in den 70er Jahren eingeführt, um auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ein Studium zu ermöglichen. Im Laufe der Jahre wurde das BAföG-System zunehmend ausgehöhlt. Bedarfssätze und Freibeträge wurden der allgemeinen Preisentwicklung und den Lebenshaltungskosten nur unzureichend angepaßt. Dies hat zum einen dazu geführt, daß die Notwendigkeit des Jobbens extrem zugenommen hat<sup>2</sup> zum anderen sind über 80 % der Studierenden nicht mehr förderberechtigt.

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe erhält für die Aufnahme eines Studiums eine immer größere Bedeutung. Seit dem Regierungswechsel 1982 ist es hier zu gravierenden sozialen Verschiebungen gekommen. So hat sich inzwischen der Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien von 23 % auf 14 % verringert. Auch der Anteil aus mittleren Herkunftsgruppen hat sich um 6 Prozentpunkte reduziert. Gleichzeitig stieg der Anteil aus gehobenen und hohen Gruppen um 15 Prozentpunkte deutlich an. Dies ist unter anderem die Folge der unzureichenden Finanzierung des studentischen Lebensunterhalts.<sup>2</sup>

Wenn es um ihren Lebensunterhalt geht, gelten Studierende als Kinder. Sie sind unterhalts- und förderrechtlich ihren Eltern zugeordnet. Diese finanzielle Abhängigkeit von den Eltern beschneidet die Freiheit der Studierenden, ihr Studium selbst zu wählen und zu gestalten. Die Verzerrungen der Studien- und Berufsentscheidungen führen zu persönlichen und volkswirtschaftlichen Verlusten.

Die bürokratischen Hürden, um Förderung nach dem BAföG zu erhalten, wurden in den letzten Jahren stetig höher geschraubt. Weder die komplizierte jährliche Einkommensprüfung noch die den Hochschulbetrieb belastenden Leistungsnachweise sind zeitgemäß, zumal sie ungerechterweise nur die EmpfängerInnen von BAföG treffen.

Wir erwarten vom Studentenwerk eine offensive Beratung der Berechtigten, die oft Schwierigkeiten haben, sich in den Regelungen zurechtzufinden. Am BAföG-Alternativmodell des Deutschen Studentenwerks kritisiert der AStA u.a. die weiter zunehmende Bürokratisierung (neue Sockelförderung, weiterhin Elternabhängigkeit, neue Kontrollmechanismen). Ähnliche Probleme ergeben sich aus dem von der SPD propagierten Drei-Körbe-Modell (Differenzierung nach Studienabschnitten).

Radikale Systembrüche würden die Ausbildungsförderungsmodelle der PDS und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeuten. Die PDS fordert eine „Grundsicherung für alle“, also auch für die Studierenden. Diese Grundsicherung würde allerdings die Hälfte des Bundeshaushalts kosten, was diesen Vorschlag mittelfristig unrealisierbar macht.

Der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem AStA der Uni Hamburg heißt „Bundesausbildungsförderungsfonds“ (BAFF). Nach diesem Konzept wird allen deutschen und ausländischen Studierenden eine elternunabhängige, bedarfsdeckende Ausbildungsförderung gewährt. Alle Studierenden können monatlich 1.050,- DM über 12 Semester erhalten. Zu dieser Summe kommt Wohngeld, das eine regionale Differenzierung der Bedarfssätze ermöglicht. Studierende können dann frei entscheiden, welchen Betrag sie in Anspruch nehmen wollen. Es besteht die Möglichkeit, die Zahlungen der Maximalsumme auf 16 Semester zu strecken, um die individuelle Studienplanung frei gestalten zu können. Die Förderungsdauer kann sich aus sozialen Gründen verlängern.

Neben dem Nutzen von Bildung und Ausbildung für die Gesellschaft ergeben sich aus dem Studium viele Vorteile für AkademikerInnen. Deshalb wird es in diesem Modell - aus finanzpolitischen Gründen und um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen - für zumutbar gehalten, AkademikerInnen zu einer Refinanzierung heranzuziehen, bei der ihre herkunftsbedingte individuelle Leistungsfähigkeit nach dem Studium berücksichtigt wird. Der BAFF ist somit ein Fonds, der nicht sachfremd im Bundeshaushalt versickert. Wer Geld aus dem Fonds erhält, muß nach dem Studium Beiträge entrichten. Diese staffeln sich nach der erhaltenen Förderung, dem eigenen Einkommen und weiteren sozialen Komponenten. Die Verpflichtung zur Beitragszahlung beginnt mit dem Ende des Studiums und endet nach 25 Jahren. In Phasen mit geringem oder keinem Einkommen verringert sich die Beitragsbelastung oder entfällt ganz. BAFF berücksichtigt die individuelle Lebenssituation und verhindert, daß die Geförderten - wie bei Darlehenskonzepten - mit Schulden belastet werden. Der BAFF stellt für uns die einzige mittelfristige finanzierbare BAföG-Alternative dar, die elternunabhängig und bedarfsdeckend ist.

Wir prüfen alle anderen Konzepte, die ebenfalls dem Bildungs- und Sozialabbau der Bundesregierung entgegenwirken. Hierbei ist uns die Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk wichtig, denn Studierende brauchen eine starke Lobby, um weiteren Ausgrenzungen entgegenzuwirken und dem demokratischen Ziel „Bildung für alle“ näherzukommen.

#### Mensa-Essen

Das Ökologie-Referat begrüßt es, daß es eine fleischlose Alternative in der Mensa gibt. Aber für ein vollwertiges und gesundes Essen ist das zu wenig.

Es ist seit längerem bekannt, wie das Essen die Gesundheit beeinflusst - auch, welche Schadstoffe wir durch „normal“ produzierte Nahrung aufnehmen. An einer Universität, wo man sich dieser Problematik bewußt ist bzw. sein sollte, kann man das Wissen darüber in der Mensa nicht abschalten. Gesunde Ernährung ist nicht einfach fleischlos, sondern bedeutet eine große Auswahl an vollwertigen Produkten aus kontrolliert biologischem Anbau. In Freiburg und Berlin ist dies schon in die Tat umgesetzt worden.

Das Ökologie-Referat und die Umweltschutzgruppe der Fachhochschule setzen sich seit langer Zeit für eine finanzierbare echte Essens-Alternative ein. Dabei sind wir auf die Kooperation mit dem Studentenwerk angewiesen, die sich freundlicherweise schon in Form von Gesprächen ausdrückt.

#### Verwaltung des SemesterTicket-Härtefonds

Zum Wintersemester 1994/95 wurde das SemesterTicket für alle Studierenden in Hamburg eingeführt, das der grüne AStA mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) ausgehandelt hat. Das SemesterTicket muß von allen Studierenden jedes Semester bezahlt werden. Es ist mit zur Zeit 218,- DM pro Semester die mit Abstand günstigste Zeitfahrkarte des HVV, aber im Vergleich mit anderen Hochschulstädten relativ teuer. Daher ist es erforderlich, eventuelle soziale Härten auszugleichen. Dafür wurde ein Härtefonds eingerichtet. In bestimmten Fällen können sich Studierende gegen Rückgabe des Tickets ihren Beitrag aus diesem Härtefonds zurückerstatten lassen.

Die Verwaltung des Härtefonds, der ebenfalls nur von den Studierenden finanziert wird, hat das Studentenwerk Hamburg für die Verfaßte Studierendenschaft übernommen. Bereits im Mai 1994 wurde eine umfassende Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den ASten einiger Hochschulen und dem Studentenwerk unterzeichnet. Seitdem wurden von den Mitarbeitern des Studentenwerkes etwa 20.000 Anträge von Studierenden bearbeitet.

Die Gestaltung des Härtefonds und dessen Richtlinien wurde in einem gemeinsamen Ausschuß stetig vorangebracht. Die Zusammenarbeit zwischen Verfaßter Studierendenschaft und Studentenwerk kann in diesem Punkt wohl als beispielhaft bezeichnet werden.

Ohne das Engagement und die unkomplizierte Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern des Studentenwerks und dem AStA hätte sich das Projekt SemesterTicket nicht so leicht und schnell realisieren lassen. Es wäre schön, wenn auch in anderen Bereichen, z. B. Mensa-Essen aus kontrolliert biologischem Anbau, ähnlich erfolgreich zusammengearbeitet werden könnte.

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Kinderbetreuung im Hochschulbereich. Bonn, 1996. S. 141, 189.

<sup>2</sup> Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn 1995.

Studentenwerk Hamburg, Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahre 1994, Sonderauswertung der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. (DSW) im Sommersemester 1994, Hamburg, November 1995.

### Hans Fuhrke, Vorsitzender des Personalrates „Zielgerichtete Partnerschaft zum Wohle des Betriebes“

Als Herr Klee mich - in meiner Funktion als Personalrats-Vorsitzender - bat, zum 75. Jahrestag des Studentenwerks Hamburg einen Redebeitrag mit dem Thema „Zielgerichtete Partnerschaft zum Wohle des Betriebes“ zu halten, hätte ich lieber ablehnen sollen. Denn nun saß ich da! Zuerst konnte ich wenig mit dem Thema anfangen und fragte mich:

- Um welche Partnerschaft geht es?
- Wer könnten die Partner sein?
- Ist eine Partnerschaft zwischen Personalrat und Geschäftsführung gemeint, und wenn ja, darf ich das laut sagen, wenn ich 1997 wieder gewählt werden will?
- Welche gemeinsamen Ziele der „Partner“ könnte es geben?
- Was ist mit dem Wohl des Betriebes gemeint?

Diese Fragen habe ich für mich wie folgt beantwortet:

- Es geht Gott sei Dank nicht um eine öffentliche Abhandlung einer „konspirativen Partnerschaft“ zwischen Geschäftsführung und Personalrat, sondern um eine Partnerschaftsentwicklung des Dienstleistungsbetriebes Studentenwerk, bestehend aus Mitarbeitern, Geschäftsführung, den beteiligten Gremien und den Studierenden, für die diese Dienstleistungen erbracht werden.
- Da die genannten „Partner“ zwangsläufig unterschiedliche Interessen verfolgen, gibt es meiner Meinung nach nur folgende Gemeinsamkeiten:  
*Das Abfordern und Anbieten von Leistungen (Essen, Wohnen, BAföG, Sozialberatung, Kinderbetreuung).*
- Die angebotenen Dienstleistungen des Studentenwerks für die Studierenden attraktiv zu gestalten, so daß sie angenommen werden; d.h. zum Beispiel, das Essen soll schmecken, preiswert sein und in freundlicher Atmosphäre dargeboten werden, denn:  
*Ein zufriedener Gast kommt wieder und wirbt neue! Die Existenz des Betriebes wird damit gesichert!*
- Für die Mitarbeiter bedeutet dies einen sicheren Arbeitsplatz und, wenn Geschäftsführung und Personalrat ihre Arbeit vernünftig machen, vielleicht auch eine motivationsfördernde Arbeitsatmosphäre.

Wenn ich voraussetze, daß diese Ziele von allen beteiligten Gruppierungen angestrebt werden und alle sich ein Stück vorwärts bewegen, dann sind wir auf dem richtigen Weg, der sicherlich nicht ohne Stolpersteine und Schlaglöcher ist, denn Ansprüche, Aufgaben, politische Rahmenbedingungen, Anforderungsprofile sowie die Technik verändern sich ständig und erfordern Flexibilität.

Die Mitarbeiter haben aus meiner Sicht in den letzten Jahren große Flexibilität gezeigt, was an den folgenden Beispielen deutlich wird:

- Eine Hausdame in den ersten Studentenwohnheimen hatte auch die Funktion einer „Gesellschafterin“ für die Studierenden. Sie war auch zuständig für das kulturelle Leben im Wohnheim. Ende der 60er wurde das Heimleben neu organisiert. Große Meinungsunterschiede bestanden in der Führung eines Wohnheims zwischen Studentenwerk - „Wir sind der Träger, und wir bestimmen, wie gewohnt wird“ - und den Wohnheimstudenten - „Selbstverwaltung und freies Wohnen bei Finanzierung durch den Staat“ - und prägten die 70er.

Es war ein Jahrzehnt der Konflikte, der Mietstreiks und der Politisierung in den Wohnheimen. Aber es war das wichtigste Jahrzehnt. Auf der Strecke blieben aber die Hausdamen, die in der alten Form „nett, kulturell und wie zu Hause“ nicht mehr benötigt wurden. Sie waren Opfer des Zeitgeistes geworden. Vom nachfolgenden Hausverwalter erwartete man Autorität und Durchsetzungsvermögen in Sachen Hausordnung (Bettenverbreiterungen sind zu beschlagnahmen und „Schwarzpinner“ zu jagen) sowie die Ausführung von Reparatur- und Gartenarbeiten (Lauf- und Ballspiele verboten).

Vom Hausverwalter, der für die Altbauprojekte zuständig war, erwartete man schon mal, daß eine Wohnung mit einem Vorhängeschloß versperrt wurde, damit der Mieter sich in der Verwaltung meldete, wenn alle Aufforderungsschreiben erfolglos blieben.

Mittlerweile sind die Meinungsunterschiede nicht mehr so groß. In den Statuten der Selbstverwaltungsorgane, sprich Heimaufnahmeausschuß, Heimrat usw., ist das Miteinander im Wohnheim und mit der Verwaltung geregelt. Die Gartengestaltung wird einvernehmlich besprochen.

Der Hausverwalter der 90er ist Sympathieträger. Von ihm erwartet man partnerschaftliches Verhalten. Aus dem Sheriff wurde ein Sozialarbeiter mit handwerklicher Ausbildung, der auch in der Verwaltungs- und Gremienarbeit große Erfahrung hat.

- Die Honnefmitarbeiter, die die Umstellung auf BAföG erlebten, hatten die berechtigte Hoffnung, daß die Ausbildungsförderung in eine positive Zukunft gehen würde. Diesen Glauben mußten sie jedoch sehr schnell aufgeben. Den persönlichen Kontakt, den sie zu Honnef-Zeiten zu den Antragsstellern gehabt hatten, wich einer Massenabwicklung von Antragsstellern. Fallzahlen, Fachliche Weisungen, Gesetze, Verwaltungsvorschriften usw. usw. zählten und nicht die ausführliche Beratung des Studenten. Bitter für sie war auch die Feststellung, daß die angestrebte Förderungsgerechtigkeit nicht erreicht wurde. Heute fühlen sie sich wie Kreditverkäufer bei einer Bank.

- Bei der Wiedereröffnung der Mensa in den 50ern ging man damals davon aus, daß der Student ein preiswertes und nahrhaftes Gericht bekommen sollte. Das Speisenangebot wurde dann später auf

drei Gerichte erweitert. Als kleine Mahlzeit zwischendurch wurde das „Kotelett Robert“ (kaltes Kotelett mit Kartoffelsalat und Malssalat) kreiert. Das damalige Motto lautete: es wird schon gegessen, was auf den Tisch kommt!

Das stetige Ansteigen der „Mensa-Esser“ führte zu einer erheblichen Mehrbelastung der Mitarbeiter, da oft, bedingt durch räumliche Verhältnisse, erst sehr spät mit personellen Maßnahmen und technischen Veränderungen reagiert wurde. In den Küchen herrschte ein autoritärer Führungsstil, der auch manchmal an die Studierenden weitergegeben wurde. Das Angebot wurde auf fünf Gerichte ausgeweitet. Viele Mitarbeiter sprachen von „Akkordarbeit“, denn nach wie vor war der oberste Grundsatz im Küchenbereich: Um 11.15 Uhr hat das Essen fertig zu sein! Pünktlichkeit kam vor Gast- und Mitarbeiterzufriedenheit! „Robert“ war ein Schwein mit unzähligen Kotelettsträngen, denn erst Mitte der 80er wurde das letzte Kotelett gegessen. Mit „Roberts“ Ableben ging auch eine tiefgreifende Veränderung im Mensabereich einher, die bis heute als noch nicht abgeschlossen angesehen werden kann. Was war geschehen? Der Ofen neu erfunden? Nein, es folgte nur eine Anpassung an ein zeitgemäßes und gastorientiertes Handeln:

- Aus dem Essenteilnehmer wird der Gast.
- Frühstücksangebote in allen Mensen.
- Die Angebotspalette wird überarbeitet und in punkto Vielfalt und Gesundheit ausgeweitet.
- Die Wünsche der Gäste werden erfragt und in Aktionswochen (z.B. Mexikanische Woche) umgesetzt.
- Umweltgesichtspunkte finden Einzug (z.B. kein Einweggeschirr mehr, loser Yoghurt usw.).
- Die Räume werden umgestaltet (man soll sich wohlfühlen).
- Mitarbeiter werden in punkto „gastorientiertes Verhalten“ geschult.
- Arbeitsabläufe werden neu organisiert und mit den Mitarbeitern besprochen.
- Autoritäre Führungsstile werden nicht mehr hingenommen.
- Ein Warenwirtschaftssystem wird eingeführt (PC's).
- Weiterbildung ist angesagt.

Ich finde, diese Beispiele machen deutlich, daß *WIR* uns nicht mehr am Anfang des Weges befinden, sondern schon ein gutes Stück vorangekommen sind, aber einige große Brocken müssen noch beiseite geräumt werden, und dies bedeutet aus meiner Sicht:

- Jede Veränderung und Neuerung sollte so angelegt werden, daß die Betroffenen Zeit und Möglichkeiten haben, sich auch zu verändern!
- Besserer Service bedeutet auch ausreichendes Personal!
- Gute Leistung will auch gut bezahlt werden!
- Eigenverantwortlichkeit schafft Raum für neue Ideen!

### phil. Hendrik: Selbsthilfe ist not!

#### II.

Wiel diskutiert wurde der Teil I meiner Ausführungen über die Notwendigkeit der Selbsthilfe unserer Studentenschaft: der Artikel ist also gelesen worden. Einzelnen schienen meine Zahlenangaben zu hoch gegriffen, anderen waren sie zu niedrig. Wiederum fanden einige, Hamburg sei nicht das teuerste „Universitätspfaster“ . . . aber, meine Damen und Herren, ich habe es doch auch nicht behauptet, obschon ich nach Ansicht verschiedener Studierenden hierzu berechtigt gewesen wäre. Alldem nach zu urteilen, bewegen sich meine Angaben in der Nr. 5/6 W. S. 1921/22 unserer H. U. Z. zwischen den Extremen und scheinen die Geltung als Durchschnitt für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, erst recht dann, wenn Stichproben im Monat Februar und März gemacht wurden, die bereits eine Erhöhung der Ubergrenze für den Mindesttagesverbrauch aufweisen; darnach hätten wir zu rechnen:

I.	1. Morgenkaffee (2 Tassen Kaffee u. 4 Margarinebutter!) . . . . .	7 M -
	2. drei Frühstücksschnitten . . . . .	5 M -
	3. Mittagessen . . . . .	8 M 50
	4. Nachmittagskaffee u. 2 Margarinebutter . . . . .	5 M -
	5. Abendbrot . . . . .	5 M 50
		bis 18 M -
II.	1. Bude mit Bedienung . . . . .	8 M -
	2. Flickarbeit a) Schuhzeug . . . . .	2 M -
	b) Wäsche pp. . . . .	1 M -
	3. Wäsche . . . . .	4 M -
III.	1. Bahnfahrten . . . . .	5 M -
	2. Haarschneiden pp. . . . .	1 M -
	3. Körperl. Pflege: Bad pp. . . . .	1 M -
IV.	Wäcker und Zeitschriften (je nach Bildungshunger) . . . . .	? M -

M 53.- bis 60.- + ?

Miteingeschlossen in diesen Tagesverbrauch des Hamburger Studierenden sind noch gar nicht die Universitätsgebühren und der sonstige Verbrauch des Alltagsnebenbei.

Eine Kommilitonin, die selbst den harten Kampf ums Dasein auch im Semester austragen muß, meinte sogar: 2000 Mark Monatswechsel würde im Sommer-Semester das Durchschnittserfordernis für den Hamburger Studierenden sein . . . . Doch ich will nicht mit der Zukunft rechten - kommt Zeit, kommt Rat.

Eines geht daraus jedenfalls hervor: Selbsthilfe ist not.

Und die Selbsthilfe „marschieret“: die „Hamburger Studentenhilfe“ als E. V. (eingetragener Verein) ist Tatsache. Der erste Schritt wurde getan, ein Gehversuch . . . . Meiner Auffassung nach wäre eine „Genossenschaft“ in wirtschaftlich-erzieherischer und anderer Hinsicht wohl das Bessere gewesen. Aber das ist Ansichtssache und hierüber kann noch ein ander Mal geschrieben werden.

Dr. Silke Jendrowiak, Fachredakteurin für Bildungspolitik, NDR

### I. Ein Anfang im Geist der neuen Zeit - Die Hamburger Studentenhilfe

Und die Selbsthilfe marschieret: die Hamburger Studentenhilfe als e.V. (eingetragener Verein) ist Tatsache. Der erste Schritt wurde getan, ein Gehversuch...<sup>1</sup>

So zurückhaltend, in geradezu bescheidener Erwartung formuliert, findet sich die Mitteilung über die Anfänge des *Hamburger Studentenwerks* in einem zeitgenössischen Dokument. Unter dem Schlagwort "Selbsthilfe ist Not!" wird die Gründung eines Vereins *Hamburger Studentenhilfe* in einem Artikel der *Hamburger Universitätszeitung* eher nebenbei erwähnt. Der Verfasser, ein *phil. Hendrik*, rechnet im Sommersemester 1922 seinen Kommilitonen vor, wie teuer das hiesige Universitäts-Pfaster zu stehen kommt. Einen Mindest-Tagesverbrauch zwischen 53 und 60 Mark gibt er an, den Morgenkaffee (zwei Tassen Kaffee und vier Margarinebutter!), Bude, Wäsche, Bahnfahrten und auch die Flickarbeit an Schuhzeug und Wäsche inbegriffen. Eine Kommilitonin, "die selbst den harten Kampf ums Dasein auch im Semester austragen muß", kommt sogar zu dem Ergebnis, daß 2.000 Mark Monatswechsel das "Durchschnittserfordernis" für den Studierenden sei.

Diese Angaben erscheinen - auf den ersten Blick - erstaunlich hoch. Liegen sie doch über denen von heute. In einer Sonderauswertung der 14. Sozialerhebung des *Deutschen Studentenwerks* ermittelte das *Studentenwerk Hamburg* in der Rubrik Lebenshaltungskosten eines Studierenden in der Hansestadt im Sommersemester 1994 monatliche Gesamtausgaben von DM 1.423, und es fand auch heraus, daß dafür fast jeder Dritte (72,9 Prozent) neben dem Studium gearbeitet hatte. Einschränkend muß bei so einem Vergleich jedoch berücksichtigt werden, daß sich in den Zahlen für 1922 die „launischen, sprunghaft sich bewegenden Teuerungsverhältnisse am Orte“ ausdrückten. Das heißt: zur Zeit der Gründung der *Studentenhilfe* zeigte die Inflation ihre Wirkung.

Die wirtschaftlich schwierige Lage in den Nachkriegsjahren war jedoch nur einer der Gründe, warum für eine Selbsthilfe der Studierenden geworben wurde. Unabhängig vom Preisverfall galt Hamburg tatsächlich als eine der „teuersten unter den deutschen Hochschulstädten“. Die Großstadt mit ihren hohen Lebenshaltungskosten und vor allem ihrem Mieten-Niveau forderte größere finanzielle Anstrengungen als anderswo.

Ein dritter, entscheidender Grund trat hinzu, warum die Idee einer sozialen Unterstützung Einzelner durch die Gesamtheit der Studentenschaft ein Gebot der Zeit wurde. Das war der demokratische Anspruch einer „Bildung für alle“. Die Universitäten sollten allen Begabten unabhängig von ihren

Was bietet nun dieser eingetragene Verein „Hamburger Studentenhilfe“? Diese Frage hat bereits zum größten Teil ihre Beantwortung im Universitätskalender des Sommer-Semesters 1922 gefunden; siehe den Artikel „Wie komme ich mit meinem Monatswechsel aus?“ Das Wirtschaftsamt ist ja vorläufig nichts anderes als die „Geschäftsstelle“ des wirtschaftlichen Studentenvereins.

Da die Liebe bekanntlich durch den Magen geht, wird der E. V. seine Liebeswerbung unter uns damit beginnen, eine Besserung und Verbilligung der Ernährungsverhältnisse für Hamburgs Studenten zu erreichen. Er will aber nicht sämtliche zur Verfügung stehenden Gelder in Freitischen anlegen oder sonst wie durch den Magen jagen; nicht Brot allein will der Mensch, er will auch gekleidet sein. Die bisherige Art der Kleiderbeschaffung durch die Abteilung V des Stud. Wirtschaftsamts ermöglichte dem Studierenden eine bereits erheblich billigere Bekleidung als sie sonst möglich gewesen wäre. Belege unserer Art weisen drei typische Fälle auf, in denen gemacht wurden

Einkäufe	in Höhe von:	Ersparnisse
1. M 5101,50		M 1505,50
2. M 5863,75		M 1248,75
3. M 2501,-		M 478,-

dies alles - meint unsere „Studentenhilfe“ - muß noch bedeutend besser werden, viel viel besser und zwar nicht nur in Bezug auf Verbilligung, sondern auch auf verhältnismäßige Güte der Ware. Ansätze sind vorhanden, die das Beste erhoffen lassen.

Solchen aber, denen eine Neubeschaffung unmöglich ist und jenen, welche am liebsten gar noch Kleidungsstücke aus vorrevolutionärer Zeit anziehen und „austragen“ möchten, bis die Kleidungsstücke die Dunttheit der nordamerikanischen Flagge aufweisen, stehen zunächst die Flickstuben des Bundes hamburgischer Hausfrauen zur Verfügung, die für billiges Geld die Flickarbeit in liebenswürdiger Weise durchführen wollen. Das Nähere hierüber erfährt man, wie in allen derartigen Fällen immer, bei der Abteilung V des Wirtschaftsamts. Vielleicht ersticht im Laufe des Sommersemesters eine „reinstudentische Flickstube“, vielleicht . . .

Was die „Studen“ angeht - da wir nun einmal dabei sind - will ich noch verraten, daß eine Schreibmaschinenstube zur Erlernung des Maschinenschreibens eingerichtet wird. Nicht nur diesen, sondern auch anderen Nebenerwerb will die „Studentenhilfe“ beschaffen: Arbeit in den verschiedensten Betrieben, Ferienarbeit auf Werften und auf dem flachen Lande. Es wurde mir gestattet, mitzuteilen, daß infolge der guten Erfahrungen mit den hamburgischen Werkstudenten, in den nächsten großen Ferien eine noch größere Anzahl studentischer Handarbeiter Aussicht auf Arbeit habe. 150 Landarbeiterstellen warten übrigens auch auf „studentische Befestigung“; wer die Reize des Landlebens nicht kennt, dem seien nach vorheriger Kenntnisnahme von Vergil Bucolica und Georgica und von Schilderung landarbeitender Kommilitonen diese Arbeitsstellen mit ihrer gesunden Arbeit und Verpflegung angelegentlich empfohlen; bieterisch begabter Fräuhauptsther harren hier besondere Genüsse . . . Durch die bisherige Vermittlung solcher Neben-

<sup>1</sup> Hamburger Universitätszeitung (HUZ), SS 1922 Nr. 1, 4. Jg. H.1, S.4 ff. Für den Zugang zu den Dokumenten und für vielfältige Hilfe gilt mein Dank Eckart Krause und der Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte.



Verbilligter Einkauf von Nahrungsmitteln und Textilien für Studenten nach dem ersten Weltkrieg.

Aus: Studentenwerk München (Hrsg.), Die Arbeits der Studentenwerke - Ursprünge, Gegenwart, Perspektiven, Eugen Hintermann zum 65. Geburtstag, München 1984.

finanziellen Möglichkeiten offenstehen. In Hamburg hatte diese allgemeine Forderung der deutschen Studentenschaft ihr besonderes Gewicht.

Die Hanseaten können sich zugute halten, daß der Stadt die erste Universitäts-Gründung der Weimarer Republik gelang. Dieser Schritt ist in der Hansestadt lange nicht in dem ihm gebührenden Maße gewürdigt worden. Noch heute glaubt mancher „Offizielle“ verstecken zu müssen, daß die hiesige Universität die Patina einer altherwürdigen Landestradiation vermissen läßt, daß sie „nur“ ein Kind der Neuzeit ist.<sup>2</sup> Wer demokratisch denkt, muß das anders sehen.

Die Gründung der Universität Hamburg wurde erst durch die November-Revolution 1918 möglich. Bis dahin verhinderten erstarrte Kaufmanns-Tradition auf der einen und wissenschaftlicher Dünkel auf der anderen Seite die Errichtung einer reform-orientierten Ausbildungsstätte vom Range einer Universität. Ohne die gewaltsame Abschaffung der besitzständischen Bürgerschaft (dem Hamburgischen Parlament) und ohne die Einführung eines neuen Wahlrechts, das den „unteren Klassen“ das ihrem Umfang entsprechende politische Gewicht gab, wäre der Weg nicht frei geworden zu einer Universität, die mit dem demokratischen Anspruch einer „Bildung für alle“ ernst machte. Erst die neue, ganz aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Bürgerschaft, die auch erstmals allein das Recht der Gesetzgebung hatte, fand den Mut, am 28. März 1919 ein Vorläufiges Universitätsgesetz zu beschließen. Begründet wurde es ausdrücklich mit diesem Willen:

Wir wünschen die stolze Pyramide der deutschen Wissenschaft nicht nur kühn hinauf bis in die höchsten Höhen geistigen Lebens zu spitzen, sondern ihr auch das breite, starke Fundament einer sich bis in die weitesten Kreise ausdehnenden ersten Volksbildung zu geben.<sup>3</sup>

So formulierte es der „Vater“ der Universität Hamburg, ihr Ehrenrektor Werner von Melle. Er war die treibende Kraft der Universitätsgründung und in der Zeit der revolutionären Umwälzungen Bürgermeister der Stadt. Obwohl selbst ein Konservativer, trat er mit dem Gewicht seiner Persönlichkeit dafür ein, daß die Hochschule geöffnet wurde für alle sozialen Schichten und daß in Verfassung und Gesetz der Universität auch die Stellung der Studentenschaft neu bestimmt wurde, zugunsten einer erweiterten Mitbestimmung und einer eigenen Selbstverwaltung.

Dieser Geist der neuen Zeit bildet das eigentliche und wesentliche Fundament, auf dem sich - neben so vielem Neuen - auch eine Selbsthilfe der Studentenschaft entwickeln konnte und mußte. Ihre

<sup>2</sup> vgl. dazu Silke Jendrowiak, Der Forschung. Der Lehre. Der Bildung. Hamburg und seine Universität. Hamburg 1994.

<sup>3</sup> 30 Jahre Hamburger Wissenschaft, 1891-1921. Rückblicke und persönliche Erinnerungen von Werner von Melle. Hamburg 1924, Bd. 2, S.628.



1921: Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee.

Notwendigkeit wuchs, je stärker der Grundgedanke einer sozialen Unterstützung Begabter überlagert wurde von der sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Die „allgemeine Not“ der Studierenden wurde Anfang der zwanziger Jahre zu einem geflügelten Wort. Dennoch sollte man die Situation der Studenten - in Hamburg und anderenorts - nicht nur einseitig düster sehen. Auch im Jahre 1922 gab es noch genügend junge Leute, die auf Kosten ihres „alten Herrn“ vor allem die Freiheit des Universitätslebens genießen wollten. Für die akademische Feier einer (deutschen) Universität konnten sie zur Beförderung der Chargierten mittels Equipagen mal eben so 10.000 Mark auswerfen. Doch erwähnt findet sich dieser Vorfall - und das wurde typisch - als Anklage: Er mache jene unglaublich, die gegen die wirtschaftliche Not von Studierenden kämpften und Abhilfe forderten.

Mit der „Überzeugungsarbeit“ in Sachen Sozialhilfe stand man damals doch noch sehr am Anfang. Staatliche Hilfen für Studierende in Form von Gebührenermäßigung, Freitischen (kostenlose Mahlzeiten) oder Stipendien gab es nur in Ansätzen. Sie galten als „Almosen“. Akzeptiert waren sie nur als Ausnahme, als eine Erscheinung der Nachkriegsnot. Normal war bis zum Ersten Weltkrieg der sich selbst tragende Student gewesen, der aus dem relativ wohlhabenden, gehobenen Mittelstand kam. Dieses Bild prägte immer noch die Köpfe. Deshalb darf man sich auch die am 12. April 1922 gegründete *Hamburger Studentenhilfe e.V.* nicht allzu großartig und mächtig vorstellen. Sie hatte zunächst vorrangig die Aufgabe, die schon vorhandene Selbsthilfe der Hamburger Studierenden auf festere Beine zu stellen.

Die Planung für eine Neuorganisation der Selbsthilfe war vom AStA der Universität ausgegangen. In seinem Auftrag hatten einige Studierende - *phil. Hendrik* dürfte zu ihnen gehört haben - die Vorarbeiten in einem kommissarischen Ausschuss übernommen. Sie sollten vor allem über eine neue Organisationsform entscheiden, und sie wählten den eingetragenen Verein. Mit ihm sollte die Selbsthilfe aus dem Status einer reinen Studenten-Einrichtung herausgelöst werden. Durch eine größere Selbständigkeit und eine breitere Basis - hoffte man - würde sich die Selbsthilfe eines Tages selbst tragen können. Deshalb saßen in Vorstand und Verwaltungsrat des Vereins neben den Studenten nun auch Dozenten der Universität und vor allem Vertreter aus der Hamburger Wirtschaft. Mit diesen drei „Beinen“ - Selbsthilfe, Hochschulhilfe und Bürgerhilfe - sollte es möglich werden, vielen finanziell bedrängten Studierenden zu helfen.

Konkret wurde die Zielsetzung des neuen Vereins in § 1, Abschnitt a) seiner Satzung so formuliert:

Der Verein setzt sich zur Aufgabe, alle in das Gebiet der studentischen Wirtschaftshilfe fallenden Bestrebungen in gemeinnütziger Weise zu fördern und hierfür dienliche Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Insbesondere bezweckt er den Betrieb eines Hamburger Studentenheims, ferner Berufsberatung, Darlehnsvermittlung, Büchervermittlung

und den Ausbau der studentischen Arbeitsvermittlung. Die Arbeit der Studentenhilfe hat unter Ausschluß des Austrages politischer und weltanschaulicher Gegensätze zu geschehen.“<sup>4</sup>

Der „Gehversuch“ als eingetragener Verein klappte tatsächlich. Auf der Feier zum Rektorwechsel im November 1922 konnte der aus dem Amt scheidende Geheimrat Professor Dr. Hermann Kümmell zum ersten Mal „hervorragende Vertreter unseres Hamburgischen Wirtschaftslebens“ nennen, „die ihre reichen Erfahrungen und Kenntnisse in den Dienst der guten Sache gestellt haben und mit Rat und Tat helfend ihre an und für sich beruflich stark in Anspruch genommene Zeit der guten Sache opfern“. Sein Dank galt den Herren Arthur Darboven, Alfred Michahelles und Dr. Julius Schlink.

Doch wie lief die „gute Sache“ nun an? Übereinkunft bestand offensichtlich darin, daß der Verein seine „Liebeswerbung“ damit beginnen sollte, „eine Besserung und Verbilligung der Ernährungsverhältnisse für Hamburgs Studenten zu erreichen“. Gebraucht wurde - knapp vier Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges - noch immer alles: billige Nahrungsmittel, Kleidung, günstige Mittagstische, Studentenbuden, Ferien- und Nebenarbeiten und Bücher, Bücher, Bücher.

Für die Erfüllung dieses umfassenden Wunschkatalogs notleidender Studierender mußte die *Hamburger Studentenhilfe* zum Glück nicht bei Null anfangen. Der Verein konnte aufbauen auf der Vorarbeit des studentischen *Wirtschaftsamtes*. Unter diesem Namen hatte die Selbsthilfe-Abteilung des AStA gearbeitet. Sie bestand nur aus wenigen, oft wechselnden Mitarbeitern, die man im Keller der Universität, „Ausgang Schlüterstr., gleich neben dem Fahrradraum“, also in sehr notdürftigen Räumen untergebracht hatte. Das *Wirtschaftsamt* arbeitete relativ selbständig. Sein Leiter wurde von der *Studentenvertretung* (damals das oberste Organ der Studentenschaft) ernannt. Bei den Sitzungen des *Studentenausschusses* (AStA, das ausführende Organ) hatte er beratende Stimme.

Das *Wirtschaftsamt* war eine Einrichtung der „ersten Stunde“ an der Hamburgischen Universität. Noch im offiziellen Eröffnungsmonat, im Mai 1919, konnte man am *Schwarzen Brett* der Studentenschaft lesen:

M = stud. Mittagstisch. Zur Zeit besteht erst eine Tischgelegenheit an der Hoheluftbrücke, weitere sind geplant. Nach Aussage aller Gäste ist das Essen dort den Weg (etwa 20 Minuten) wert. Preis 1,50; Abends 0,85 M. Ausweise und Auskunft beim W.A.<sup>5</sup>

So bescheiden sahen die Anfänge aus! Im *Wirtschaftsamt* waren Mini-Abteilungen eingerichtet worden, in denen sich Studenten und Studentinnen um besondere Vergünstigungen für Studierende bemühten. Da gab es eine *Arbeitsvermittlungsstelle* für Nachhilfestunden und „andere akademische

<sup>4</sup> HUZ WS 1922/23 Nr. 5, 4. Jg. H.7, S.111.

<sup>5</sup> HUZ April 1919, 1. Jg, 1 u.2 (Doppel-)Heft, S.29.

## CONRAD KLOSS

Buchhandlung für Universitäts-Wissenschaften u. schöne Literatur

HAMBURG

Dammtorstraße 13a — Fernsprecher: Elbe 1870

183

Der im Januar 1919 vom Stud. Wirtschafts-Amt gegründete  
**Stud. Mittagstisch Schneider**  
gibt den Studenten wiederum wesentliche Preisermäßigung. Täglich Suppe, Hauptgang (größtenteils Fleisch, Kartoffel, Gemüse) und Nachtisch. Kostenlose Nachbestellung. Tischzeit 12—3 1/2, Sonntags 12—2. Wochenkarten zu Mf. 30.00 im W. A. oder Hoheluftchauffee 38 pt. — A. v. 182

20

Hamburger Universitätszeitung (HUZ), SS 1921 Nr. 1, 3. Jg. H. 1, S. 20.

Arbeit zu würdigem Honorar“. Eine *Büchervermittlungsstelle* vermittelte den Verkauf gebrauchter wissenschaftlicher Werke. Außerdem konnte eine Verbilligung beim Bezug einiger Zeitungen angeboten werden. Besonderen Erfolg aber hatte in dieser ersten Zeit die *Wohnungsvermittlungsstelle*:

Auf einen Aufruf in den Tageszeitungen gingen einige Hundert Meldungen von Familien ein, die an Studenten vermieten, besonders auch dankenswerterweise von solchen, die aus Entgegenkommen für sie es zum erstenmale tun wollen. Es ist sehr zu wünschen, daß sich noch recht viele melden, die aus der Vermietung kein Geschäft zu machen brauchen. Notwendig sind ganz genaue Angaben über den Preis für Miete, Kaffee, Bedienung, Heizung, Licht pp., sowie über die Einrichtung der Zimmer.<sup>6</sup>

Die Weiterentwicklung dieser Anfänge gestaltete sich jedoch schwieriger als gedacht. Das hatte sehr unterschiedliche Gründe. Die Mitteilungen der folgenden Monate zeigen: Es war nicht leicht, Studenten und Studentinnen für die rein ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen. Die Zahl der Mitarbeiter schwankte sehr stark. Typisch wurden solche Mitteilungen:

Das W.A., das neben dankbarer Anerkennung auch viel Unverständnis gefunden hat, ist seit langem sehr überlastet. Die jetzigen Mitglieder können nicht länger einen großen, z.T. den größten Teil ihrer Zeit hergeben. Wir bitten darum um Meldung neuer Mitglieder aus allen

<sup>6</sup> ebd.



Fakultäten. Uebernahme von 2-3 Sprechstunden genügt schon. Freilich ist hier keine Gelegenheit, um sich selbst schön reden zu hören; wir brauchen tätige Mitarbeiter! Wenn jede Verbindung nur je eins ihrer Mitglieder zu regelmäßiger Mitarbeit entsendet, ist uns und damit der Gesamtheit geholfen. Oder gibt es eine würdigere Arbeit für den rechten Studenten als die für seine Kommilitonen?<sup>7</sup>

Der Erfolg solcher Appelle war mäßig. Sehr schnell mußten die Sprechstunden des *Wirtschaftsamtes* eingeschränkt werden. Die Arbeit war sonst nicht zu schaffen. Als Ersatz lag beim Pförtner ein Meldebuch aus. Auch der häufige Wechsel der Mitarbeiter schadete einer kontinuierlichen Arbeit.

Probleme kamen aber auch von anderer Seite, von jenen, die Hilfe in Anspruch nahmen. Wiederholt gab es Klagen, daß „Kommilitonen die Buden, die sie selbst gemietet oder auf ihrer Suche schon besetzt gefunden haben“, nicht meldeten. Im Sommer 1920 wurde deshalb für die Wohnungsvermittlung ein Pfand von zwei Mark erhoben. Dieses Druckmittel wurde bald auf andere Bereiche ausgeweitet. So wurde auch für „die Zuweisung von Stunden an Stundengebenwollende“ ein Pfand erhoben, weil es Leute gab, die sich beim Arbeitgeber erst gar nicht meldeten. Das offensichtlich zum Teil sehr mangelhafte Verständnis für die Arbeit der studentischen Selbsthilfe führte sogar zu solchen Entgleisungen:

Es muß immer wieder Klage geführt werden über die Art und Weise, mit der viele Kommilitonen unseren Mitarbeitern, besonders den Damen, gegenüber auftreten. Besonders befremdend wirkt die stets von neuem gemachte Erfahrung, daß dies gerade auf Angehörige jener Kreise zutrifft, die von sich und anderen als im Besitz vollendet korrekter Lebensform angesehen werden.<sup>8</sup>

Der Idealismus der studentischen Helfer und vor allem der Helferinnen wurde demnach nicht wenig strapaziert. Das wog umso schwerer, als die Einrichtung einer Selbsthilfe der Studentenschaft von Anfang an gerade nicht rein materiell begründet worden war:

Denn nicht zum „organisierten Eigennutz“ ist die Selbstverwaltung des Studenten geschaffen, sondern, aus eigener Kraft entstanden, stellt sie eine organisierte Selbsterziehung dar, die den Zweck hat, gerade den Eigennutz und die selbstische Einstellung der Studenten zu überwinden. Sie will den Lernenden - und wir wollen nie vergessen, daß wir

<sup>7</sup> ebd., S.128.

<sup>8</sup> ebd., S. 293.

alle noch Lernende sind - nutzbar machen für einen Gedanken! ihn vorbereiten für die Gemeinschaft des Volkes, in der er einst wirken soll.<sup>9</sup>

Diese Worte wurden auf der Feier zum ersten Rektorwechsel der gerade zwei Jahre alten Hamburgischen Universität formuliert. Ihr Idealismus ist typisch für die Zeit, auch wenn der völkisch akzentuierte Nationalismus vor allem in Kreisen der Korporierten vertreten war. Die Studierenden-Generation nach dem Ersten Weltkrieg, die den Aufbau der studentischen Selbstverwaltung - und als einen Teil davon der Studentenhilfe - leistete, war sehr stark geprägt vom Gemeinschaftsgeist der Kriegsteilnehmer. Sie reagierte auf die deutsche Niederlage und den Friedensvertrag von Versailles mit einem Gefühl nationaler Solidarität. Wenn sie an die Eigenverantwortung appellierte angesichts der allgemeinen Not, dann wollte sie damit zugleich einen Beitrag leisten zur „Rettung“ Deutschlands.

Aus diesem Selbstverständnis einer nationalen Schicksalsgemeinschaft strebten die Studenten bald nach Kriegsende eine überregionale Zusammenarbeit an. Im Juli 1919 wurde die *Deutsche Studentenschaft* gegründet, als ein Zusammenschluß der Studierenden an allen Hochschulen im deutschsprachigen Raum. Ihre Aufgaben wurden in den folgenden Jahren auf den *Deutschen Studententagen* weiter ausformuliert. Ein wesentlicher Punkt dabei waren die sogenannten *Wirtschaftsziele*, an denen sich die Arbeit der studentischen Selbsthilfen in den einzelnen Hochschulorten orientierte. Vor allem auf dem *2. Allgemeinen Studententag in Göttingen* 1920 wurden ausführliche Leitsätze formuliert für die Errichtung von Arbeitsvermittlungsstellen, den Aufbau von Darlehnskassen und Studentenfonds, für den Bücherbezug, die Studentenspeisung und Studentenheime und auch für eine Berufsberatung für Studierende. Offenbar gab es jedoch auch Kritik an einer so umfangreichen Selbsthilfe-Arbeit. Denn ein Jahr später wurde ihre Notwendigkeit noch einmal ausdrücklich betont. Dabei wurde an den ideellen Maßstäben der Gründergeneration ausdrücklich festgehalten. Der Geschäftsführer der *Wirtschaftshilfe* der *Deutschen Studentenschaft* Dr. Schairer sagte:

Kein Zweifel, daß die Einrichtungen weiterbestehen müssen; sonst würde in wenigen Jahren ein Studium 50 - 60 000 Mark kosten: ein Sport für Reiche neben Automobilen und Rennpferden. Vielfach verbreitet ist die Einstellung: Der Staat muß wie überall so auch hier helfen. Durch größte Mittel, allgemeine Arbeitslosenunterstützung aller Studenten, ja sogar durch allgemeines Studentengehalt.... Sollen so Almoseninstitute errichtet werden? Soll der Student wieder von sicheren Renten leben, von Renten, bezogen jetzt nicht mehr aus dem Bankbuch des Vaters, sondern aus dem künstlich gesteigerten Mitleid und den christlichen

<sup>9</sup> Hamburgische Universität, Reden, gehalten bei der Feier des Rektorwechsels am 15. November 1921, Verlag von E.Boysen, Hamburg 1922, S. 46.

Gefühlen des In- und Auslandes? Keiner der bisherigen Wirtschaftsführer würde seine Hand dazu geben; lieber Zerfall aller Einrichtungen und schwerste Not, die furchtbar wäre.<sup>10</sup>

Der feste Wille, von staatlichen Zuwendungen möglichst unabhängig zu arbeiten, schlug sich in einer eigenen Programmatik nieder. Kurz gefaßt lauteten die Leitziele der *Deutschen Studentenschaft*: Es sollten *Wirtschaftskörper* aufgebaut werden, um die Selbsthilfe auszubauen, und es sollte künftig nur noch *Werkstudenten* geben, diesen „neuen“ Studenten-Typus der Nachkriegszeit, der sein Studium durch Arbeit während der Semesterferien und - wenn nötig - auch während des Semesters verdiente.

Die Leitziele wurden auch in der Hamburger Studentenschaft heftig diskutiert. Vor allem der *Werkstudent* war Gegenstand zahlreicher Abhandlungen in der *Hamburger Universitätszeitung*. Die dabei überwiegende Glorifizierung des arbeitenden Studenten stieß im Laufe der Jahre aber auch auf immer stärkere Kritik. Denn letztlich wurde hier versucht, aus der Not der Zeit eine Tugend zu machen.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik galt ein Drittel bis die Hälfte der deutschen Studenten als unterernährt.<sup>11</sup> Berichte der Zeit sprechen davon, daß 80 Prozent aller Studenten in der Lebenshaltung weit hinter dem ungelernten junger Arbeiter zwischen 19 und 21 Jahren standen bzw. unter dem Existenzminimum lebten. So hatten also Hunger, Kälte und Armut auch in akademischen Kreisen Einzug gehalten. In welchem Ausmaß das für Hamburg gilt, ist nicht zu ermitteln. Das wußten damals offensichtlich die Betroffenen selbst nicht. Auf der Feier zum ersten Rektorwechsel konnte sich der Vertreter der Studentenschaft nur auf Berlin beziehen, wo von 12.000 Studierenden 8.000 erwerbstätig waren.

Für Hamburg kann man nur vermuten, daß auch hier die Zahl jener, die auf Selbst- bzw. Fremdhilfe angewiesen waren, hoch gewesen ist. Denn „die versinkenden Mittelschichten, die bisher Träger deutschen Geisteslebens waren“<sup>12</sup> und aus denen sehr viele Studierende kamen, verfügten nicht mehr über den Wohlstand, um ein Studium ihrer Kinder zu finanzieren. An der Universität Hamburg - das zeigt eine Erhebung von 1921 - kamen 12 Prozent der Studierenden aus den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden. Weitere 9 Prozent gaben als Beruf des Vaters „Lehrer“ an, 15 Prozent Beamte und 20 Prozent Akademiker. Aus Kaufmannskreisen, die zum Teil sehr unter den Wirtschaftbeschränkungen litten, denen Deutschland unterworfen war, stammten 28 Prozent.<sup>13</sup>

Ein weiteres Problem verschärfte noch die Situation. Die Universitäten galten auch in der damaligen Zeit als „überfüllt“. Das war nicht nur in den Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit so, als die Zahl

<sup>10</sup> HUZ SS 1921 Nr. 5, 3. Jg. H.5, S.99 ff.

<sup>11</sup> Konrad Jarauch, *Deutsche Studenten 1800 - 1970*. Frankfurt a.M. 1984, S.142.

<sup>12</sup> HUZ WS 1922/23 Nr. 5, 4. Jg. H.7, S.111.

<sup>13</sup> *Hamburgische Universität, Reden, gehalten bei der Feier zum 1. Rektorwechsel...*, S.15 f.

der Studierenden durch die von der Front zurückgekehrten Kriegsteilnehmer hochschnellte. Die Lage entspannte sich auch Anfang der zwanziger Jahre nicht, weil sich nun an den Hochschulen die in den ersten beiden Jahrzehnten des Jahrhunderts erreichte Ausweitung des höheren Schulwesens bemerkbar machte. Durch sie stieg auch die Bildungsbeteiligung der Frauen. Als „moderne“ Universität galt Hamburg - wenn auch irrtümlich - als dem Frauenstudium besonders aufgeschlossen. Im Jahre 1919 waren hier insgesamt 212 weibliche Studierende eingeschrieben. Im Jahre 1922 hatte sich ihre Zahl verdoppelt, und noch ein Jahr später, im Sommersemester 1923, war sie sogar auf 483 gestiegen. Im gleichen Zeitraum hatte sich freilich auch die Zahl der männlichen Studierenden mehr als verdoppelt, von 1.517 im Jahre 1919 auf immerhin 4.088 im Jahre 1923. Der Anteil der Frauen erreichte also nicht mehr als 10,6 Prozent.

Der Andrang von Studierwilligen wurde seinerzeit als geradezu bedrohlich empfunden. Immer wieder findet sich in Artikeln und Zeitschriften das Schlagwort von der „Proletarisierung“ der Kopfarbeiter. In vielen Studienbereichen galt die Situation für die Absolventen als trostlos. Da wurde für die gymnasialen *Oberlehrer*, für den Zeitraum zwischen 1920 und 1925, solche Rechnung aufgemacht:

Einem Bedarf von etwa 3.500 Stellen würde ein Angebot von zirka 14.500 Stellungsuchenden entsprechen (4.000 vorhandene, 10.000 neue, 500 aus den abgetretenen Gebieten zurückgewanderte Studienassessoren und Referendare). Es würde also ein Restbestand von 11.000 jungen Lehramtsanwärtern bleiben, d.h. ein Vorrat, der für mindestens 20 Jahre ausreichen würde.<sup>14</sup>

Ganz ähnlich wurden die Aussichten für die ärztlichen Berufe eingeschätzt, und auch wenn es für die Juristen und Volkswirte nicht ganz so schlimm aussah, bei den meisten akademischen Berufen stand die Zahl der Studierenden in keinem angemessenen Verhältnis mehr zu den Aussichten, im gewählten Beruf unterzukommen.

Das also machte das Spannungsfeld aus: das Zusammentreffen hoher Studentenzahlen bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Notlage. Um dieser Herausforderung zu begegnen, mußte anders als bis dahin gearbeitet werden, auf einer breiteren und stabileren Basis. Die Zahl der Hilfesuchenden war einfach zu groß, um von ständig wechselnden, ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern versorgt werden zu können. Auch wenn die Liste der Aktivitäten im *Wirtschaftsamts* sich oft eindrucksvoll liest, gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden erreichte man zu wenig.

Die Gründung des Vereins *Hamburger Studentenhilfe* erfolgte dann auch nicht ganz freiwillig. Der studentischen Selbsthilfe drohte, die Unterstützung durch den Dachverband (die *Deutsche Studentenschaft* und ihre Wirtschaftshilfe) zu verlieren. Dieser hatte die Zulieferung, z.B. von billigen Lebensmitteln, davon abhängig gemacht, daß der Schritt zu einem eigenständigen *Wirtschaftskörper*

<sup>14</sup> HUZ SS 1921 Nr. 3, 3. Jg. H.3, S.47.

gemacht werde. Auf diesem Weg waren die Studentenschaften in Dresden, München und Tübingen und auch der Dachverband bereits vorausgegangen. Hamburg folgte an jenem 12. April 1922. Die Geschäftsstelle des neuen Vereins blieb am alten Ort, im Kellergeschoß der Universität. Wo vorher *Wirtschaftsamt* stand, konnte man nun lesen:

Hamburger Studentenhilfe.  
Fernsprecher Merkur 7526.  
Bankkonto bei der Vereinsbank in Hamburg.  
Postscheckkonto Hamburg 11 Nr. 49065.

Als Verein blieben die Hamburger der *Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft* angeschlossen. Damit verbunden war damals noch ausdrücklich die Verpflichtung, alle wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für die studierende Jugend ohne Rücksicht auf Rasse, Partei und Konfession durchzuführen.<sup>15</sup>

Mit Gründung des Vereins *Hamburger Studentenhilfe* war außerdem festgelegt worden, daß ihm alle Angehörigen der Studentenschaft mit einem Kopfbeitrag von zehn Mark im Monat angehören sollten. Auch dieser Zwangsbeitrag war eine Forderung des Zentralverbandes. Er erlaubte, vom Sommersemester 1922 an die *Studentenhilfe* mit einem festangestellten Geschäftsführer und einer Stenotypistin fortzuführen. Alle weiteren Mitarbeiter blieben ehrenamtlich tätige Studierende.

Die Organisation der Arbeit folgte zunächst dem alten Muster. Es gab sieben Abteilungen:

- Abtl. A = Arbeitsvermittlung: "...hat die Aufgabe, Vollbeschäftigung während der Ferien und während des Semesters Nebenbeschäftigung zu vermitteln."
- Abtl. Wo = Wohnungsvermittlung: "...hat die Aufgabe, billige Wohnungen nachzuweisen."
- Abtl. V I = Vergünstigungen: "Vermittlung für Theaterkarten zu Vorzugspreisen, wie auch sonstige Vergünstigungen aller Art."
- Abtl. V II = Verkaufsabteilung: "...im Ausbau begriffen und kann nur arbeiten, wenn die nötigen Räume zu beschaffen sind. Im Augenblick sind nur billige Hefte zu erhalten, im November wird eine Verteilung von Feuerungsmaterial und Kleidung vorgenommen."
- Abtl. B = Altbücherabteilung: "Vermittlung des An- und Verkaufs von gebrauchten Büchern."
- Abtl. F = Fürsorge: "...umfaßt das ganze Gebiet der Einzelfürsorge, insbesondere Freitischverteilung, Nachweisung von Freiwohnungen, kostenlose Ferientaufenthalte..."

<sup>15</sup> HUZ WS 1922/23 Nr. 2, 4. Jg. H.4, S.75.

Abtl. D = Darlehenskasse: "...ist eine Zweigstelle der deutschen Studentenschaft und wird erstmalig in diesem Semester ihre Tätigkeit aufzunehmen. Nur Prüfungskandidaten finden Berücksichtigung."

Über diese Arbeitsschwerpunkte hinaus gab es Pläne. Der wichtigste und umfangreichste betraf ein Studentenwohnheim mit über einhundert Betten für „minderbemittelte“ Studenten und die Einrichtung einer „Studentenspeisung“ (Mensa). In Vorbereitung war außerdem eine Leihbücherei, für die Räume gebraucht wurden, und für alles zusammen wurden auch wieder Mitarbeiter gesucht, die aber nach wie vor schwer zu gewinnen waren.

Der Erfolg nach einem Semester sah so aus:

Zum ersten Mal war die *Studentenhilfe* mit gezielter Werbung nach außen gegangen. Sie hatte sich vor allem an die Kaufmannschaft gewandt, u.a. durch eine besondere Auslandswerbung, und hatte innerhalb von nur sechs Monaten eine Summe von 1.040.000 Mark zusammenbekommen. Diese Summe konnte wegen der Inflation jedoch nur als ein relativ günstiges Ergebnis gelten.

Die *Wohnungsvermittlungsstelle* konnte nach dem Sommersemester 1922 die Zuweisung von 250 Zimmern melden, eine Zahl, die als völlig unzureichend empfunden wurde, zumal auch hier die Mieten durch die Inflation aufgebläht wurden. Die Zimmerpreise schwankten zwischen 300 und 600 Mark von Semesterbeginn auf Semesterende. Während der Ferien stiegen sie sogar bis auf 2000 Mark.

Für die *Verkaufsabteilung* waren zwei kleine Räume im Kellergeschoß der Universität zur Verfügung gestellt worden.

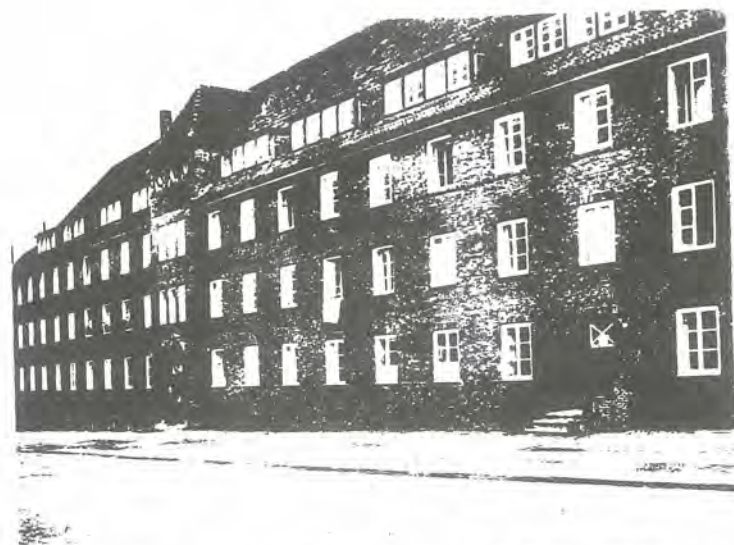
Es wurden in geringem Umfang zu billigen Preisen abgegeben: Kolleghefte, Marmelade, condens. Milch, Zwieback u.a. Es fand fernerhin ein Verkauf billiger Bekleidungsgegenstände aus den Beständen des Roten Kreuzes, außerdem zweimal ein Verkauf von billigem Zucker und einmal die Verteilung von Briketts statt.<sup>16</sup>

Eine umfassendere Bedarfsdeckung scheiterte (noch) an den engen Platzverhältnissen.

Als ausbaubedürftig galt auch die *Altbüchervermittlung*, die in den ersten sechs Monaten der *Studentenhilfe* immerhin etwa eintausend Bücher weitergeben konnte.

Der größte Erfolg aber war das lang ersehnte Studentenwohnheim. Der Staat hatte der Studentenhilfe ein neuerbautes Ledigenheim am Dulsberg zugesprochen. Auf die Ausschreibung hatte sich kein

<sup>16</sup> ebd., S.115.



1922: Ledigenwohnheim am Dulsberg in der Elsässerstraße.

„Außerdem besteht ein Studentenwohnheim in der Elsässerstraße, das über 100 Studierenden eine billige Wohnung und billiges Essen gewährt. Die Zimmermiete für Einzelzimmer beträgt im S.-S. 20 RM, im W.-S. 22 RM, einschl. Heizung und Beleuchtung. Das Essen kostet 50 Pf. Es kann demnach Mittagessen in der Mensa und Abendessen im Heim oder auch beides im Heim eingenommen werden. Um aber auch weiteren Kreisen der Studierenden ein billiges Wohnen zu ermöglichen, hat die Studentenhilfe mit großem Erfolg auch eine Wohnungsvermittlung eingerichtet, die sich zu Semesteranfang einer regen Benutzung erfreut.“

Aus: Die Universität Hamburg in Wort und Bild, S. 14, 15. Herausgegeben im Auftrag des Akademischen Senates, bearbeitet von Prof. Dr. phil. et med. W. Weygandt, 1927.

anderer Bewerber gemeldet. Das Haus hatte 110 Zimmer sowie Gemeinschafts- und Wirtschaftsräume. Aufgenommen wurden nur Männer. Mit Einrichtungen zugunsten von Frauen tat man sich in Hamburg schwer, und eine „gemischte“ Unterbringung war noch so außerhalb jeder Vorstellung, daß sich der Gedanke nicht einmal erwähnt findet.

Am 9. September 1922, also nur fünf Monate nach Vereinsgründung, konnte der Mietvertrag für das Studentenwohnheim abgeschlossen werden. Fast gleichzeitig wurde der *Studentenhilfe* ein staatliches Darlehen bewilligt, damit das Heim überhaupt eingerichtet werden konnte. Über dieses Darlehen hinaus mußte die *Studentenhilfe* jedoch auch „erhebliche“ eigene Mittel einsetzen, denn die „Schrumpfwährung“ machte jede langfristige Planung hinfällig. Deshalb mußte die *Hamburgische*

*Bürgerschaft* ihr versprochenes 3-Millionen-Darlehen auch um weitere 2 Millionen aufstocken. Doch Materialpreise, Arbeitslöhne und Transportkosten stiegen so rasant, daß die Studentenhilfe zusätzlich zu den Anschaffungen auch das gesamte Betriebskapital für das Haus aufbringen mußte. Dabei war man schon bescheiden und begnügte sich zum Teil mit Altmöbeln aus Reichsbeständen, die in den Werkstätten der Fuhlsbütteler (Gefängnis-)Anstalten instand gesetzt wurden. Es wurden aber auch neue Möbel in der Möbelfabrik einer Hamburger Handelsgesellschaft nach einem besonderen Entwurf angefertigt. Dazu kamen Spenden: die Delmenhorster Linoleumfabriken stellten das Linoleum für das Treppenhaus und für die Speisetische, die Hamburg-Amerika-Linie stiftete den Stoff für einhundert Garnituren Bettwäsche, und schließlich kamen sogar die Kartoffeln unentgeltlich vom Landwirtschaftlichen Hauptverein.

Die Schilderung dieser Einzelheiten gibt einen klaren Eindruck, wie damals für Studenten gebaut und eingerichtet wurde. Zu dem Erfolg des Wohnheims konnte man im Juli 1923 dann auch endlich die Einrichtung einer „Mensa academica“ verbuchen. Diese erste Mensa für die Universität Hamburg befand sich in der Rentzelstraße im Hinterhof des ehemaligen Zentralhotels. Sie bot ein tägliches billiges Mittagessen.

Ein Fortschritt der Selbsthilfe ist also unverkennbar. Der Vollständigkeit halber sei auch die Bilanz der Fürsorge-Abteilung noch erwähnt: In den Sommermonaten Juni und Juli wurden zwischen 35 und 47 Freitische gewährt. Examenskandidaten erhielten diese Hilfe auch während der Ferien. Die Zahlen sind nicht sehr hoch, zu bedenken ist jedoch, daß es zu den Grundsätzen der Selbsthilfe gehörte, mit der Fürsorge erst dann tätig zu werden, wenn alle anderen Wege erschöpft waren. Unterstützt wurde nur, wer infolge Examen oder wegen Krankheit bzw. auch wegen einer Kriegsbeschädigung nicht arbeiten konnte. Der Anteil der Frauen ist dabei nicht aufgeschlüsselt. Auffällig ist jedoch, daß in der Bilanz der Fürsorge zum erstenmal „Studentinnen“ ausdrücklich erwähnt sind, während sonst nur die männliche Form benutzt wurde. Das mag ein Hinweis sein auf die besondere Situation der weiblichen Studierenden. Sie wurden zu einem hohen Prozentsatz über das „Extraneer-Examen“ (externe Examen) zugelassen, hatten also schon eine längere Ausbildung hinter sich, wenn sie an die Universität kamen. Ihr Studium wurde, auch wenn es nicht mehr als ganz so ungewöhnlich galt, immer noch in weit geringerem Umfang von den Familien finanziert, als es bei den Söhnen der Fall war. Daher waren sie auf Hilfe besonders angewiesen. Darlehen aufnehmen konnten damals nur „bedürftige und wissenschaftlich befähigte Examenskandidaten“. Dieser Weg stand also nur sehr eingeschränkt zur Verfügung.

Die Bilanz nach gut einem halben Jahr Hamburger Studentenhilfe zeigt: Man hatte einiges erreicht, aber es mußte noch weit mehr getan werden. Denn immer noch rannte man der Not praktisch hinterher. Die galoppierende Inflation verdoppelte die Probleme. Sie vernichtete die Verdienste der Werkstudenten. Wer gehofft hatte, sich mit dem Lohn aus der Ferienarbeit im Semester helfen zu können, sah die Ersparnisse zusammenschmelzen, bevor die Vorlesungen begonnen hatten. Dann

kam ein neuer Schlag: die Währungsreform mit der Einführung der Goldmark. Die Stabilisierung der monetären Verhältnisse brachte gleichzeitig den Verlust unendlich vieler Arbeitsplätze. Von den Entlassungen waren vor allem die vorübergehend Beschäftigten, also auch die Werkstudenten, betroffen. Wie stark - das sollte sich schon bald zeigen. An den Universitäten setzte schlagartig ein Rückgang ein. Schon zum Wintersemester 1923/24 sank die Zahl der Studierenden an der Universität Hamburg um knapp ein Tausend, im Wintersemester 1926/27 sackte sie mit 1.978 Einschreibungen auf den Stand der Gründungsjahre zurück.

Diese unerwartete Entwicklung stellte die Studentenhilfe vor völlig neue Herausforderungen. Nun konnte von einer Ausweitung keine Rede mehr sein. Die neue Strategie mußte heißen: das Vorhandene zu bewahren und zu sichern für alle jene, deren Monatswechsel nach wie vor nicht für das Existenzminimum reichte. Von ihnen gab es noch genug, zumal, wenn die Bedürftigkeit entsprechend definiert wurde:

Es gehört zum Existenzminimum i.w.S. eines Studenten auch eine ordentliche Kleidung und ein schmackhaftes Essen, angenehme Aufenthaltsräume und die Möglichkeit, Theater, Konzerte und Vorträge zu besuchen, Bücher zu kaufen und Zeitschriften und Zeitungen zu halten. Dieses Existenzminimum i.w.S. besitzt in der Nachinflationszeit die Mehrheit unserer Studenten nicht mehr!<sup>17</sup>

Mit dieser Festlegung eines Existenzminimums „im weiteren Sinne“ mußte die *Studentenhilfe* eine Notwendigkeit bleiben, auch wenn die Zusammensetzung der Studentenschaft sich insgesamt stark verändert hatte und diejenigen, die jetzt ein Studium aufnahmen, es sich überwiegend auch leisten konnten. Man hatte sich nur umzustellen. Im Rückblick auf das Semester 1928/29 wird der Wandel im *Hamburger Universitäts-Kalender* als die Abkehr von der „Massenunterstützung“ zugunsten einer „Einzelfürsorge“ beschrieben. Die wirklichen Notfälle waren nun Einzelfälle. Ihnen zu helfen gebot der alte Grundsatz,

daß auf die Hochschule nur die gehören, die dazu die geistigen Fähigkeiten besitzen, mit anderen Worten, die begabt und würdig sind, nicht aber jene mit nur finanziellen Voraussetzungen.<sup>18</sup>

Diesen Anspruch galt es nun wieder vorrangig durchzusetzen. Deshalb setzte man sich als Aufgabe,

<sup>17</sup> HUZ, 8. Jg 1926/27, S.112.

<sup>18</sup> ebd.

in den Fällen einzugreifen, wo Begabung, verbunden mit einer starken inneren Neigung, zum Hochschulstudium drängt, wo wertvolle Kräfte von den geistigen Berufen ausgeschlossen und sich im Existenzkampf während des Studiums zersplittern würden.<sup>19</sup>

So lautete nun die Perspektive für die Zukunft, und auf dieser Grundlage wurde die *Hamburger Studentenhilfe e.V.* tatsächlich eine Einrichtung, die aus der Universität nicht mehr wegzudenken war. Von 1928 an besaß sie sogar ihr eigenes Haus, in einer herrschaftlich wirkenden Vorortvilla in der Neuen Rabenstraße. Mit ihm wurde auch äußerlich sichtbar, daß sich die *Studentenhilfe* über eine wirtschaftliche Selbsthilfe hinausentwickelt hatte. Das Studentenhaus sollte ein Klubhaus werden, der Mittelpunkt einer sich als eigener Stand begreifenden Hamburger Studentenschaft. Der anonyme Verfasser des Berichtes im *Hamburger Universitäts-Kalender* 1929/31 formulierte das in Vorwegnahme der Verwirklichung dieses Wunsches mit den Worten:

Die hamburgische Universität ist jung und der Student in Hamburg noch nicht fester Bestandteil der Bürgerschaft, wie in anderen Universitätsstädten. Mit dem Studentenhaus aber hat die Hamburger Studentenschaft gewissermaßen das geistige Bürgerrecht in Hamburg erworben.<sup>20</sup>

Die Anfänge im Kellerraum der Universität waren endgültig Geschichte geworden.

Hamburgische Universität.  
Hamburger Studentenhilfe e. V.

Das

## Studentenhaus

Neue Rabenstraße 13, 1 Minute von der Universität.  
wird am 20. April 1928. eröffnet.

Es befinden sich dort:

Mensa academica

Akademische Lesehalle

Astazimmer

Sportärztliche Beratungsstelle

Fürsorge- und Auskunftsstellen  
der Hamburger Studentenhilfe

<sup>19</sup> *Hamburger Universitäts-Kalender*, hrsg.vom AStA, 1929/31, S.41.

<sup>20</sup> ebd. S.42.

### In der Mitte - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von A - Z

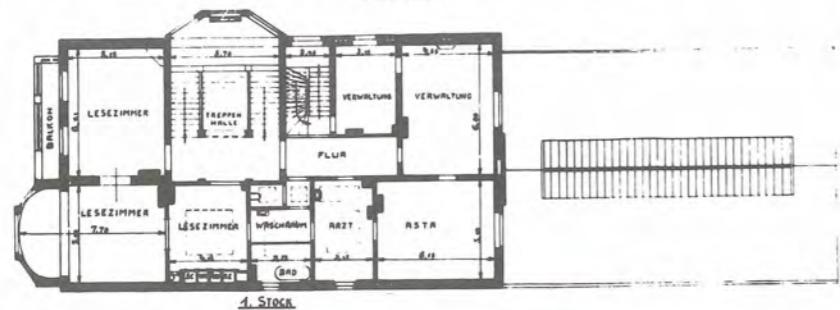
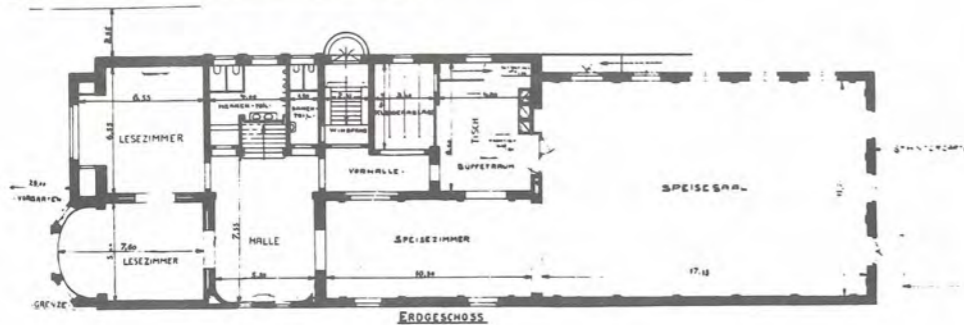
Christel Acke . Karin Ahrens . Meryem Akbayir . Tanja Albrecht . Petra Alisch . Esma Altinkalp . Brigitte Angermann . Milica Antolagic . Nurcan Anwar . Karen Arnold . Uwe Asmussen . Ursula Assmus . Petra Augner . Efthimios Avezis . Sevil Ay . Snezana Azdajic . Abdelhadi Azzam . Gerfred Bäcker . Eva Christina Böhme . Sabine Bönig . Ute Baack . Necati Bahcivan . Susanne Baltzuweit . Ute Barm . Erika Bauer . Christa Baumann . Margot Baumgarten . Christa Becker . Norbert Behn . Assunta Bellante . Ute Belz . Thorsten Bend . Markus Bendig . Frauke Bernau . Dieter Bernhard . Sylvia Beselin . Marianne Birk . Maria v. Bismarck . Svenja Blaul . Kirstin Blohm . Marjana Bluhm . Karin Bock . Birgit Bockelmann . Brigitte Böhlke . Wolfgang Böttcher . Anja Bräuer . Fatima Branco Dias . Joachim Brandt . Klaus von der Bruck . Manfred Brümmer . Herbert Bruns . Annabella Budiner . Iwona Bukowski . Cuma-Ali Bulut . Erika Burmester . Norbert Busch . Sigrid Buttschaft . Rasim Cakas . Antonio Caligiuri . Münise Canbas . Vittoria Candiotti . Francesco Cantafio . Claudia Cardozo de Brüggmann . Erika Cassier . Durna Caylak . Monika Celikten . Abdullah Celikten . Lizzi-Trier Christensen . Hayrettin Cigdem . Regina v. Cölln . Anja Constantin . Cemile Corty . Francesco Costantino . Sanda Cotaru . Ute Crossley . Irina Cyranek . Anna D'Auria . Francesco D'Auria . Anja Dahmen . Ipek Dal . Astrid Dehner . Ismail Demirel . Gaby Demmer . Harry-Hermann Deppe . Nevin Devsir . Sabine Diab . Selma Diker . Ingrid Dirschka . Rainer Ditrach . Heike Doblinger . Christian Dohmen . Heidi Doose . Claudia Drewes . Hans-Jürgen Drignat . Jutta Droste . Rüdiger Duckstein-Reimer . Waltraud Dunkelmann . Angela Eggers . Manfred Eggers . Axel Ehlers . Peter Eisinger . Mehmet Ekici . Hans-Jürgen Engel . Ingrid Engel . Linda Engel . Turna Ercan . Asiye Ercin . Heiko Evert . Gabriela Feld . Heidi Feld . Klaus Fernau . Alrun Fink . Hermann Fischer . Mary Föhring . Josefine Freudenberg . Dagmar Frevert . Hans Fuhrke . Fred Gaedke . Angel Garcia-Cuesta . Helga Gardetzki . Margret Gehrke . Natascha Geiger . Brigitte Gerken . Renate Gerlach . Nico Geßler . Sylvia Geßler . Ilka-Maria Giesecke . Katrin Glaser . Maren Göde . Goeksel Gökbayrak . Sakine Gökce . Nurcan Gökdemir . Irena Goerke . Petra Goettert . Renate Goosmann . Michael Gradtke . Heidi Grapentin . Doris Groth . Ursula Gruner . Nedret Günay . Herma Guhr . Edeltraut Gutthardt . Andrea Gutzki . Jens Haberland . Hans Hackländer . Anke Hagenah . Helmar-Sven Hansen . Karl-Heinz Hansen . Doene Harman . Marion von Hartmann . Maria Hartwigova . Katrin Hauschild . Christa Heberlein . Carmen Heide . Diana von der Heide . Irene Heinitz . Ursula Heinsohn . Manuela Heintz . Eva Helk . Astrid Hennies . Horst Henning . Ute Hentschelmann . Manfred Herbst . Helga Hesselbarth . Kirsten Heydecke . Heiner Hobe . Waltraud Hobe . Dagmar Höfer . Uwe Holstein . Christine Homann . Angela Husmann . Ursula Huss-Lenk . Karin Jaap . Michael Jakober . Winfried Jambor . Karen Jandt . Margot Jankowski . Christa Jensen . Jens Jensen . Wanda Jorka . Karin Jürgens . Fehima Junuzovic . Marion Juschka . Bernhard Kämper . Sabine Kahl . Angelika Kahle-Krüger . Marianne Kaiser . Leyla Kanburoglu . Betül Karaca . Parussis Karatassos . Konstantinia Karatassou . Efthimios Katsanos . Annette Kaulich . Sehiban Kecici . Peter Kempa . Fatma Kilic . Horst Kindel . Helga Kinischitzki . Manfred Kisker . Esther Klar . Manfred Klee . Birgit Klindtworth . Petra Klöpffer . Hans-Peter Klösger . Alfred Klonczinski . Lothar Koch . Michael Köpke . Thomas Köppen . Sabine Körner . Sabrina Körner . Conni Köster . Erika Köster . Detlef Kolzer . Susanne Koopmann . Soula Korouvakalis . Michaela Kovacevic . Eberhard Krampe . Antje Krause . Werner Krause . Bernhard Krebs . Tina Kresse . Hedi Kruschewski . Ursula Kubiak . Anneliese Kühn . Volker Küper . Ercan Kulak . Rüdiger Kummer . Mario Kunath . Regina Kunz . Sati Kurnaz . Halis Kurucay . Belgizar Kuscu . Perihan Kuscu . Sevim Kuscu . Hatice Kuscular . Jan Langbehn . Ellen Langenohl . Bernd Langer . Monika Langer . Monika Langhein . Milena Lazarevic . Heinrich Lehmann . Ingrid Lehmann . Bärbel Lemcke . Petra Lescher . Michael Liebert . Petra Lindemann . Augusto Lo Chiatto . Christel Loch . Analisa Lopetuso-Costantino . Emanuele Lopetuso .

Christa Lorenz . Karl-Heinz Ludwig . Karin Lücken . Andreas Lühr . Marlies Luttermann . Sabine Madaus . Annegret Marini-Hatje . Ilona Masch . Idrun Masuth . Theodora Matsios . Christian Meinschmidt . André Meißner . Rolf Meister . Margrit Mennicken . Frank Metzner . Christa Mey . Cornelia Meyer . Mathias Manfred Meyer . Tanja Meyer . Andrea Michalzick . Anne Eva Michel . Halina Morhöfer . Emine Morkan . Angelika Müller . Arno Müller . Christina Müller . Hedi Murr-Antes . Andreas Neufahrt . Ilona Nevermann-Müller . Vera Nitze . Helga Nordhorn . Sigrid Nowak . Guener Oedoel . Rosalie Oertel . Fadik Oezdemir . Nurullah Özdemir . Feridun Özkara . Zekiye Olcas . Martina Ollesch . Susanne Oppermann . Regina Otto-Frimpornah . Christine Pöls . Monika Pätzold . Corinna Pagel . Fatma Palavar . Chrissoula Papadopoulou . Heidi Paulke . Bettina Paulsen . Razija Peco . Antonino Pennisi . Denise Peritz . Claus Peters . Gerhard Peters . Rainer Peters . Rita Petrich . Ute Pick . Ewa Pilkwicz . Doris Plage . Veronika Plander . Rita Plath . Gabi Ploog . Anke Poschwatta . Andrea Possekel . Christiane Prangenberg . Margrit Puphal . Eve Quisbert Grabert . Heike Quooss . Christa Ramcke - Tania Ratkowski . Rita Rebhan . Michael Reimann . Frank Richter . Rudi Richter . Gerd Rickert . Hartmut Rieper . Anneli Rohmeier . Uwe Rohweder . Beate Roschkowski . Fritz Russler . Göran Saife . Ranka Sali . Horst Sander . Karin Sapiains-Valencia . Tina Sardowski . Andrea Sautner-Müller . Martina Schönbrunn . Gisela Scharnberg . Kirsten Scheele . Petra Scheffel . Alexander Schend . Carsten Schinkel . Birgit Schlitler . Gabriele Schmeer . Karin Schmehl . Marion Schmehl . Britta Schmidt . Ermioni Schmidt . Elsbeth Schmidt . Jutta Schmidt . Karen Schmidt . Thomas Schmidt . Rita Schmidtke . Elfriede Schmitt . Marianne Schrader . Astrid Schubert . Marion Schultz . Andreas Schulz . Daniela Schulz . Detlef Schwarz . Monika Schwarz . Rolf Schwedhelm . Bettina Seemann . Ursel Segelke . Sabine Seidler . Bärbel Seifert . Kirsten Seifert . Bärbel Senff . Azar Shahbazi . Birgit Siewert . Silva Silvaratnam . Michael Simon . Angelika Sjösstrom . Reinhard Skrzypczak . Sabine Slater . Ralf Sommerfeld . Ulrike Spreen . Erik Staal . Sonja Stegmann . Inge von Stemm . Margret Steuer . Gilda Stiehler . Christa Stierner . Heinz Stierner . Susanne Stockmann . Christel Straub . Stefanie Straub . Elga Straube . Daniela Streck . Ingrid Strecker . Heike Streich . Niki Strevina . Ulrich Strohauser . Katrin Sube . Ilona Süß . Christina Suren . Bärbel Sylvester . Osman Tek . Maren Teschke . Anja Tews . Peter Thiel . Marion Thomsen . Gudrun Timm . Bernd Tittel . Horst Tittel . Behzat Toprak . Agnes Trakies . Annunziata Trama . Antonio Trama . Assunta Trama . Gennaro Trama . Udo Trapp . Panagiota Tsekoura . Lambrini Tsiotani . Döne Ulus . Doreen Unruh . Friederike Urban . Ingrid Verthein . Zivodarka Vidic . Angela Virkus . Claudia Wagener . Ingrid Wagner . Claudia Wehner . Constanze Wehnert . Joachim Weisner-Specht . Christiane Weiß . Iris Edeltraud Weiss . Ludwig Weiß . Käte Weißleder . Jürgen Welack . Ingrid Wernien-Hänsel . Ursula Werth . Detlev Will . Margrit Wisniewski . Heidemarie Wobbe . Ilse Wolff . Klaus Wonneberger . Sultan Yalcin . Selma Yilmaz . Sükran Yöndemli . Martina Yöndemli . Ralph Zeitz . Harry Zeplin . Hüseyin Zeybek . Christine Zimmermann . Herbert Zölch . Elfi Zschernig . Katica Zubovic .

# Neues Heim der Studentenhilfe e. V.

W  
für WSK

Neue Rabenstraße 13.



1928: Studentenhaus Neue Rabenstraße, Eingangshalle und Lesezimmer.

## II. Rückbesinnung und Wiederaufbau - Die Neugründung

Und wieder stand man da, am Ende eines verlorenen Krieges, in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not. Dennoch ist die Situation im Jahre 1945 nur in Grenzen vergleichbar mit der von 1919. Die Schwierigkeiten nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur überstiegen die der Anfangsjahre der *Hamburger Studentenhilfe* um ein Vielfaches. Damals wurden die Auseinandersetzungen um neue politische Strukturen, um den Aufbau der Universität, die Organisation der Verwaltung, die Bewältigung des Studenten-Andrangs und der materiellen Engpässe innerhalb einer insgesamt intakt gebliebenen Lebenswelt geführt. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges konnte davon keine Rede sein.

Hamburg war stark zerstört. Nicht nur der größte Teil der Industriebetriebe, auch über die Hälfte des Wohnbestandes war durch Bomben und Brände vernichtet worden. Die Universität war davon nicht verschont geblieben. Das Hauptgebäude am Dammtor wies so große Schäden auf, daß es zunächst nicht instand gesetzt werden konnte. Zur Verfügung stand als einziges, größeres Haus das heutige Gebäude Allende-Platz 1, der sogenannte „Pferdestall“. Außerdem waren der Hörsaal im Völkerkundemuseum sowie ein Reihe kleinerer Institute erhalten geblieben. Schwerer noch als der Verlust an Bausubstanz aber wog das ungewisse Schicksal der Universität. Nachdem am 3. Mai 1945 die britischen Truppen über die Elbbrücken in die Trümmerwüste Hamburgs eingezogen waren, verfügten sie als eine der ersten Maßnahmen auch die Schließung der Universität. Ob und wann sie wieder geöffnet würde, war in diesen ersten Wochen der Besetzung völlig ungewiß.

Trotz der Unsicherheit über die weitere Entwicklung trafen - nur drei Tage nach der Machtübernahme durch die Briten - einige Professoren zusammen, um sich über die Lage der Universität zu verständigen. Unter ihnen waren der spätere Rektor, der Anglist Emil Wolff, und der Betriebswirt Curt Eisfeld, der trotz seiner Ämter als Dekan und Prorektor in der nationalsozialistischen Zeit nicht als ein Anhänger des Regimes galt. Der Kreis um diese Ordinarien sollte wenig später auch offiziell die Leitungs- und Führungsaufgaben für die Universität übertragen bekommen. Zunächst aber trafen sie sich aus rein persönlichem Antrieb, aus Sorge um den Fortbestand der akademischen Einrichtungen und in der Absicht, das noch Vorhandene durch politisch nicht belastete Mitglieder der Universität zusammenzuhalten.<sup>21</sup>

Protokolle der Sitzungen<sup>22</sup> zeigen, daß in dieser Runde von Anfang an auch über die Situation der Studierenden gesprochen wurde, vor allem über deren „geistige Betreuung“. Gemeint war damit, wie

<sup>21</sup> Ausführlicher dazu in Silke Jendrowiak, *Der Forschung. Der Lehre. Der Bildung. Hamburg und seine Universität.* Hamburg 1994.

<sup>22</sup> Der Bestand des Hamburgischen Staatsarchivs unter „Hamburgische Universität, Verein Hamburger Studentenhilfe e.V., jetzt Studentenwerk Hamburg e.V.“, enthält Protokolle, Tätigkeitsberichte und Briefe aus den Jahren 1922 ff.

während der Zeit der Universitätsschließung irgendeine Form von Vorlesungs- und Seminarbetrieb gewährleistet werden könnte, ohne daß die Militärregierung einschritt. Gleichzeitig wurde die materielle Betreuung angesprochen, die problematisch geworden war wegen des Wegfalls aller Reichsgelder und damit fast aller bisherigen Unterstützung.

Daß auch in Sachen sozialer Versorgung der Studierenden sofort Schritte unternommen wurden, ist nicht selbstverständlich. Die Aktivitäten in diesem Bereich verdanken sich einem glücklichen Umstand. Curt Eisfeld war über viele Jahre sowohl in Tübingen als auch in Hamburg im Vorstand der *Studentenhilfe* tätig gewesen. Er kannte sich bestens aus, und so kam auch von ihm die Initiative, die Sozialarbeit für die Studierenden in die Verantwortung der Hochschule rückzuführen. Formal existierte zu dem Zeitpunkt weiterhin das *Studentenwerk Hamburg*, und zwar auf der Grundlage einer Satzung von 1933, als Dienststelle des *Reichsstudentenwerks* (R.St.W.).

*Protokoll der Sitzung des Reichsstudentenwerks*

**Amtsgericht Hamburg**, d. 7. Februar 1938, Nr. 1483/15 d. *W*

Hamburg 36, den 10. September 1938.  
 Stellvertreter: Wabau, Eisenhagen,  
 Dörmann, IV. Stad. Zimmer 618

Es wird gebeten, in allen Ein-  
 gaben in dieser Sache das nach-  
 folgende anzugeben:

In der Vereinssache:  
 Studentenwerk Hamburg e.V.

Offensachen:  
 2209. Vx 1464

ist heute folgendes in das Vereinsregister einge-  
 tragen worden:

Der Verein ist durch § 9 des Gesetzes über das  
 Reichsstudentenwerk vom 6. Juli 1938 aufgelöst wor-  
 den. Eine Liquidation findet nicht statt. Das Reichs-  
 studentenwerk tritt in alle vermögensrechtlichen  
 Rechte und Pflichten des Vereins.  
 (letzter Vorstand: Prof. Dr. H. H. Schlusack, Gabriel  
 Riesserstr. 7 und Dr. stud. iur. Karl Gillner,  
 Durchschmitt 13 I.)

Die Geschäftsstelle  
 Justizinspektor.

Dienststelle des  
 Reichsstudentenwerks Öff. rechtl. Anstalt,  
 Hamburg 36.

U. G. Verord. 12 26 (U. u. G.) (2000. a. 26.)  
 Druck 2/3/38

1938: Auflösung des „Studentenwerks Hamburg e.V.“ und Eingliederung in das Reichsstudentenwerk.

Für die folgende Darstellung wurde - wo nicht anders vermerkt - auf dieses Material zurückgegriffen. Dem Staatsarchiv sei für die Hilfe herzlich gedankt.





1945: Zerstörte Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee.

Eisfeld drängte darauf, das *Studentenwerk* wieder in jener Vereinsform zu organisieren, die es vor der Zwangseingliederung in das R.St.W. gehabt hatte. Schon im November 1945, dem Monat der Wiedereröffnung der Universität Hamburg, schickte er der Schulverwaltung einen Satzungsentwurf, nach dem der neu bzw. wieder zu gründende Verein wie früher gemeinsam von Dozenten, Studenten und Kaufleuten (Bürgern) getragen werden sollte. Die Universitätsleitung unterstützte diesen Vorstoß, denn für sie hatte der Verein *Hamburger Studentenhilfe* „gut funktioniert“, er war wenig bürokratisch gewesen und hatte vor allem eine enge Anbindung an die Universität und damit auch deren Einfluß auf die „Studentenhilfsarbeit“ gesichert. Das *Reichsstudentenwerk*, eine Anstalt des öffentlichen Rechtes, die unter die Leitung des *Reichsstudentenführers* gestellt worden war, hatte dagegen die Entscheidungen nach Berlin verlagert, die Arbeit aller Studentenwerke im Reich vereinheitlicht und unter das Diktat der nationalsozialistischen Ideologie gestellt.

Die Rückbesinnung auf die Organisationsform der vor-nationalsozialistischen Zeit und die Bemühungen um eine „Neuordnung“ des *Studentenwerks* auf der Grundlage der Satzung von 1922 hatten jedoch zunächst keinen Erfolg. Es scheint, daß die Militärregierung ihre Zustimmung versagte. Aus den Unterlagen läßt sich erschließen, daß die Briten abwarten wollten, bis die Alliierten grundsätzlich darüber entschieden, ob und in welcher Form wieder zentrale Einrichtungen des Reiches gebildet werden sollten. So mußte man sich in Hamburg, um überhaupt die Arbeit weiterführen zu können, mit einer Zwischenlösung begnügen, die aber so gut funktionierte, daß sie bis zum Oktober 1949 in Kraft blieb.

Danach blieb der Name zwar erhalten, die Einrichtung wurde aber der Hamburgischen Staatsverwaltung unterstellt. Der zuständige Senator war der Präses der Schulverwaltung Heinrich Landahl. Dieser Schritt wurde vollzogen, obwohl die übergeordnete Dienststelle, das *Reichsstudentenwerk*, noch fortbestand. Es gibt ein Schreiben der Berliner Zentrale, in dem darüber informiert, gleichzeitig aber auch die eigene Ohnmacht eingestanden wird: An eine Wiederaufnahme der „Gemeinschaftsarbeit“ lasse sich so schnell nicht denken, weil alle Reichseinrichtungen als verdächtig galten. Das R.St.W. sollte deshalb vom Januar 1946 an nur noch in Form eines kleinen Büros mit einem treuhänderischen Verwalter aufrechterhalten bleiben.

Um das Schreiben des Reichsstudentenwerks und seinen offensichtlichen Versuch der Selbstbehauptung kümmerte man sich vor Ort ganz einfach nicht. In den Briefköpfen des *Hamburger Studentenwerks* ist, in dieser Zeit, der Zusatz *Reichsstudentenwerk* stets durchgestrichen - ein Beweis, daß diese Anbindung auf keinen Fall mehr gewünscht wurde. Die Gründe lassen sich aus den erhaltenen Jahresberichten, aus den dreißiger Jahren, erschließen.

Die Wende in der Arbeit der *Hamburger Studentenhilfe* vollzog sich im Zeitraum zwischen dem 1. April 1932 und dem 31. März 1933. Der Bericht dieses Jahres ist zum ersten Mal nicht mehr von Geheimrat Prof. Hermann Kümmell unterschrieben. Der renommierte Mediziner hatte vier Jahre lang an der

Spitze des Vorstands gestanden und über diese Spanne auch für die Jahresberichte verantwortlich gezeichnet. Dieser Bericht dagegen blieb ohne Unterschrift, er entspricht auch nicht Kümmells Stil und Duktus. So wie hier von gesellschaftlichen und vor allem studentischen „Reform“bestrebungen die Rede ist, zeigt er deutlich den neuen politischen Stil des zur Macht drängenden Nationalsozialismus.

In der Bilanz 1932/33 besonders hervorgehoben ist die Einführung des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“. Schon am 17. Mai des Jahres 1932 hatte die Hamburger Studentenschaft ihr erstes Lager in Assel bei Stade aufgemacht. Fünf weitere folgten im Sommer, darunter eines, das viel öffentliches Aufsehen erregte: das „Kahnlager“. Man hatte einen alten „Oberländer Schlepperkahn“ gekauft und in ein Wohnschiff verwandelt. Dafür waren „erhebliche“ Mittel der *Studentenhilfe* aufgewendet worden.

Der „Freiwillige Arbeitsdienst“ hatte einschneidende Folgen für die studentische Arbeitssuche und -vermittlung. Im Bericht des Vorjahres (von Kümmell unterzeichnet) hatte es bereits einen Hinweis darauf gegeben, daß die Vermittlungsbemühungen der *Studentenhilfe* schwieriger geworden waren, weil die Arbeit mehr und mehr eine Domäne der politischen Verbände geworden sei. Nun aber wurde weit über den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ hinausgedacht:

Überdies setzte eine erhebliche Werbung von akademischer Seite für den Gedanken einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ein.

Die *Studentenhilfe* ließ sich einspannen für die Idee der Volksverbundenheit durch praktische Arbeit, „um einen Keil in die einseitig durchgeistigte Ausbildung des jungen Deutschen zu legen“. Als sichtbares Zeichen des Engagements für dieses Ziel hatte die *Studentenhilfe* ein Mittagessen für 30 Pfennige an die „Arbeitsdienstwilligen vom Universitäts-Sportplatz“ ausgegeben.

Die Kehrtwende auf dem Arbeitssektor - weg vom Werkstudenten hin zum Arbeitsdienstler - war nur eine Maßnahme in einem Bündel, das insgesamt die grundsätzliche Abkehr von den ursprünglichen Zielen bedeutete. Auch bei der Stipendienvergabe rückte - noch vor der nationalsozialistischen Machtübernahme - das Kriterium der Bedürftigkeit in den Hintergrund, zunächst zugunsten einer stärkeren Intelligenz- und Fleißprüfung. Die politische Auslese wird noch nicht ausdrücklich genannt, der Druck auf einen Ausschluß der Studentinnen jedoch schon erheblich verstärkt:

Es liegt im Werden der politischen Universität und im Rahmen der Hochschulreform-pläne der Deutschen Studentenschaft und verschiedener Dozenten, daß auch bei den Vergünstigungen der „männliche Charakter“ stärker betont wird.

Hinter der vagen Formulierung standen „einschneidende Maßnahmen zugunsten der männlichen Studierenden“, die in diesem Berichtszeitraum bereits eingeleitet gewesen sein müssen, denn es heißt an anderer Stelle: „früher“ habe die Förderung von Frauen im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Anteil

an der Hamburger Studentenschaft gestanden, eine Unterstützung von 115 (w) zu 45 (m) haben einem „Besuchsverhältnis“ von 100 (m) zu 25 (w) gegenübergestanden. Wie weit die Relationen dann verschoben wurden, ist leider nicht vermerkt.

Diese Beispiele zeigen, wie im Jahre 1932 die politische Ausrichtung der *Studentenhilfe* im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie Fuß faßte, ohne daß es dem NS-Studentenbund schon gelang, die Einrichtung vollständig zu beherrschen. Die nationalsozialistische Studentenorganisation konnte sich seit dem Februar 1931 auf die größte Wählerschaft unter den Hamburger Studierenden stützen, vom Sommersemester desselben Jahres an stellte sie den AstA-Vorsitzenden. Am 28. Dezember 1932 berichtete das *Hamburger Tageblatt*, daß zu diesem Zeitpunkt das „äußerst harmonische Verhältnis“ zwischen Studentenschaft und -hilfe „durch eine außerordentlich unfaire Brüksierung der stärksten Gruppe des Allgemeinen Studentenausschusses, der Nationalsozialisten, empfindlich gestört“ wurde. Bei der Wahl eines neuen studentischen Vorstandsmitgliedes der *Studentenhilfe* hatte es der Verwaltungsrat noch einmal geschafft, gegen den Vertreter der nationalsozialistischen Studenten und Vorsitzenden der Hamburger Studentenschaft, Wolff Heinrichsdorff, zu stimmen. Doch diese „Brüksierung“ hatte nur aufschiebende Wirkung. Die Anpassung und Gleichschaltung vollzog sich auch bei der *Studentenhilfe* in schnellen Schritten.

Ein sehr bezeichnender, geradezu symbolischer Vorgang für die neue politische Ausrichtung der Studentenschaft ist der Austausch der Wandbilder im Studentenhaus Neue Rabenstraße.<sup>23</sup> Das 1928 eröffnete und von den Studierenden sofort sehr gut angenommene Gebäude, in dem alle studentischen Organisationen, einschließlich der *Studentenhilfe*, untergebracht waren und in dem auch die Mensa ihren „standesgemäßen“ Ort gefunden hatte, war noch im ersten Jahr der Nutzung mit drei großen Wandbildern ausgestattet worden. Den Auftrag hatte der Maler Erich Hartmann erhalten, der zur Hamburger Sezession gehörte und der stilistisch der „Neuen Sachlichkeit“ nahestand, also zu den „Modernen“ der Zeit zählte. Um seine Darstellungen, die Gruppen von Studierenden beim Sport, in der Vorlesung und bei der Diskussion zeigten, hatte es offenbar eine heftige Diskussion gegeben. Die Aufmerksamkeit, die sie erregten, könnte einer der Gründe sein, daß diese Gemälde einer der „frühesten Aktionen gegen Wandbilder der Weimarer Republik in öffentlichen Gebäuden Hamburgs“ zum Opfer fielen. Sie wurden Anfang des Jahres 1933 entfernt und durch drei Gemälde von A. Paul Weber ersetzt. Diese heute verschwundenen Mensa-Bilder können keinerlei Nähe zu dem gesellschaftskritischen Impetus der Grafiken Webers gehabt haben. Es ist davon auszugehen, daß sie bei den neuen Machthabern inhaltlich und formal keinen Anstoß erregten, denn ihr Stifter, der Mäzen Alfred Toepfer, wurde im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Ehrenmitglied der nationalsozialistischen „Hansischen Universität“ in einem Schreiben an den Reichs- und Preußischen

<sup>23</sup> S. dazu die ausführliche Darstellung von Hermann Hipp: Das Haus der Studentenhilfe, Neue Rabenstraße 13 in Hamburg-Rotherbaum. In: Hochschulalltag im 'Dritten Reich'. Die Hamburger Universität 1933-1945, hrsg. von Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer. Teil 1, S.307 ff.

Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Jahre 1937 u.a. auch dafür gewürdigt, daß „er schon vor 1933 völkische Belange der Studentenschaft gefördert“ habe.<sup>24</sup>

Ein folgenschwerer Eingriff, der gezielt der *Studentenhilfe* galt, fand in der Mitte desselben Jahres, im Juli 1933, statt. Auf einer Mitgliederversammlung wurde die Satzung unter Punkt 2, „Zweck des Vereins“, unter den Vorbehalt der nationalsozialistischen Rassenauslese gestellt. Wörtlich hieß es neu:

Der Verein fördert nur begabte und unbemittelte Studenten, und zwar nach Auslesegesichtspunkten der nationalen Zuverlässigkeit, der menschlichen und wissenschaftlichen Würdigkeit sowie der wirtschaftlichen Bedürftigkeit.

Der Primat der Politik setzte sich auch darin durch, daß künftig satzungsgemäß der Leiter des Vereins *Studentenhilfe* vom Führer der Studentenschaft ernannt, also das „Führerprinzip“ gültig wurde. Gleichzeitig fand die Umbenennung in *Studentenwerk Hamburg e.V. (Wirtschaftsamt der Studentenschaft der Hamburgischen Universität)* statt.

Die Satzungsänderungen wurden vollzogen, obwohl das *Deutsche Studentenwerk* im Mai unter Hinweis auf eine „Neuordnung der organisatorischen und personellen Verhältnisse“ vor örtlichen Eigenmächtigkeiten gewarnt hatte. Die Hamburger Initiative bedeutete vorausseilenden Gehorsam, denn eine Mustersatzung der Landesunterrichtsbehörde wurde mit dem Vermerk zurückgeschickt, die neue Satzung entspräche bereits den Vorgaben.

Die Aushöhlung der *Studentenhilfe* und die Aufgabe ihrer Ideale der Gründerzeit wurden begleitet von der Amtsniederlegung des Vorstandsvorsitzenden, Geheimrat Kümmell, „aus Altersrücksichten“, wie es offiziell hieß. Eine neue Generation hatte die Macht übernommen, und es darf nicht unerwähnt bleiben, daß zu ihr auch Prof. Curt Eisfeld gehörte, dem die Selbsthilfe nach Kriegsende so viel verdanken sollte. Mit Beschluß der neuen Satzung vom 7. Juli 1933 trat er als Mitglied dem Verwaltungsrat bei.

In den folgenden Jahren wurde der neue Kurs konsequent verschärft. Das *Studentenwerk* stand ganz im Zeichen der „Auslese der Tüchtigsten im Sinne nationalsozialistischer Forderungen“. Es vollzog die Einführung der Pflichtuntersuchung aller Studenten auf der Grundlage der nationalsozialistischen Gesundheitsgesetze und baute an Stelle der allgemeinen Studienförderung eine „Kameradschaftsförderung“ auf. Diese galt für die ersten Semester und wurde nur nach persönlicher Rücksprache mit dem Vorstand und dem Geschäftsführer des *Studentenwerks* gewährt. In die „Hochschulförderung“ (für ältere Semester) konnte nur ein „KF“ (Kameradschaftsförderung) gelangen. Äußerlich wurde die Gleichschaltung der Studentenschaft und ihrer Einrichtungen mit den nationalsozialistischen

<sup>24</sup> ebd. S. 317.

Organisationen dadurch dokumentiert, daß der Führer der Studentenschaft, des Studentenbundes und des Gaustudentenbundes im Studentenhaus in der Neuen Rabenstraße untergebracht wurden. Der freie Platz entstand durch den Ausschluß und die Vertreibung großer Teile von Studierenden aus der Universität Hamburg.

Mit dem Krieg und dann vor allem mit den zunehmenden Kriegszerstörungen begann nicht nur für das *Studentenwerk*, sondern für die gesamte Universität eine Zeit des „Nur-noch-Überlebens“. Als die Befreiung im Mai 1945 endlich Raum gab für eine Neubesinnung, nutzte die anfangs erwähnte Professoren-Runde, die als ein aus eigener Vollmacht eingesetzter akademischer Senat handelte, bereits die Sitzung am 1. Juni und beauftragte Prof. Eisfeld, trotz dessen Bedenken, einen Ausschuß „*Studentenhilfe*“ aufzubauen. Auf Bitte Eisfelds wurden mit ihm ein Dozent und die beiden Vertreter der Studentenschaft ebenfalls als Mitglieder benannt. Am 13. Juni bat Emil Wolff in einem Schreiben an Bürgermeister Petersen und Schulsenator Landahl um die offizielle Anerkennung Eisfelds als alleiniger Ansprechpartner der Sozialverwaltung für alle studentische Angelegenheiten. Dabei unterstrich Wolff den akademischen Brauch einer institutionalisierten *Studentenhilfe*:

Es widerspräche aber alter Tradition der Universität, begabte Studenten nur deshalb vom Studium auszuschließen, weil sie nicht die Geldmittel dazu besitzen. Vor allem sind es die Kriegsversehrten, denen zu helfen die Universität eine besondere Verpflichtung fühlt.

Der Vorstoß im Interesse einer Weiterführung der *Studentenhilfe* stieß bei den politisch Verantwortlichen auf großes Verständnis. Senator Landahl hielt eine „*Studentenspeisung*“ und die Wohnraumbeschaffung für ein vorrangiges Problem. Um sich eine Vorstellung zu machen, wie es um das Wohnen im zerstörten Hamburg bestellt war, sei hier aus einem Bericht der *Hamburger Allgemeinen* vom März 1948 (!) zitiert, in dem es immer noch hieß:

Tausende leben in Hamburg noch in Bunkern, Kellerlöchern, unzulänglichen Wohnlauben. Zu diesen 'Schattenmenschen' der Großstadt gehören auch Studenten und wissenschaftliche Assistenten. ...Das Ergebnis einer Rundfahrt ist niederschmetternd. Bunker in Hamm. Geblendet stolpern wir die Treppe hoch, tasten die engen, feuchten Gänge entlang. Ecken aus Leuchtpapier dienen in der Dunkelheit zur Orientierung. In einer dieser trostlosen Bunker-Zellen hausen zwei Medizinstudenten. Luftschutzbetten, ein kleiner Herd, ein winziger Tisch, mit Büchern und notdürftigem Hausrat beladen. Einen kostbaren Besitz haben die beiden: Bettlaken. Das ist ein 'Luxus', den sich nur wenige in diesen weißgekalkten Zellen leisten können. Es fehlen freilich die Gitter in diesem Zellenbau. Aber dafür gibt es auch keine Fenster. Immer ist hier Nacht und der Modergeruch.

Selbst zu der Zeit, erst recht aber unmittelbar nach Kriegsende, waren viele froh, wenn sie überhaupt irgendwo schlafen konnten, sofern sie denn überhaupt in Hamburg wohnen durften. Die Aufenthalts-

erlaubnis war keine Selbstverständlichkeit. Der Kreis der Berechtigten war strikt begrenzt. Selbst nachdem feststand, daß die Universität Hamburg im November 1945 ihren Studienbetrieb wieder aufnehmen würde und 3.000 Studierende zugelassen würden, bedeutete die Zulassung nicht automatisch auch die Aufenthaltsgenehmigung. Lediglich 600 Nicht-Hamburger erhielten das wertvolle Papier. Alle anderen Auswärtigen - aus Harburg, Lüneburg, aber auch dem Holsteinischen und sogar Lübeck - mußten als „Fahrstudenten“ bis zu drei, vier und manchmal auch sechs Stunden täglich in ungeheizten Zügen verbringen, um überhaupt an Vorlesungen oder Seminaren teilnehmen zu können. In Hamburg selbst war die Abgabe beschlagnahmefähigen Wohnraums auf 120 Studenten begrenzt worden. Wer nicht bei seiner Familie wohnte, konnte versuchen, privat zu hohen Preisen etwas zu mieten oder auf Notquartiere auszuweichen. Solche Unterkünfte zu beschaffen gehörte zu den ersten Anliegen der *Studentenhilfe*, und selbst diese offiziell bestätigte Einrichtung stand dabei vor fast unüberwindbaren Problemen.

Um die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Hilfe war es nicht gut bestellt. Nachzulesen ist das in dem „Bericht über den Stand des Reichsstudentenwerkes Hamburg“, den der am 30. Juni 1945 von Senator Landahl als Sachverwalter der *Studentenhilfe* bestätigte Curt Eisfeld vorlegte. Die Bestandsaufnahme zeigt gleich unter Punkt 1: Das Studentenhaus Neue Rabenstraße stand nicht mehr zur Verfügung. Es war im Juni von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden.



1945: Das beschlagnahmte Studentenhaus in der Neuen Rabenstraße 13.

Der erzwungene Verzicht auf das Studentenhaus wog schwer. Nachdem der Bau am 20. April 1928 seiner neuen Zweckbestimmung geöffnet worden war, hatte er sich zu einem Mittelpunkt studentischen Lebens entwickelt. Im Studentenhaus waren der AstA, die Studienstiftung und das Akademische Auslandsamt untergebracht worden sowie die Büros der *Studentenhilfe*, und hier hatte auch die Mensa zum ersten Mal Räume gefunden, die sich als höchst attraktiv erwiesen. Für die „Studentenspeisung“ hatte man die Villa, die vom Hochschulamt zunächst als „viel zu luxuriös und elegant“ abgelehnt worden war, erweitert. Ein großer Saal war anstelle des rückwärtigen Wintergartens angebaut worden. Er bot Platz für rund 400 Personen.

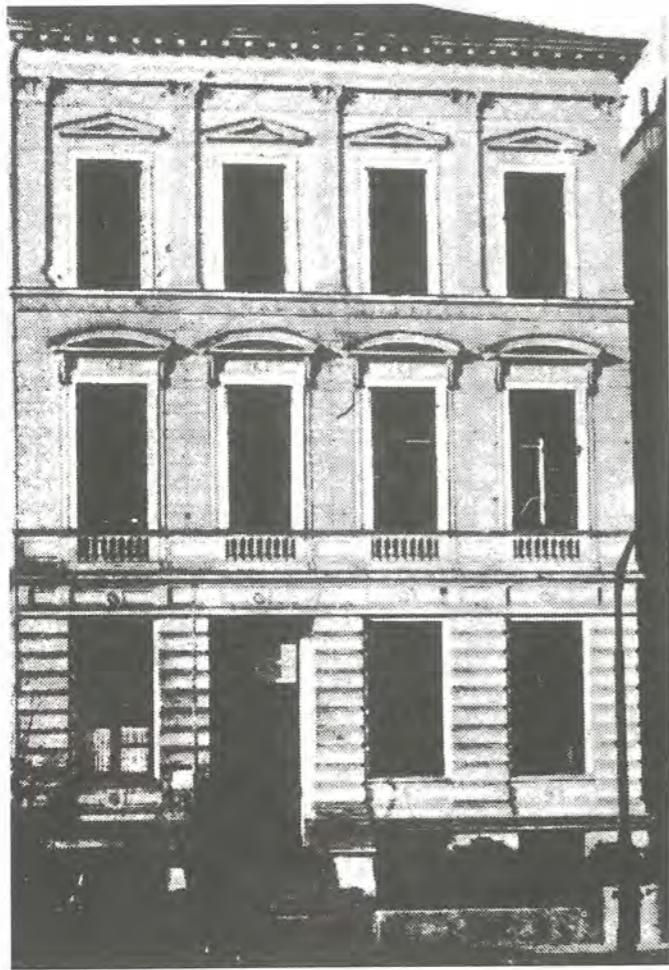
Wegen seiner günstigen Lage und seiner ausgezeichneten Akustik wird dieser Saal aber auch für kulturelle Hamburger Veranstaltungen gern benutzt. Besonders für Kammerkonzerte und Veranstaltungen, die sich an eine kleinere Öffentlichkeit wandten, ist der Saal in steigendem Maße benutzt worden. Ein Filmapparat und ein modernes Epidiaskop stehen gegen geringe Miete jedem zur Verfügung. Neben dem großen Saal sind noch der sog. kleine Saal, der etwa 60 - 80 Personen faßt, und dann noch 2 sehr gemütliche Aufenthaltsräume mit herrlichem Blick auf die weite grüne Moorweide besonders bemerkenswert. Ein besonderes Kapitel: die H a l l e. Wer einmal nach dem Mittagessen in der Halle im traulichen Halbdunkel eine Tasse Kaffee getrunken hat, der wird, wenn er an das Hamburger Studentenhaus denkt, immer das Bild dieser Halle mit ihren gemütlichen Klubsesseln, ihren niedrigen Rauchtischen und ihrem prächtigen Kamin vor sich sehen.<sup>25</sup>

So klang es in einem schwärmerischen Bericht vom Wintersemester 1934/35. Zehn Jahre später diente das kaum beschädigte Haus den Briten für Seminare und Veranstaltungen. Die *Studentenhilfe* mußte mit ihren Diensträumen auf das Ausländer-Wohnheim, Klopstockstr. 31, ausweichen. Als Ersatz für die Rabenstraße wurde bald darauf das Wohnheim der Hochbahn in der Tesdorpfstraße 20 zur Verfügung gestellt. Doch welch ein Unterschied!

Die 'Mensa', in der die Studenten ihre Suppe aus Blechnäpfen und Steingutkummen löffeln, liegt in einer 'hochherrschaftlichen' Villa vergangener Pracht. Großer Wandspiegel im Treppenhaus, halb zerstörtes Treppengeländer, es regnet durch das im Kriege zerstörte Glasdach, eine feucht-modrige Atmosphäre. Im ersten Stock ist eine Studentenunterkunft. Eine Flügeltür öffnet sich in einen hohen, halbdunklen Raum. Von den 20 Luftschutzbetten (zweistöckig wie in der Kaserne) sind 16 belegt. Eine kleine Birne hängt kahl von der hohen Decke. Kein Schrank, kein Stuhl, zwei selbstgezimmerte Tische, zwei halb mit Pappe notdürftig geschlossene Fenster - das ist die 'Inneneinrichtung'.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> HUZ WS 1934/35, XVI. Jg. Nr. 5, H.9, S.180.

<sup>26</sup> Hamburger Allgemeine, 9. 3. 1948.



1945: Das Wohnheim der Hochbahn an der Tesdorfstraße 20, wurde dem Studentenwerk als Ersatz für die beschlagnahmte Villa in der neuen Rabenstraße zugewiesen.

Die Tesdorfstraße war ein auffälliges Provisorium. Doch wie so viele Übergangslösungen sollte auch diese lange bestehen. Die Besatzungsmacht ließ sich das Studentenhaus Rabenstraße nicht mehr abhandeln, es wurde nie mehr zurückgegeben. Nur die Bücherei, die einstige „akademische Lesehalle“, wurde nach einer Überprüfung im August '45 freigegeben. Die Unterstützung und Förderung bedürftiger Studierender mußte so unter den schwierigsten Bedingungen wiederaufgenommen werden.

Die zentrale Aufgabe für die ersten Nachkriegsmonate bestand in der Mobilisierung finanzieller und materieller Hilfen. Die Barmittel und Bankguthaben des *Studentenwerks* betragen im Juni 1945 zwar noch rund 90.000 RM, die Gelder auf der Bank waren jedoch blockiert. Lediglich die Gehaltszahlungen und die laufenden Ausgaben durften getätigt werden. Zu zahlen waren die Gehälter von 17 Personen (neun Angestellte der Verwaltung, vier der Mensa sowie vier Hausdiener und Reinmachefrauen). Dieser Bestand galt als bürokratisch aufgebläht. Deshalb machte Eisfeld den Vorschlag, einem Teil der Angestellten zu kündigen und gleichzeitig die Gehälter der Weiterbeschäftigten um 30 Prozent abzusenken, um die vorhandenen Mittel für die *Studentenhilfe* zu sichern. Das wurde auch so vollzogen.

Als der neue Verantwortliche für die *Studentenhilfe* hatte Curt Eisfeld mit der Bilanzierung des noch Vorhandenen zugleich versucht, die notwendigen Mittel für die künftige Arbeit zu veranschlagen. Dabei ging er von vornherein davon aus, daß die auf den einzelnen Studierenden entfallende Unterstützung sich nur auf „das allernotwendigste erstrecken und nur für begrenzte Zeit gewährt werden“ könne. Dafür würde man - so errechnete er - eine Summe von 250.000 RM benötigen, für den Fall, daß 2.500 Studierende zugelassen würden. Tatsächlich waren es ja dann fünfhundert Einschreibungen mehr, für die jedoch weit weniger Geld zur Verfügung stand als erhofft. Im Dezember 1945 zeigt die Bilanz: Der Staat Hamburg hatte 100.000 RM zur Verfügung gestellt, die Deutsche Hilfsgemeinschaft e.V. 25.000 RM, und weitere 35.000 RM hatte die Hamburger Studentenschaft selbst aufgebracht.

Die beträchtliche Summe, die durch die Studierenden in die Kasse der *Studentenhilfe* floß, war durch eine besondere und sehr erfolgreiche Initiative zustande gekommen, durch die Einnahme aus Konzerten, für die der *Zentralausschuß der Hamburger Studenten* verantwortlich zeichnete. Zu diesem Gremium, das den *ASTA* ersetzte, bedarf es einiger Worte der Erklärung.

Der *Zentralausschuß der Hamburger Studenten (ZA)*<sup>27</sup> war im Mai 1945 von einer Gruppe von 20 Studenten gebildet worden, die sich auf eine Reihe ideeller Grundsätze verpflichtet hatten. Die wesentlichen Prinzipien hießen: Rückkehr und Selbsterziehung zu den „alten“ humanen und ethischen Idealen, Nachweis aktiver antifaschistischer Arbeit vor der Okkupation bzw. Nachweis der Verfolgung oder Schädigung durch die Nationalsozialisten, Streben nach einer übernationalen wissenschaftlichen, kulturellen und menschlichen Zusammenarbeit, Kampf gegen militaristisches Denken, Ableh-

<sup>27</sup> Ordner ZA in der Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, FB Geschichte, Universität Hamburg.

nung von Rassen-, Nationalitäts-, Religions- oder sozialen Unterschieden, Verpflichtung auf parteipolitische Neutralität, Bekenntnis zu akademischer Freiheit und zur Freiheit der Weltanschauung.

Mit diesem moralischen Impetus eines geistigen Neuanfangs aus eigener, studentischer Initiative hatte sich der *Zentralausschuß* selbst zur allein zuständigen Instanz für alle studentischen Belange erklärt und war - als Vertretung der gesamten Studentenschaft in Hamburg - auch anerkannt worden, sowohl von den Studenten wie von der Universitätsleitung, der Hamburgischen Staatsverwaltung, der Militärregierung und auch von den Studentinnen, die eine eigene 20-köpfige Gruppe gebildet hatten und die mit vier ihrer Mitglieder im Zentralausschuß vertreten waren. Das Problem, daß der ZA nicht durch Wahlen legitimiert war, verschob man in stillschweigendem Einvernehmen auf die Zeit nach der Wiedereröffnung der Universität.

Der *Zentralausschuß* war sofort in einer ganzen Reihe von Unternehmungen aktiv geworden. Dazu gehörte die Einrichtung einer Konzert- und Theaterkasse, die tatsächlich so erfolgreich anlief, daß sie eine finanzielle Entlastung bedeutete. Zu den drängendsten Problemen der ersten Zeit gehörte aber vor allem auch die Befreiung von der Arbeitsmeldepflicht. Dem Gauarbeitsamt mußte die gelbe Bescheinigung abgehandelt werden, die vor dem Zugriff der Ämter bewahrte. Arbeitslose wurden zu Aufräumarbeiten herangezogen. Dem ZA gelang es auszuhandeln, daß Studierende wenn, dann nur in Gruppen und zeitweise - wie z.B. mit 60 bis 80 Mann zur Instandsetzung der Universität - eingesetzt wurden.

Eine wichtige Arbeit war auch die Vorbereitung für die Hochschulzulassung. Die Schulverwaltung hatte - in Absprache mit der Militärregierung - sämtliche Immatrikulationen aufgehoben und neue Bestimmungen über die Zulassung zum Studium ausgegeben. Jeder Studierwillige hatte einen Fragebogen auszufüllen, der Angaben über die politische Zugehörigkeit verlangte, über das bis dahin absolvierte Studium, die Vorbildung und andere für die Einschätzung der Qualifikation wichtige Fragen. Schließlich sollte - und das war neu! - Auskunft gegeben werden, ob der betreffende Student/die Studentin in der Lage wäre, das Studium aus eigenen Mitteln zu finanzieren oder ob ein Stipendium in Anspruch genommen werden mußte. Die Studentenschaft war über den ZA in diese Fragebogenaktion eingebunden. Diskutiert wurden vor allem die Höhe der Eingangsqualifikation, mögliche oder nötige Zusatzprüfungen, vorbereitende Semester für Studieninteressierte ohne Abitur bzw. mit Notabitur und natürlich auch der Kriterienkatalog für die Erfassung der politischen Zuverlässigkeit. Der ZA erarbeitete eine Stellungnahme dazu, und er nahm vor allem die Beratung der Kommilitonen wahr. Bis Mitte August 1945 wurden über 700 solcher Beratungen gezählt.

Parallel war der ZA auch mit den Bemühungen um die Wiedereinrichtung einer Mensa und um die Beschaffung von Wohnraum befaßt. Auch Verhandlungen um Jobs für Studierende wurden geführt, z.B. mit dem Jugendamt, das Studierende für die Betreuung von Jugendlichen einsetzte. Andere typische Jobs waren Nachtwachen. Für Textil- und Lebensmittellager wurden Studierende besonders

gerne eingesetzt - heißt es in einem Vermerk. Es war nämlich festgestellt worden, daß die „Unregelmäßigkeiten“, die es vorher beim Einsatz privater Wachdienste gegeben hatte, nicht mehr auftraten.

Die Aktivitäten zeigen, daß versucht wurde, das gesamte Spektrum studentischer Selbstverwaltung und -hilfe im ZA abzudecken, mit wenigen Kräften und zu den Bedingungen, die das zerstörte Hamburg und die wirtschaftliche Lage überhaupt nur zuließen. Dabei waren die Zuständigkeiten im ZA zunächst nicht eindeutig geregelt, erst nach einer Neufassung der Geschäftsordnung und einer internen Umverteilung der Arbeit gab es zum Jahresende 1945 ein eigenes „Sozialreferat“, das in erster Linie aus der Abteilung „Studentenhilfe“ bestand. Diese Abteilung war die Schaltstelle, über die die Studentenschaft ihren Einfluß auf Prof. Eisfeld geltend machte, solange es noch keinen Verein mit einem Verwaltungsrat und studentischen Vertretern gab. Der Verantwortliche für die „Studentenhilfe“ im ZA, der gelegentlich auch als Geschäftsführer (mit Bankvollmacht) bezeichnet wird, war in dieser Zeit Konrad Ahlers, der spätere stellvertretende Chefredakteur des „Spiegel“ (da schrieb er sich dann Conrad), der Anfang der sechziger Jahre durch seinen Artikel „Bedingt abwehrbereit“ einen der großen Skandale der Bundesrepublik auslöste und der später noch einmal als Regierungssprecher der Großen Koalition mit Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt bundesweit hervortrat.

Ungeachtet solch persönlicher, damals noch nicht erkennbarer Profilierung entwickelte sich die Studentenhilfe in der ersten Nachkriegszeit langsam wieder in die alten Strukturen zurück. Nach knapp einem halben Jahr, im Dezember 1945, waren fast alle Arbeitsbereiche wieder eingerichtet:

- I. Studien-Förderung,
- II. Mensa,
- III. Krankenversorgung einschließlich Unfallversicherung,
- IV. Bücherei,
- V. Arbeits- und Zimmervermittlung,
- VI. Beratung.

Im Rahmen der Studienförderung konnten „begabte, aber unbemittelte Studenten“ Beihilfen vom dritten Semester an erhalten, Examenskandidaten wurden verzinsliche Darlehen gewährt mit einer Rückzahlfrist von acht Jahren. Von den 91 Gesuchen, davon fünf von Studentinnen, war bis zum Dezember 1945 ein gutes Drittel bewilligt worden, mit einem Gesamtbetrag von 12.000 RM. Die geringe Zahl ist nicht auf fehlende Finanzmittel zurückzuführen, die Mehrheit der Antragsteller hatte keine vollständigen Unterlagen. Nur sieben Gesuche wurden negativ beschieden, weil „selbst noch genug Barmittel“ vorhanden waren. Interessant ist auch der Vermerk über die Herkunft der Antragsteller: 30,8 Prozent kamen aus Hamburg, 31,9 Prozent waren Ostflüchtlinge, 26,4 Prozent aus den russisch besetzten Gebieten, der Rest aus anderen Teilen Deutschlands.

Die Mensa bot zu der Zeit nur einen einzigen Eintopf an. Täglich wurden 500 bis 700 Portionen (in der Tesdorfstraße und im medizinischen Haus in Eppendorf) ausgegeben. Was diese Statistik nicht erkennen läßt: Die Studentenspeisung war ein Dauerproblem. Das Essen galt zwar als schmackhaft, doch es war nicht nahrhaft genug. Das war nicht die Schuld der Köche. Der Eintopf wurde vom Hamburger Schulverein geliefert, da die technischen Voraussetzungen für eine eigene Küche in der Tesdorfstraße fehlten. Der Verein aber war von den Zuteilungen abhängig, die ihm gewährt wurden. Am 14. Dezember '45 bat Schulsenator Heinrich Landahl in einem Schreiben an das Landwirtschaftsamt um eine extra Kartoffelzuweisung. Ohne Kartoffeln könnten die Studierenden nicht satt werden, zumal diejenigen, die in der Mensa aßen, hier den Hauptanteil ihrer Ernährung erhielten. Dafür mußten sie die für die Kantinenverpflegung vorgeschriebenen Marken abgeben und zusätzlich pro Mahlzeit 75 Pfennige zahlen. Damit schluckte die Mensa von den bewilligten 150 Gramm pro Person in der Regel bereits 120 Gramm, so daß nicht genug für den Sonntag blieb. An ein abendliches Essen im Restaurant war schon gar nicht zu denken, da es markenfreie Stammessen kaum gab.

Das Bemühen um Zusatz-Rationen, selbst wenn es von höchster Stelle und mit Unterstützung des Education Department of the Military Government erfolgte, hatte nur wenig Erfolg. Wegen des generellen Mangels erhielten die Studierenden nicht mehr als „a small quantity of dehydrated potatoes and vegetables“ heißt es in einem Bericht Eisfelds vom Juni 1946. Hätte es nicht manchmal Sonderrationen gegeben - hier einen Paken Früchte-Riegel vom Schulverein, dort einen zeitlich begrenzten Freitisch des Börsenkellers, Pflanzenfett vom Weltstudentenwerk, Heringsfässer aus Norwegen, Speck aus Irland -, hätte die Versorgungslage noch schlimmer ausgesehen. Unter den geschilderten Bedingungen war der Hunger für viele Studierende der tägliche Begleiter. Die Unterernährung gehörte zum Bild des Studenten Jahrgang 1945 und folgende. Eine erste repräsentative Untersuchung im Februar 1947 zeigte folgendes Ergebnis: Von rund 2.000 Studenten (60 Prozent aller Immatrikulierten) hatten nur rund fünf Prozent Normal- oder Übergewicht, alle anderen wiesen erhebliche Untergewichte auf, davon ein Viertel ein Untergewicht von über 20 Prozent, in Einzelfällen betrug es sogar 30 Prozent. Bei den 550 Studentinnen (50 Prozent aller Immatrikulierten) sah die Lage nur leicht besser aus. Nach diesem alarmierenden Bericht wurde im Dezember 1947 an eintausend Studierende mit besonders hohem Untergewicht ein markenfreies Mittagessen ausgegeben, das später wiederholt und zeitweise auch auf alle Studierenden ausgedehnt werden konnte. Vom Wintersemester 1947/48 an konnten ein Studententarzt für die Gesundheitsüberwachung angestellt und eine Pflichtuntersuchung für alle ersten und vierten Semester eingeführt werden. Die Krankenversorgung wurde seitdem direkt vom *Studentenwerk* wahrgenommen, d.h. es besorgte die Ausgabe der Krankenscheine für den Arzt- und Zahnarztbesuch sowie auch die Ausgabe der „Gewährsscheine“ zur Einlieferung ins Krankenhaus.

Eng verknüpft mit den Gesundheitsproblemen war eine andere, für die Zeit typische Notlage: der katastrophale Mangel an Kleidungsstücken. In den Berichten des *Studentenwerks* ist immer wieder die Rede davon, mit „welchen Wracks von Schuhen“ die Studenten herumlaufen müssen, oder auch, daß

viele nur geliehene Kleidung trugen, die sie wieder abgeben mußten, „wenn die Besitzer, (meist) aus Kriegsgefangenschaft, wiederkommen“. Bezugsscheine für Kleidung wurden zwar verteilt, doch für nur 18 Studierende pro Woche. Zusätzliche Lieferungen waren, wie beim Essen, schwer zu bekommen, trotz solcher Hinweise wie diesem von Senator Landahl:

Es gibt eine ganze Anzahl von Studenten, die nur einen dünnen Regenmantel (Militärmantel) haben. Aber auch Jacken, Hosen, Schuhe und Kopfbedeckung fehlen. Können Sie mir für die dringendsten Notfälle einige Hilfe auch in dieser Hinsicht zusagen?

Die Antwort ist nicht bekannt. Aus den Sitzungsprotokollen des ZA geht hervor, daß Kleidungsspenden in erster Linie über die unterschiedlichen Hilfsorganisationen kamen. Wiederholt finden sich Notizen wie diese:

Vom schwedischen Roten Kreuz sind 150 Hosen, 150 Jacken und 100 als Taghemden zu verwendende Nachthemden gespendet worden (22. Januar 1948).

Das Schwedische Rote Kreuz hat sich in einem ganz besonderen Maße in Hamburg engagiert. Davon konnten die Studierenden immer wieder profitieren. Aber auch andere Organisationen halfen, darunter vor allem die Deutsche Hilfsgemeinschaft. Manchmal kam es durch die Spenden aber auch zu absurden Situationen. So wird berichtet, daß ein Medizinstudent, der eine englische Militärhose vom Studentenwerk bekommen hatte, von einem Engländer verhaftet wurde. Drei Tage mußte er „unter unwürdigen Verhältnissen“ im Gefängnis sitzen, bevor er sich rechtfertigen konnte.

Die Versorgung mit dem Notwendigsten beanspruchte alle Kräfte. Im Vergleich dazu erscheinen die fehlenden Bücher fast als ein zweitrangiges Problem. Auch hier war man auf Spenden angewiesen, die z.T. von weit her, aus indischen Kriegsgefangenenlagern kamen. Dem ZA gelang es, 12.000 Zentner Bücher, die außerhalb der Stadt eingebunkert waren, nach Hamburg zurückzuholen.

Im Bereich der Arbeitsvermittlung hielt - über die Jahre hinweg - die große Nachfrage nach Zeit-Arbeitsplätzen, jetzt „Jobs“ genannt, an. Auffällig ist: Vom „Werkstudenten“ ist fast keine Rede mehr. Die Idealisierung studentischer Lohnarbeit war nach 1945 kein Thema. Viele Studierende mußten nicht nur das Studium selbst finanzieren, „erstaunlich viele“ hatten auch Eltern oder Geschwister zu unterhalten, wie Eisfeld in einem seiner Berichte festhält. Typische Tätigkeiten waren nach wie vor Tag- und Nachtwachen, Büroarbeiten, Nachhilfeunterricht und vor allem die Bergung von Steinen aus Trümmern, eine Arbeit, die als besonders gute Verdienstmöglichkeit galt. Drei- bis vierhundert Stellen pro Semester konnten in der Regel vermittelt werden, nicht genug, um die Nachfrage zu befriedigen.

Schwierig blieb auch die Wohnungsvermittlung. Für den als Notquartier gedachten Raum mit den zwanzig Luftschutzbetten im Haus Tesdorfstraße wurden im Sommersemester 1947 immer noch 584

Übernachtungen registriert, vier Studenten „wohnten“ dort auf Dauer, weil nichts anderes zu finden war. In den folgenden Monaten wurde die Situation noch schlechter, weil bis dahin evakuierte Hamburger in die Stadt zurückkehren durften. Die weitere Verknappung des Wohnraums führte dazu, daß Studierende auf Anweisung des Wohnungsamtes nicht mehr als zwölf Quadratmeter belegen durften, wer seine Aufenthaltsgenehmigung wegen des Studiums bekommen hatte, sogar nur acht Quadratmeter. Das Wohnungsamt bot als Ersatz vier bis sechs Quadratmeter große Zimmer an, doch galten diese Räume als so schlecht, „daß sie trotz bescheidenster Ansprüche nicht benutzt werden konnten“. Dennoch war die Unterbringung der Studenten z.T. immer noch günstiger als die anderer Bevölkerungsgruppen. Das zeigte die Situation an der Sternschanze, wo von fünf Baracken eine als „Studentenwohnheim“ für 23 Studierende zur Verfügung stand. Es soll dort immer wieder Ärger mit den benachbarten Handwerkerbaracken gegeben haben, die vier Mal so stark belegt waren!

Insgesamt geben diese Tätigkeitsberichte ein eindrucksvolles Bild von den Lebens- und Studienbedingungen nach dem Zusammenbruch 1945 bis zum Sommer 1948. Von dieser Zeitspanne gelten die unmittelbaren Nachkriegsmonate als am entspanntesten, weil viele Studierende noch über Sparguthaben verfügten. Als die Reserven aufgebraucht waren, verschlechterte sich sowohl die soziale wie vor allem auch die gesundheitliche Lage vieler ganz beträchtlich. Deshalb sind auch im Wintersemester 1947/48 noch Hilfen für unterernährte und schwerverwundete Studenten und Dozenten vermerkt, die weiterhin markenfreies Essen erhielten. Es fehlten auch immer noch „Beinkleider“ und Wäsche, und wäre der Winter nicht so mild gewesen, hätte die Not mit Sicherheit noch ganz anders ausgesehen. Die Lage änderte sich erst, als die Währungsreform kam, die sozusagen der letzte Höhepunkt einer an Problemen wahrlich nicht armen Zeit wurde.

Die Währungsreform - schreibt Curt Eisfeld im Herbst 1948 - hat die Arbeit des Studentenwerks während des ganzen Semesters überschattet. Er meinte damit die völlige Ungewissheit über die zu erwartenden staatlichen Hilfen. Zwar tröstete sich Eisfeld mit dem Gedanken, „daß der Staat nach einer Reform ausreichende Mittel zur Verfügung stellen wird, wenn er nicht fast den gesamten akademischen Nachwuchs verlieren will“, doch sicher konnte er nicht sein. Vorsorglich hatte das Studentenwerk eine Fragebogenaktion durchgeführt, in der fünfzig Prozent - das waren rund 1.500 Studierende - angaben, bei einer rein monetär gestalteten Währungsreform „in schwerste Not“ zu geraten. Tatsächlich wurden nach der Umstellung Anträge in dieser Zahl gestellt, von denen 1.059 bewilligt wurden. Der Start in die Bundesrepublik für mittellose Studierende sah dann so aus: Zur Auszahlung kamen je 50 Mark an Stipendiaten, 30 Mark an andere bedürftige Studierende sowie 80 Mark an Examenskandidaten. Das Studentenwerk selbst stand nicht viel besser da, denn der angesammelte Verbilligungsfonds wurde durch die Währungsreform abgewertet. Der Versuch, das finanzielle Loch durch eine Erhöhung des Mensa-Preises zu stopfen, schlug fehl, der Rückgang der Besucher zwang zum alten Preis zurück.

Die Schwelle der Währungsreform wurde dann aber doch in erstaunlich kurzer Zeit überwunden. Die nun beginnende gesellschaftliche Stabilisierung und Normalisierung brachte auch der *Studentenhilfe* eine Aufwärtsentwicklung. An ihrem Anfang stand die Überführung in die alte Organisationsform. Im Januar 1949 legte Curt Eisfeld erneut einen Satzungsentwurf vor, der nach eingehender Prüfung in der Universität und nach einigen Änderungen durch die Schulverwaltung, die ihren Einfluß absichern wollte, endlich zum gewünschten Erfolg führte. Im Herbst desselben Jahres konnte eingeladen werden: Am Dienstag, dem 4. 10. 1949, um 17 Uhr sollte „pünktlich“ die Neugründung des Vereins *Hamburger Studentenhilfe* stattfinden. Für den dann doch erst am 1. Dezember gegründeten Verein wurden als Vorstands-Mitglieder Prof. Curt Eisfeld, Prof. Kurt Heyns und ein Medizinstudent namens Rudi Haritz berufen. Mit dieser Besetzung war die Kontinuität der Arbeit gesichert.

Zu diesem Zeitpunkt waren die formal-rechtliche Neuordnung und die Rückbenennung ohnehin nurmehr ein Nachvollzug der nach Kriegsende geschaffenen Tatsachen. Die seitdem geleistete Arbeit wurde daher im wesentlichen so weitergeführt bzw. ausgebaut, ohne daß zunächst größere Finanzmittel zur Verfügung standen. In der ersten Zeit nach der Währungsreform konnte aber die Hilfsbereitschaft der Hamburger Bevölkerung (für die Bereitstellung von Wohnraum) und der Wirtschaft (für Gelegenheitsarbeiten) in weit größerem Umfang mobilisiert werden als in den Jahren zuvor. Schnell kam dann die Zeit, in der für die *Hamburger Studentenhilfe* auch Neubauprogramme wieder möglich wurden.<sup>28</sup>

Im Oktober 1950 übernahm Prof. Dr. Kurt Heyns den Vorsitz im Vorstand. Eines seiner großen Verdienste ist die Errichtung des Studentenhauses, dessen Einweihung bereits 1952 gefeiert wurde. Prof. Heyns sicherte in einer noch sehr schwierigen Aufbauzeit in zum Teil unkonventioneller Weise die Finanzierung. Das Studentenhaus in der Beneckestraße am Bornpark war der erste Baukörper, der auf dem heutigen Campus Von-Melle-Park, dem Zentrum der seit Anfang der fünfziger Jahre gewachsenen „Massenuniversität“ Hamburg entstand. Als neuer Mensa-Standort erwies er sich als ebenso attraktiv wie einst die Neue Rabenstraße, wenn auch in Stil und Ausstattung natürlich nicht mehr vergleichbar dem großbürgerlichen Lebensgeschmack, sondern dem 'modernen' Geist der fünfziger Jahre entsprechend, der immerhin solche Freizügigkeiten wie ein allen zugängliches Restaurant, eine Bar und eine Kegelbahn zuließ.

Parallel zu der Verbesserung der materiellen Grundlagen, die wieder die Zusammenführung aller studentischen Einrichtungen an einem Ort erlaubten, wurden mit Beginn der fünfziger Jahre zunehmend die Möglichkeiten einer verstärkten Studienförderung diskutiert. Als im Oktober 1955 die Kultusminister der Länder und die Westdeutsche Rektorenkonferenz das nach dem Tagungsort

<sup>28</sup> Zu den wesentlichen Ereignissen in den fünfziger und sechziger Jahren s. Manfred Klee (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Studentenwerks Hamburg e.V.), Geschichtlicher Rückblick (1922-1972), im Bericht des Studentenwerks über das Wirtschaftsjahr 1971, Hamburg, im Juni 1972.





Studentenhaus



Studentenhaus, Restaurant

1953: Das Studentenhaus. Aus: Universität Hamburg, Studienführer 1955.



Eingangshalle der Mensa



Studentenhaus

1953: Das Studentenhaus. Aus: Universität Hamburg, Studienführer 1960.

benannte „Honnefer Modell“ beschlossen, wurde nicht nur der Grundstein gelegt für die erste, umfassende allgemeine Studienförderung an deutschen Hochschulen, sondern auch für den Ausbau der Sozialeinrichtungen. Denn die Übertragung der Allgemeinen Studienförderung nach dem Honnefer Modell auf die Studentenwerke brachte auch der Hamburger Einrichtung, die seit 1952 wieder den Namen *Studentenwerk Hamburg* führt, einen beträchtlichen Aufgabenzuwachs. Der weitere Ausbau der Sozialeinrichtungen - stets ein wenig in der Nachhut der beständig wachsenden Studierendenzahlen - mündete in dem, was heute vor uns steht: einem Wirtschafts- und Dienstleistungsbetrieb mit 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen Verpflegung (elf Mensabetriebe mit täglich bis zu 23.000 „Gästen“), studentisches Wohnen (sechzehn Wohnheime und Wohnanlagen mit 3.200 Plätzen) und Ausbildungsförderung (ein auf die Marge von 15 Prozent aller Studierenden gesunkenes BAföG) liegen (eine Allgemeine Sozialberatung, zwei Kindertagesstätten und weitere Einrichtungen inbegriffen). Hinter diesem Großunternehmen der neunziger Jahre ist das Bild einer Studentenhilfe, die von den Studierenden als „ihre“ Einrichtung mitgetragen wird, schon lange verschwunden. Das *Studentenwerk Hamburg* ist eine für die Studierenden tätige, eigenständige Organisation an den Hochschulen geworden, die den Zeitgeist, „Das Serviceunternehmen für Studierende“ zu sein, als ihre Philosophie angenommen hat und die im 75. Jubiläumsjahr auf dem Weg ist, dieses Leitbild mit Leben zu füllen.

### III. Im Jubiläumsjahr 1997 - Das Studentenwerk Hamburg

Der Sprung hinweg über die fünf Jahrzehnte seit 1945 oder auch über die mehr als sieben Jahrzehnte seit der Gründung der *Studentenhilfe* führt in eine Gegenwart, die mit großen Zahlen zu leben und zu rechnen gelernt hat: Rund 62.000 Studierende sind inzwischen in Hamburg die Adressaten für ein *Studentenwerk*, das schon lange nicht mehr allein für die Universität, sondern mit 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für sechs Hochschulen der Hansestadt zuständig ist.<sup>29</sup> Damit ist es zu einem der großen öffentlichen Dienstleistungsbetriebe geworden.

Das Studentenwerk hat sich weitsichtig und flexibel an die wandelnden Bedürfnisse und Ansprüche der Studierenden angepaßt. Und dennoch: Manches aus der täglichen Arbeit dieser von den Studierenden als recht selbstverständlich hingenommenen Einrichtung ähnelt - wenn auch auf einem ganz anderen Niveau - früheren Zeiten: Da gibt es nach wie vor das Problem, eine nicht nur campusnahe Verpflegung anzubieten, sondern auch eine, die durch Qualität, Vielfalt und Servicefreundlichkeit die Studierenden in ausreichender Zahl anzieht und so der Konkurrenz der universitätsnahen Imbißbuden und Restaurants standhält. Da gilt es, das Angebot an Wohnplätzen mietgünstig zu halten und sie gleichzeitig dem gewandelten studentischen Lebensstil entsprechend zu modernisieren. Schließlich muß - stärker denn seit Jahren - der Kampf um eine bessere finanzielle Absicherung jener Studierenden geführt werden, die ohne staatliche Zuschüsse ein Studium nicht durchhalten können und die mit der augenblicklichen BAföG-Regelung mehr schlecht, denn recht leben.

So mühevoll Fortschritte auf den drei Hauptfeldern hochschulbezogener Sozialpolitik - dem Essen, dem Wohnen und der Ausbildungsförderung - im einzelnen immer noch zu erreichen sein mögen, im Rückblick auf die zweimalige, mühselige Aufbauzeit ist die heutige Arbeit vergleichsweise undramatisch. Proteste und „Streiks“, die die Hochschulen in den neunziger Jahren begleiteten, gelten jedenfalls nicht den *Studentenwerken*. Das BAföG wird in Bonn ausgedünnt, das ist allen klar, und die Hamburger Zuständigkeiten scheinen gut geregelt. „Entspannte Wohnsituation“ vermeldete der Geschäftsbericht 1995<sup>30</sup>, und auch die Ausbauprogramme der Mensen sind so weit gediehen, daß

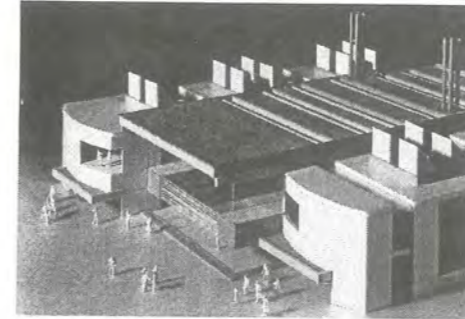
<sup>29</sup> Universität Hamburg	Hochschule für bildende Künste
Fachhochschule Hamburg	Hochschule für Musik und Theater
Technische Universität Hamburg-Harburg	Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik
Hochschule für Wirtschaft und Politik	(nur im BAföG-Bereich)

<sup>30</sup> Seit 1959 hat das Studentenwerk jährlich ausführliche Geschäftsberichte vorgelegt. Weitere Literatur: Klee, Manfred, Zur Entwicklung der Studentenwerksarbeit, Die Geschichte der Studentenwerke: Von organisierter Selbsthilfe zur Verwaltung staatlicher Mittel, in: Studentenwerk München (Hrsg.), Die Arbeit der Studentenwerke - Ursprünge, Gegenwart, Perspektiven, Eugen Hintermann zum 65. Geburtstag, München 1984.



Jeden Mittag zwischen zwölf und vierzehn Uhr: Kein Ende abzusehen.

das „Meckern“ sich im wesentlichen auf das Schlangestehen im Mittagsstau beschränkt. Negativ muß allerdings vermerkt werden, daß der dringend notwendige Bau einer Mensa im Bereich des Geomatikums wegen der Finanzenge beim Bund und bei der Freien und Hansestadt Hamburg auf das Jahr 2000 verschoben wurde, und das geschah, obwohl bereits eine Baugenehmigung vorlag und die vorausgegangenen Planungen den Baubeginn für das Frühjahr 1996 ermöglicht hätten.



Trotz intensiver Bemühungen um eine Alternativfinanzierung ist der Bau „Mensa am Geomatikum“ wegen der bekannten Finanzenge auf das Jahr 2000 verschoben worden. Somit bleibt die Verpflegungssituation für die Studierenden im Bereich des Geomatikums unverändert schlecht.



Dennoch wird das Curio-Haus als Mensa zur Jahresmitte 1997 aufgegeben. Gegen eine weitere Nutzung sprechen Betriebsverluste, dringend notwendige Investitionen zur Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit und die geforderten Mieterhöhungen.



Ein teilweiser Ersatz erfolgt ab Oktober 1997 durch die Übernahme und Umgestaltung der Cafeteria im Gebäude der Wirtschaftswissenschaften, der neuen „Mensa Campus“.

Jedoch waren Mitte der fünfziger Jahre die Engpässe in der Verpflegungssituation noch weit gravierender. Von „disziplinierten Saalschlachten“ war die Rede, die tagtäglich pünktlich um zwölf Uhr mittags starteten. Keine vier Jahre nach dem Bau des Studentenhauses 1952 war der neue, 600 Personen fassende Saal schon wieder zu klein geworden. In ihm fand zwar noch ein Klavier Platz, aber die Zeitungen enthüllten, wie das Instrument als Ersatztisch zweckentfremdet wurde. Diese Situation änderte sich auch nicht wesentlich, als 1966 das Curio-Haus gepachtet und 1974 das Studentenhaus umgebaut wurde. Der Ausbau konnte immer nur kurzfristig Erleichterung schaffen, langfristig aber nie mit den sprunghaft steigenden Studentenzahlen Schritt halten. Die heutige Realität von elf Mensen mit insgesamt 4.200 Plätzen lag noch in weiter Ferne.

Nicht nur die Enge sorgte für Ärger. Auch die Qualität des Mensa-Essens stand häufig auf dem Prüfstand. Im Jahre 1956 kam es zu einem ersten Boykott in Hamburg, angeblich völlig spontan. „Wir werden nicht satt“ hieß es. Damals waren Kartoffeln noch knapp bemessen, ein „Nachfassen“ gab es nicht. Das muß lange so geblieben sein, denn dreizehn Jahre später, 1969, schritt der AStA zur Selbsthilfe, rief zu einem „Picknick im Freien“ auf und organisierte als Ersatz für das boykottierte Mensa-Essen Kartoffelsuppe „zum Sattessen“ für den Stammessenpreis von DM 1,25. Überall zwischen Hauptgebäude und Campus waren Würstchenbuden und Suppenstände aufgefahren worden. 1.300 Portionen Suppe und noch mehr Würstchen sollen verkauft worden sein. Die Autorin kann aus eigener Erfahrung bestätigen: Für die Studierenden war das eine willkommene Abwechslung. Die Folge war eine Diskussion um den Mensa-Preis, der immer ein Politikum war. Die Studenten wollten die geforderte Qualitätsverbesserung über höhere Staatszuschüsse erreichen, der Senat wollte den Studierenden höhere Eigenleistungen zumuten. Da konnte es - wie 1974 - dann auch einmal geschehen, daß der Zweite Bürgermeister (damals Senator Prof. Dr. Dieter Biallas) sich mit 7.000 „Offenen Briefen“ vor die Mensa stellte, um die Studierenden aufzuklären, warum eine Erhöhung der Zuschüsse für den Senat nicht in Frage kam. Zu jenem Zeitpunkt galt es, eine Lösung dafür zu finden, daß sich im *Studentenwerk Hamburg* für das Jahr 1975 ein Fehlbetrag von über einer Million Mark abzeichnete. Rechtzeitig zum ersten Januar des Folgejahres wurde dann aber doch - nach schwierigen Verhandlungen - eine neue Zuschuß-Konzeption gefunden, zu der die Studierenden mit einer Erhöhung des Studentenwerksanteils am Semesterbeitrag beitrugen.

Die Verpflegung der Studierenden war finanziell nie aus eigener Kraft zu bewältigen. Der „Bochumer Mensaplan“ von 1962 hatte deshalb empfohlen, die Preise und die Zuschüsse zu entkoppeln: Über den Abgabepreis sollte der Wareneinsatz finanziert werden; die staatlichen Zuschüsse sollten die Herstellungskosten (Personal, Energie, Instandhaltung, Verwaltung) decken. Dieses Konzept wurde in Hamburg für die zwei günstigsten Essen bis in die achtziger Jahre umgesetzt. Dann folgten aber doch wieder Kürzungen und Anfang der neunziger Jahre sogar Überlegungen, den staatlichen Zuschuß nicht mehr der Kostenentwicklung anzupassen und ihn bis 1995 sogar ganz zu streichen. Dieser harte Einschnitt konnte noch einmal abgewendet werden. Seit Januar 1996 gilt nun wiederum ein neues



1955: Essenausgabe und Blick in den Saal der Mensa Studentenhaus.



1995: Mensa II im Studentenhaus.



1995: Mensa Harburg.

Modell, das durch eine Pauschalisierung des Zuschusses dem *Studentenwerk* eine flexiblere Handhabung und größere Eigenverantwortung ermöglichen soll.

Zum ständigen Ringen um den Kostenausgleich trat mit den Jahren das Problem der veralteten technischen Einrichtungen. Der Modernisierungsbedarf wuchs gewaltig. Zwei Zahlen mögen verdeutlichen, was der Anstieg der Studentenzahlen „küchentechnisch“ bedeutete. Für das Jahr 1960 weist die Bilanz des *Studentenwerkes* die Gesamtzahl von 668.000 ausgegebenen Essen aus. Zehn Jahre später waren es beinahe doppelt so viele: 1.287.000. Daß die veralteten Geräte und auch die Hygiene da nicht immer mithalten konnten, bezeugen zwei zur Legende gewordene „Skandale“: Die sogenannte „Mäuseschwanzaffaire“, bei der 1959 ein Mäuseschwanz durch alle Kontrollen bis auf den Teller eines Studenten gelangte, und die „Serbische Reisfleisch-Affaire“, bei der 1966 zahlreiche Mensa-Esser nach dem Genuß von Serbischem Reisfleisch von Übelkeit und Durchfall geplagt wurden. In beiden Fällen sind die wahren Ursachen im Dunkeln geblieben.

Inzwischen sind aber auch in die für die Studierenden weitgehend unsichtbaren Bereiche der Mensa moderne Geräte und Techniken eingezogen, so daß in der Presse der vergangenen Jahre überwiegend von Staunen und Bewunderung erfüllte Reportagen ihren Niederschlag fanden. Schlagzeilen wie „Kochen mit dem Zweimeter-Mixer“ machen nun klar, welche Dimensionen die Verpflegung der Studierenden angenommen hat. Die Ausgabe ist inzwischen auf 2,5 Mio Essen im Jahr gestiegen, mit einem Trend zum „Luxusgericht“. Zur Wahl stehen (in der Hauptmensa) acht warme Mahlzeiten, die zwischen DM 1,60 und DM 6,- kosten. Dazu diverse Süßspeisen und kalte Gerichte. Kleinere Mensen bieten mindestens drei Hauptspeisen sowie Suppe und in der Regel auch eine Salatbar. Schlagzeilenträchtig sind auch Sonderaktionen wie die „13.000 Gänsekeulen“ zum Weihnachtessen:

Sie kommen aus Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik und haben vor allem eines gemeinsam: Ihr Fleisch ist zart und saftig und behält auch in gebratenem Zustand eine appetitliche Farbe. 7000 halbe Gänse (quergeteilt!) hat das Studentenwerk Hamburg für das traditionelle Weihnachtessen gekauft.... Die Zubereitung des aromatischen Vogel-Oberschenkels als Massenessen ist sehr aufwendig: Zwei Tonnen frischer Rotkohl und 2,8 Tonnen Kartoffeln müssen gekocht, eine halbe Tonne Äpfel und drei Zentner Zwiebeln geschält und in Würfel geschnitten werden. Um zeitlich im Rahmen zu bleiben, wird die Hälfte der Keulen vorgekocht. Der zentrale Küchenleiter Norbert Busch probiert diesmal ein neues Rezept aus: „Die Keulen werden eineinhalb Stunden geschmort, dann wird der Bratenfond mit Lebkuchen gebunden. Das ist ein fränkisches Rezept nach Großmutterns Art.“ Die Soße (insgesamt 1.400 Liter) schmeckt dadurch leicht nach Zimt. Dazu gibt es wahlweise Kartoffeln oder Knödel. Die subventionierte Keule mit Beilagen kostet für Studenten drei Mark. Dafür bekommen sie ungefähr 380 Gramm des edlen Vogelbeins. Mit 1.850 Kalorien ist das Weihnachtessen ein hochkarätiger Genuß. (Hamburger Abendblatt vom 8.12.1994)

Auch so etwas gehört dazu, wenn das heutige *Studentenwerk* als „Das Serviceunternehmen für Studierende“ angenommen werden will, zumal in Zeiten sinkender Nachfrage. Im Geschäftsjahr 1995 verringerte sich die Zahl der ausgegebenen Essen an Studierende erstmals wieder, im Schnitt um 1,4 Prozent. Ein bundesweiter Trend! Schuld daran ist nicht nur der Abbau der Studienanfängerzahlen (Zielvorgabe in Hamburg: minus 15 Prozent) - traditionell besuchen Erstsemester häufiger als höhere Semester die Mensa - sondern einmal mehr der Zeitgeist: Das traditionelle Mittagessen hat an Bedeutung verloren. Man „snackt“ lieber mal hier ein bißchen, mal dort ein bißchen. Die Selbstbedienungstheken, die auch teurere Köstlichkeiten im Angebot haben, sollen diesem Trend entgegenkommen. Frühstücks-, Salat- und Dessert-Büfets, „Aktionstheken“ und sonstige Sonderangebote gibt es inzwischen in allen Mensabetrieben. Der Erfolg gibt den Planern der „Erlebnisastronomie Mensa“ recht: Immerhin 14 Prozent der Studierenden suchen die Mensa schon zum Frühstück auf.

Die Änderung der Lebensgewohnheiten und parallel dazu die wechselnden politischen Bedingungen, denen auch die Hochschulen unterliegen, verlangen vom *Studentenwerk* einen ständigen Anpassungsprozeß, nicht nur bei der Organisation der täglichen Verpflegung, auch bei der Versorgung mit Wohnraum. Hamburg gilt - nicht anders als in den Anfangsjahren der *Studentenhilfe* - als Ballungszentrum mit typischer Großstadtsituation immer noch als ein besonders mühseliges Pflaster für Studierende, die eine akzeptable Unterkunft suchen. Das Angebot an günstigem Wohnraum ist knapp und oft nur in sehr weiter Entfernung zu den Hochschulstandorten zu haben. Wenn zur Zeit dennoch die Wohnsituation als entspannt gilt, dann liegt das in erster Linie an der Verringerung der Zulassungszahlen für Studienanfänger und auch am erfolgreich abgeschlossenen Bund-Länder-Programm zum Neubau von Studentenwohnanlagen, in dessen Rahmen zwischen 1992 und 1996 knapp 1.000 neue Wohnplätze, davon 852 durch das *Studentenwerk*, geschaffen wurden.

In den fünfziger und sechziger Jahren waren die Wahlmöglichkeiten begrenzter. Es gab eigentlich nur die Alternative, bei den Eltern oder zur Untermiete zu wohnen. Über die Hälfte der Studierenden lebte damals in der typischen „Studentenbude“, etwa ein Drittel bei den Eltern, der Rest verteilte sich auf Studentenwohnheime und eigene Wohnungen. Heute sind die jungen Semester die eifrigsten „Nachfrager“ im *Studentenwerk*, da der Beginn des Studiums in der Regel mit dem Schritt in die selbständige Existenz zusammenfällt und zu diesem Zeitpunkt auch noch Provisorien oder typisch studentische Wohnformen akzeptiert werden. Grundsätzlich aber, das belegen alle Umfragen, gilt die eigene Wohnung auch unter Studierenden als die beliebteste und am meisten angegebene Wohnart. Der auch schon zum Gegenstand mancher Satire gewordene Trend, möglichst lange im „Hotel Mamma“ zu bleiben, schlägt sich statistisch dagegen „nur“ mit einem zweiten Platz nieder. Immerhin 24 Prozent wollen die elterliche Wohnung nicht verlassen. Als dritt wichtigste Wohnform behauptet sich neben diesen beiden die gute alte WG mit 20 Prozent. Die Formen privater Selbstversorgung liegen damit erheblich über der Nutzung von Wohnheimplätzen, die in der Hansestadt nur einen Anteil von 7,7 Prozent erreicht.

Ende der fünfziger Jahre (Düsseldorfer Wohnheimplan von 1959) hatte man noch von ganz anderen Entwicklungen geträumt. Damals wurde der Anspruch formuliert, Bund und Länder so in die Pflicht zu nehmen, daß 30 Prozent aller Studierenden mit Wohnheimplätzen versorgt werden. Von dieser Zahl ist man nicht nur in Hamburg weit entfernt geblieben. Ob sie heute aber überhaupt noch anzustreben wäre, ist durchaus fraglich. Denn in der Wunschliste der Studierenden bleiben zwei Wohnformen untergeordnete Größen: die Untermiete und das Studentenwohnheim. Der Vergleich zwischen Wunsch und Wirklichkeit studentischen Wohnens, der in der Hamburger Sonderauswertung der 14. Sozialerhebung des *Deutschen Studentenwerks* gezogen wurde, läßt daran keinen Zweifel.

Die Beliebtheitsskala studentischer Wohnformen belegt: Die jahrzehntelang typischste Art der Unterbringung, die „Untermiete“, ist völlig „out“. Appelle wie „Tausende suchen eine Bude“, die noch in den sechziger und zuletzt am Beginn der neunziger Jahre jedes Semester einleiteten, sind verstummt. Von den 3,6 Prozent Studierenden, die im Sommersemester-1994 die „Untermiete“ ankreuzten, hätten überhaupt nur 0,6 Prozent sie freiwillig gewählt. Entsprechend rückläufig ist daher auch der Bereich Zimmervermittlung im *Studentenwerk*, was jedoch ganz und gar nicht bedeutet, daß er entbehrlich ist. Gebraucht wird er vor allem von den ausländischen Studierenden, die nach wie vor die größten Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Anders als bei der „Untermiete“ fällt in der Rubrik „Studentenwohnheim“ die Relation von Wunsch und Wirklichkeit - zum Trost des *Studentenwerkes* - wenigstens proportional umgekehrt aus. Das Angebot in Hamburg mit inzwischen 4.900 Plätzen - von denen knapp 3.200 in der Trägerschaft des *Studentenwerks* sind - ist also trotz entspannter Wohnsituation noch knapp bemessen. Schuld daran ist vor allem eine weitgehende „Baupause“, die in den achtziger Jahren auf eine Phase gesteigerter Anstrengungen gefolgt war. Von 1960 auf 1980 war die Zahl der Wohnheimplätze des *Studentenwerks* von nur 130 auf immerhin 2.062 aufgestockt worden. Doch dann zog sich der Bund aus der Förderung zurück. Erst Anfang der neunziger Jahre kam es zu einem neuen Bund-Länder-Programm und einem Wiedereinstieg in die gemeinsame öffentliche Förderung, die den Hamburger Studierenden den erwähnten kräftigen Zuwachs um fast 1.000 Plätze bescherte.

Auch die „Wohnheimideologie“ hat ihre Geschichte. In der Gründungszeit der *Studentenhilfe* existierte lediglich eine Wohnungsvermittlungsstelle, 1922 wurde das erste Ledigenheim am Dulsberg für 110 Studierende gebaut. Nach dem zweiten Weltkrieg bietet das neue Studentenwohnheim in der Tesdorpfstraße 20 Notbetten, und an der Sternschanze steht eine Baracke als Wohnheim für 23 Studierende zur Verfügung. 1952 errichtet ein privater Träger das Christophorus-Haus in Groß Flottbek mit anfangs knapp 100 Plätzen, und 1957 wird das kleinste Wohnheim des *Studentenwerks* an der Grindelallee mit 60 Plätzen fertiggestellt.

Die eigentliche Zeit der Wohnheime begann erst mit den sechziger Jahren, nachdem es eine intensive Diskussion um eine Universitätsreform gegeben hatte: Der dabei wiederbelebte Gedanke, daß auch



1957: Wohnheim Grindelallee. Die früher traditionelle Heimform zeichnete sich durch lange Flure und aneinandergereihte Einzel- oder Doppelzimmer mit Sammelwasch- und WC-Anlagen aus.



1976: Studentenwohnanlage Kiwittdamm. Hier wurde zum ersten Mal die Appartementbauweise mit abgeschlossenen Wohngruppen verwirklicht.

die Pflege studentischen Gemeinschaftssinns stärker Beachtung finden müßte, kam dann vor allem in der Wohnheimplanung zum Tragen. Wohnheime sollten mehr sein als „Studentenhôtels“. Das jedenfalls war die vorherrschende Meinung, der sich auch die Universität qua Institution anschloß. Zwar räumte der damalige Senatsbeauftragte und Mentor für Wohnheimangelegenheiten, der Historiker Prof. Dr. Walther Lammers, ein, daß es zu dieser Frage gegensätzliche Stimmen gab, insgesamt aber verteidigte er, was damals durchgesetzt wurde: eine mit der Bauplanung der sechziger Jahre zugleich erlassene Wohnheimordnung, die sogenannte „Protektorenordnung“ von 1962. Durch sie sollten sich „bildende Formen studentischen Lebens“<sup>31</sup> entwickeln und auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Dozentenschaft und Studenten. Praktisch umgesetzt wurde die Idee dadurch, daß in jedes Wohnheim ein Professor (zum Teil mit Familie) einzog, der als „Protector“ den Erfahrungsaustausch mit den übrigen Wohnheimen garantierte und der in „seinem“ Haus als Ansprechpartner für die Heimbewohner zur Verfügung stand. Der Protector beaufsichtigte auch die Arbeit eines auf seinen Vorschlag ernannten „Tutors“, der mit politischen und musischen oder sonstigen Veranstaltungen „geistige Anregung“ geben und „die Bildung einer lebendigen Heimgemeinschaft fördern“ sollte. Dieser sehr pädagogische Ansatz wurde in den Studentenwohnheimen Hamburgs offensichtlich unterschiedlich umgesetzt, zum Teil einfach durch die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen wie Bibliothek, Sport- und Bastelräumen u.a., zum Teil aber auch durch intensive Veranstaltungsprogramme, wie z.B. im 1957 erbauten Studentenwohnheim Grindelallee:

Die beiden von der Vollversammlung gewählten Vertrauensstudenten regeln im Einvernehmen mit dem Protector und der Heimleiterin nicht nur alle Verwaltungsangelegenheiten, sondern organisieren und leiten auch jene freiwilligen Arbeitsgemeinschaften, Studienkreise, Sportveranstaltungen, Exkursionen und geselligen Abende, zu denen sich die Heimgemeinschaft immer wieder gern zusammenfindet. Das Heim ist darauf stolz, daß es bisher in allen Semestern stets ein reges Gemeinschaftsleben gegeben hat und nimmt darum besonders gerne solche Kommilitoninnen und Kommilitonen auf, die nicht nur „Konsumenten“ dessen sein wollen, was ihnen andere aufbereiten, sondern denen vor allem daran liegt, durch freiwillige Übernahme von Verpflichtungen das geistig und gesellig rege Miteinanderleben im Heim so gestalten zu helfen, wie sie es sich selbst wünschen.<sup>32</sup>

Der hier sogar zum Maßstab für die Aufnahme herangezogene Gemeinschaftswille konnte sich jedoch auch ganz anders niederschlagen und in der Presse jener Zeit diesen klischeehaften Ausdruck finden:

„Herrschaften, heute koche ich euch ein prima Sonntagsmenü“, ruft das Fräulein stud. jur. aus Berlin und beginnt in der kleinen Teeküche zu hantieren. Das Fräulein aus Berlin und

<sup>31</sup> Studentenwohnheime in Hamburg. Mitteilungen der Universität Hamburg, Nr. 11, Hamburg 1966, S.13.

<sup>32</sup> ebd. S. 47.

ihre Kommilitonen bilden eine fröhliche Kameradschaft im Elsa-Brändström-Haus.  
(Hamburger Abendblatt)

Fairerweise sei angemerkt, daß das Elsa-Brändström-Haus in der Trägerschaft des Roten Kreuzes stand, es ist jedoch nicht auszuschließen, daß auch in Häusern des *Studentenwerkes* der Zeitgeist ähnlich wehte.

Der dafür gewährte Wohnkomfort konnte sich aber auch sehen lassen:

Geboten wird: Zimmer mit Mobiliar und Bettwäsche, Licht, Heizung, zweimal die Woche Aufräumerfrau, Waschen des Bettzeugs, Warmwasser am Waschbecken. Für Bade und Duschräume gibt es vielfach Automaten. Eine Dusche zehn Pfennig, ein Bad zwanzig.

Im damals „modernsten und komfortabelsten“ Wohnheim, dem 1960 fertiggestellten Emil-Wolff-Haus mit 72 Plätzen in der Kaulbachstraße in Groß Flottbek, hatte sogar jeder Bewohner seine eigene Dusche:

Manchem erscheint dieser Komfort übertrieben. Andere finden es zweckdienlicher als die morgendliche Drängelei im Gemeinschafts-Duschraum.

Das Klischeebild des karg und anspruchslos lebenden Stubengelehrten, das in den sechziger Jahren offensichtlich noch in vielen Köpfen herumspukte, wäre angesichts der heutigen Entwicklung ganz und gar ins Wanken geraten. Denn inzwischen geht es nicht mehr um das Für und Wider individueller Versorgung mit Duschen, sondern um ganz neuartige Wohnformen, die eine Balance herzustellen versuchen zwischen dem Bedürfnis des Einzelnen nach Zurückgezogenheit und nach informellen Treffpunkten im Haus, die ein ungezwungenes Gemeinschaftsleben ermöglichen.

Die Konzeption der neuen Wohnanlagen trägt dem veränderten Bewußtsein und den gewandelten Bedürfnissen Rechnung. Das studentische Wohnen der achtziger und neunziger Jahre unterscheidet sich deutlich durch die Art des Wohnstils. Die früher traditionelle Heimform mit den langen Fluren und aneinandergereihten Einzel- oder Doppelzimmern mit Sammelwasch- und WC-Anlagen ist aufgegeben worden. Stattdessen wird - nach vielerlei Experimenten - das „Appartement-Konzept“ vertreten, bei dem die Planer von den studentischen WGs gelernt haben. Die Idee wurde erstmals 1976 mit der Wohnanlage Kiwitmoor verwirklicht. Die 237 Plätze verteilen sich auf abgeschlossene Wohngruppen für zwei, drei oder vier Studierende. Dieses Appartement-Konzept wurde dann bei allen Neubauten umgesetzt, so auch bei der jüngsten, 1996 fertiggestellten Wohnanlage des *Studentenwerkes* in Allermöhe: Die 228 Studierenden leben in insgesamt 52 Wohnungen unterschiedlicher Größe. Die Wohngemeinschaften können von nur zwei bis zu sieben Personen gebildet werden. Jede Einheit hat ihren eigenen Küchen- und Hygienebereich. Die eigentlichen, für alle Heimbewohner offenen Gemein-



1993: Wohnanlage Lokstedt in Hamburg-Eimsbüttel mit 108 Plätzen in Gruppen-Appartements.



1996: Wohnanlage Allermöhe in Hamburg-Bergedorf mit 228 Plätzen. Zum ersten Mal werden auch unmöblierte Zimmer angeboten.



schaftseinrichtungen sind an zentraler Stelle im Erdgeschoß konzentriert. In dieser Form wurde auch ein Gebäude der Graf-Goltz-Kaserne in Rahlstedt umgebaut, die 1992 von der Bundeswehr geräumt wurde und seit April 1995 teilweise von Studierenden bewohnt wird. Die Zustimmung zum „Appartement-Konzept“ ist „erfreulich hoch“. Für den Träger hat es den Vorteil, daß - sollten die Studentenzahlen weiter rückläufig sein - diese Häuser ohne große Schwierigkeiten als ganz normale Familienwohnungen angeboten werden können.

Der insgesamt beachtliche Aufbau, den das *Studentenwerk* in der jüngeren Gegenwart, vor allem in den sechziger, siebziger und neunziger Jahren, geleistet hat, beschränkt sich nicht auf die beiden Sektoren der indirekten Hilfe, also den Wohnheimbau und die Mensa-Versorgung. Für das *Studentenwerk* ist die Ausbildungsförderung zum dritten großen Standbein geworden und - trotz aller erfolgten Einschnitte - geblieben.

Als „Meilenstein“ auf dem Weg zur Ausbildungsförderung gilt das Jahr 1955, in dem sich die Kultusministerkonferenz und die Westdeutsche Rektorenkonferenz auf eine gemeinsame Entschließung verständigten: das „Honnefer Modell“ - so genannt nach dem Tagungsort Bad Honnef und geplant als eine sozial gerechte, übersichtliche und für alle Hochschulen der Bundesrepublik gültige Studienförderung. Die Umsetzung dieses Modells ließ dann zwar noch auf sich warten, wie so oft, wenn Bund und Länder sich auf Richtlinien und Finanzierungsanteile einigen müssen und - wie in diesem Fall - aus der Hamburger Schulbehörde heraus auch noch Befürchtungen über ein „Jungrententum“ der Studierenden lanciert wurden.

Dabei sah die Realität ganz anders aus. Auch damals war die Mehrheit der Studierenden auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen. Nur ein Viertel von ihnen konnte sich - dank der elterlichen Finanzierung - ein „Jungrententum“ leisten. Allen anderen - mag man sie nun „Werkstudenten“ oder „Teilzeitstudenten“ nennen - sollte ja gerade diese, nun erstmals auf breiter staatlicher Bezuschussung aufgebaute Studienförderung nach dem „Honnefer Modell“ finanzielle Erleichterung bringen.

Der nötige Druck zur Tat kam schließlich aus der Universität Hamburg. Ihr damaliger Rektor, der spätere Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller, stellte in der ersten Märzhälfte des Jahres 1957 eine Denkschrift vor, die Vorschläge über Förderungshöhen und Vergaberichtlinien enthielt. Das Echo in den anderen Hochschulen war positiv und wurde zu einer Antriebskraft: Noch im selben Jahr wurde die allgemeine Studienförderung Wirklichkeit. Der Stadtstaat Hamburg erhöhte dafür seine bis dahin gewährten Hilfen auf das fast Dreifache: von DM 220.000,- auf DM 600.000,-. Trotzdem reichte das Geld nicht, und Hamburg geriet in den Verdacht, die Bestimmungen zu großzügig gehandhabt zu haben. Es wurde nachgebessert, aber die Kritik wollte nicht so schnell verstummen. Immer wieder hieß es in der öffentlichen Diskussion, daß die neue Studienförderung schuld sei an der „Studentenschwemme“ (Ende der fünfziger Jahre waren es in Hamburg 9.000!). Dabei hatte der Anstieg der Studentenzahlen lange vor dem „Honnefer Modell“ eingesetzt, weil geburtenstarke

Jahrgänge ins Studienalter hineingewachsen waren und sich der Trend zu einer stärkeren Akademisierung der Gesellschaft zusätzlich niederschlug.

Für die Studentenwerke bedeutete die Entwicklung zu einer umfassenden staatlichen Begabtenförderung eine neue Aufgabe, um die sie hart kämpfen mußten. Als 1969 das „Honnefer Modell“ durch ein erstes Ausbildungsförderungsgesetz und 1971 dann durch das BAföG abgelöst wurde, gab es Pläne, bei den Gemeinden eigene Ämter für Ausbildungsförderung einzurichten. Dieser für die Studentenwerke existentiell bedrohlichen Überlegung, die eine erhebliche Verkleinerung und damit Bedeutungsschwächung bedeutet hätte, konnte schließlich begegnet werden. Da der Staat nicht bereit war, die Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes einer privatrechtlich organisierten Institution zu überlassen, brauchte auch die Hamburger Einrichtung eine neue Rechtsform: Seit dem 1. Januar 1976 ist das *Studentenwerk Hamburg* eine Anstalt des öffentlichen Rechts - nach mehr als fünfzig Jahren e.V.!

Das *Studentenwerk Hamburg* ist seitdem zur zentralen Instanz der sozialen Versorgung für alle Studierenden geworden, auch wenn der Anteil der Geschichte, den die Ausbildungsförderung daran hat, eher wechselhaft und heute besonders traurig ist. Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz von 1971 wurden Bund und Länder erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik durch Gesetz verpflichtet, nachrangig nach Eltern und Ehegatten die Ausbildungsförderung der Studierenden als eine staatliche Aufgabe anzusehen. Die Zielsetzung, Chancengleichheit im Bildungswesen herzustellen, konnte jedoch nur bedingt erreicht werden. Erfolgte die Förderung anfangs auf reiner Zuschußbasis, wobei der Zuschuß kostendeckend sein sollte, begann in den folgenden Jahren ein schrittweiser Abbau der Leistungen. Die Regelung des vollen Zuschusses hatte nur drei Jahre Bestand. Schon 1974 wurde ein Grunddarlehen eingeführt, und 1983 erfolgte die Umstellung der Förderung auf Volldarlehen. Erst sieben Jahre später trat eine deutliche Verbesserung ein: Das Volldarlehen wurde zurückgeführt auf 50 % Darlehen und 50 % Zuschuß. Aus einem zeitlichen Abstand von 25 Jahren und nach der mittlerweile 18. Novellierung muß festgestellt werden, daß die erste Fassung mit Abstand dem Anspruch nach sinnvoller Studienförderung am ehesten gerecht wurde. Lag die Gefördertenquote anfangs bei etwa 40 %, liegt sie heute - nach Zeiten kontinuierlichen Abbaus und unzureichender Anpassung der Elternfreibeträge - bei unter 15 %. Eine Trendwende ist nicht wirklich erkennbar. Jüngere Zahlen mögen den Abbau verdeutlichen: So ist die Zahl der Vollgeförderten von 50 % im Jahre 1980 auf heute 30 % gesunken, und der Anteil des BAföG an der Gesamtfinanzierung sank im selben Zeitraum von 25 % auf die Hälfte. Die Talfahrt des BAföG ist nicht mehr zu bremsen. Im Jahr des 75jährigen Geburtstages ist eine Reform mehr als überfällig. Daß das Hamburger Studentenwerk sich seit Jahren in diesem Sinne stark macht, soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben.

Neben diesen großen, sichtbaren Bereichen, die die Grundversorgung der Studierenden gewährleisten sollen, haben sich Zielsetzung und Aufgabenkreis des Studentenwerks weiter entwickelt. Das Studentenwerk bietet die Betreuung von Studierendenkindern in zwei Kindertagesstätten an sowie eine Sozial- und Gesundheitsberatung. Die Aufzählung ist nicht abschließend, und wenn die letztgenannten Tätigkeitsfelder auch nicht das Gewicht der drei Zentralbereiche haben, runden sie dennoch das Bild eines *Studentenwerkes* ab, auf dessen Leistungen für den „Lebensraum Hochschule“ nicht verzichtet werden kann.



1922: Auf dem Hof der Kindertagesstätte Bornstraße.

#### Chronik 1922 - 1997

1922 Der "Verein Hamburger Studentenhilfe e.V." wird am 12. April 1922 von Studierenden, Professoren und Personen aus dem Hamburger Wirtschaftsleben zur Unterstützung bedürftiger Studierender gegründet.

Es besteht eine Wohnungsvermittlungsstelle, eine Verkaufsabteilung für Gegenstände des täglichen Bedarfs zu niedrigen Preisen, eine Altbüchervermittlung.

Neuer Studenten-Typus der Nachkriegszeit ist der Werkstudent, der sein Studium durch Arbeit finanziert.

Im September 1922 wird ein Mietvertrag für das neuerbaute Ledigenheim am Dulsberg in der Elsässerstraße für 110 Studierende abgeschlossen. Es werden nur Männer aufgenommen.

1923 Eine „Mensa academica“ wird im Juli in der Rentzelstraße, im Hinterhof des ehemaligen Centralhotels, eröffnet. Die Fürsorge-Abteilung gewährt vereinzelt Freitische.

Währungsreform: Einführung der Goldmark; schlagartiger Rückgang der Zahl der Studierenden.

1928 Die Studentenhilfe erwirbt am 20. April 1928 das Haus Neue Rabenstraße 13. In diesem Studentenhaus werden nicht nur die Abteilungen des Vereins und eine Mensa mit 400 Plätzen untergebracht, sondern es bietet auch Räume für Treffen und geselliges Beisammensein.

1932 Einführung des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ für die Studentenschaft.

1933 "Gleichschaltung" aller Studentenwerke: Die Studentenhilfe nennt sich "Studentenwerk Hamburg, Wirtschaftsamt der Studentenschaft der Hamburgischen Universität" und wird dem Reichsstudentenwerk (Anstalt öffentlichen Rechts) zwangseingegliedert.

Im Juli 1933 wird auf einer Mitgliederversammlung der Studentenhilfe der „Zweck des Vereins“ unter den Vorbehalt der Nationalsozialistischen Rassenauslese gestellt: „Der Verein fördert nur begabte und unbemittelte Studenten, und zwar nach Auslesegesichtspunkten der nationalen Zuverlässigkeit...“. „Auslese der Tüchtigsten im Sinne nationalsozialistischer Forderungen“, Einführung der Pflichtuntersuchung aller Studenten auf Grundlage der national-sozialistischen Gesundheitsgesetze.

Ausbau einer „Kameradschaftsförderung“ an Stelle der allgemeinen Studienförderung.

1938 Durch Reichsgesetz vom 6. Juli 1938 wird das Studentenwerk als privater Verein aufgelöst und zu einer Dienststelle des Reichsstudentenwerks.

1945 Der Akademische Senat der Universität Hamburg beauftragt am 1. Juni 1945 Prof. Dr. Curt Eisfeld, einen Ausschuß „Studentenhilfe“ aufzubauen.

- 1945 Das Studentenhaus in der Neuen Rabenstraße wird im Juni 1945 von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt. Das Studentenwerk wird im Gebäude Tesdorpfstraße 20 untergebracht. Hier befindet sich auch ein Notquartier mit 20 Luftschutzbetten.
- Die Universität Hamburg nimmt im November 1945 den Studienbetrieb wieder auf.
- Das Studentenwerk wird durch eine Verfügung von Bürgermeister Petersen vorläufig der Schulverwaltung unterstellt.
- Der Zentralausschuß der Hamburger Studenten (ZA) wird im Mai 1945 von einer Gruppe von 20 Studenten gebildet. Die wesentlichen Prinzipien heißen: Rückkehr und Selbsterziehung zu den „alten“ humanen und ethischen Idealen.
- Zum Jahresende 1945 besteht ein eigenes „Sozialreferat“, das in erster Linie aus der Abteilung „Studentenhilfe“ besteht.
- Die Mensen in der Tesdorpfstraße und im Brauer-Haus in Eppendorf bieten einen Eintopf an - täglich 500 bis 700 Portionen. Das Essen gilt als schmackhaft, aber nicht nahrhaft genug. Viele Studenten sind unterernährt. Es herrscht Mangel an Kleidung.
- 1947 An der Sternschanze steht eine Baracke als Wohnheim für 23 Studierende zur Verfügung.
- 1948 Um den Studierenden über die ersten schwierigen Monate nach der Währungsreform hinwegzuhelfen, finden sich Studentenwerk, Allgemeiner Studenten-Ausschuß, Universitätsleitung, Hamburger Staat und Hamburger Bürger zu verschiedenen Hilfsaktionen zusammen.
- 1949 Die "Hamburger Studentenhilfe e.V." wird am 1. Dezember 1949 neu gegründet. Dem dreiköpfigen Vorstand gehören Prof. Dr. Curt Eisfeld (Vorsitzender), Prof. Dr. Kurt Heyns und cand. med. Rudi Haritz an.
- 1950 Prof. Dr. Kurt Heyns übernimmt den Vorsitz im Vorstand und übt dieses Amt bis 1958 aus (1.10.1950 bis 31.3.1958). Er besorgt in zum Teil unkonventioneller Weise die Finanzierung des Studentenhauses.
- 1952 Es erfolgt die Umbenennung in "Studentenwerk Hamburg e.V.". Einweihung des neuen Studentenhauses am damaligen Bornpark/Beneckestraße, dem ersten Bau auf dem heutigen Campus Von-Melle-Park. Das Studentenhaus ermöglicht eine zentrale Unterbringung aller Abteilungen und verfügt auch über Einrichtungen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind ( Restaurant, Bar und Kegelbahn).
- 1957 Die Allgemeine Studienförderung nach dem Honnefer Modell wird begründet und dem Studentenwerk zur Durchführung nach Bundes- und Landesrichtlinien übertragen.
- In der Grindelallee wird ein Studentenwohnheim mit 60 Plätzen fertiggestellt.
- 1958 Prof. Dr. Erich Otremba übernimmt den Vorsitz im Vorstand (1.4.1958 bis 31.12.1961).

- 1958 Das Studentenhaus wird um einen zweiten Mensasaal und um Räume für den Allgemeinen Studenten-Ausschuß erweitert.
- 1959 Prof. Dr. Hans Lehmitz wird Geschäftsführendes Vorstandsmitglied (1.4.1959 bis 31.8.1969).
- Der Düsseldorfer Wohnheimplan wird von den Gremien des Deutschen Studentenwerks (DSW) verabschiedet: Hiernach sollen 30 Prozent der Studierenden einen Wohnheimplatz erhalten, gefördert von Bund und Ländern
- 1960 Im Universitäts-Krankenhaus Eppendorf wird eine Mensa für die Medizinstudenten eingerichtet.
- In das Wohnheim Emil-Wolff-Haus ziehen 74 Studierende ein.
- 1961 Der Kieler Studentenhaus-Plan wird von den Gremien des DSW verabschiedet. Er sieht die Errichtung von Studentenhäusern an allen Hochschulen vor.
- 1962 Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Herbert Jacob übernimmt den Vorsitz im Vorstand (1.1.1962 bis 12.7.1971).
- Der Bochumer Mensaplan wird von den Gremien des DSW verabschiedet. Er sieht vor, daß der staatliche Zuschuß die Herstellungskosten deckt und der Student den Wareneinsatz zahlt.
- Die Universität Hamburg erwirbt zugunsten der Studierenden die Mitgliedschaft in der Deutschen Studenten-Krankenversicherung (DSKV) VaG; das Studentenwerk richtet die Geschäftsstelle ein.
- 1963 In schwierigen Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg wird eine wesentliche Zuschußerhöhung für das Mensa-Essen entsprechend dem Bochumer Mensaplan erreicht.
- 1964 Der erste Bauabschnitt des Paul-Sudeck-Hauses mit 192 Plätzen wird bezogen.
- 1965 Das Wohnheim Rudolf-Laun-Haus mit 186 Plätzen wird fertiggestellt.
- 1966 Die Inbetriebnahme des langfristig gepachteten Curio-Hauses schafft eine wesentliche Entlastung für die Mensa im Studentenhaus.
- 1967 Das Studentenwerk fordert, daß als Folge der verstärkten Bildungspolitik die Mittel/Zuschüsse für den Sozialsektor erhöht werden.
- 1968 Der zweite Bauabschnitt des Paul-Sudeck-Hauses mit 285 Plätzen wird bezogen.
- 1969 Im Universitätsgesetz vom 23. April 1969 wird die Zuständigkeit des Studentenwerks für die Durchführung sozialer Aufgaben eindeutig festgelegt.
- Die studentische Arbeitsvermittlung wird an das Arbeitsamt Hamburg übergeben.
- Ein mehrtägiger Mensastreik richtet sich gegen geringfügige Preiserhöhungen.

- 1969 Die Studenten-Bücherei wird aufgelöst und der Landeskirchlichen Bibliothek übertragen.  
Manfred Klee wird zum Geschäftsführenden Vorstandsmitglied bestellt (1.9.1969 bis 31.12.1975) und ab 1.1.1976 als Geschäftsführer der Anstalt des öffentlichen Rechts übernommen.
- 1970 Das Studentenwerk erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, für die Erfüllung der sozialen Aufgaben im Gesamthochschulbereich Hamburg zu sorgen.
- 1971 stud. jur. Gerhard Strate übernimmt den Vorsitz im Vorstand (25.10.1971 bis 31.3.1972). Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) löst die Allgemeine Studienförderung nach dem Honnefer Modell ab. Die Geförderten-Quote beträgt 40 %.  
In einem sechsmonatigen Mietstreik fordern die Wohnheimstudenten - unterstützt von Hochschul-  
lehrern - den Bau neuer Wohnanlagen und sprechen sich gegen Mieterhöhungen aus.  
Das Studentenwerk übernimmt drei Studentenwohnheime mit zusammen 405 Plätzen von privaten  
Trägern ( Unnastraße, Hagenbeckstraße, Grandweg ).
- 1972 Das Studentenwerk wird Träger der Kindertagesstätte Bornstraße mit zunächst 20 Plätzen. Erwei-  
terung 1983 auf 32 Plätze und 1989 auf 48 Plätze.  
stud. phil. Wolfgang Homfeld übernimmt den Vorsitz im Vorstand (ab 11.4.1972).  
50jähriges Jubiläum des Studentenwerks Hamburg. Übernahme eines neuen Mensabetriebes in  
Bergedorf mit 250 Plätzen. Die Wohnraumzentrale wird eingerichtet.
- 1974 Die Mensa Studentenhaus wird nach einer Sanierungs- und Umbauzeit von 14 Monaten mit der neuen  
Kapazität von täglich 4.500 Portionen eröffnet.
- 1975 Inbetriebnahme der Mensa Saarlandstraße mit 190 Sitzplätzen.  
Das Gesetz über das Studentenwerk Hamburg (Studentenwerksgesetz - StWG) wird am 10. Novem-  
ber 1975 durch die Bürgerschaft beschlossen. Änderung der Rechtsform zum 1. Januar 1976 vom  
eingetragenen Verein zur Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Freie und Hansestadt Hamburg wäre  
langfristig nicht bereit gewesen, dem Verein die Durchführung des BAföG und anderer staatlicher  
Aufgaben zu übertragen.
- 1976 Die Mensa Berliner Tor (525 Plätze) wird ihrer Bestimmung übergeben.  
Das Studentenwerk wird durch Anordnung der Behörde für Wissenschaft und Kunst als Amt für Aus-  
bildungsförderung bestellt.  
Die Studentenwohnanlage Kiwitte moor mit 237 Plätzen wird bezogen.  
Das Amt für Ausbildungsförderung bezieht ab 1. Januar 1977 Räume in der Grindelallee 9.

- 1977 In den sechs Mensabetrieben werden fast zwei Millionen Essen ausgegeben.  
Übernahme des Erfrischungsraumes Geomatikum mit 125 Plätzen und Nutzung als provisorische  
Mensa.
- 1979 Die Burse (140 Plätze) und das Gustav-Radbruch-Haus (472 Plätze) werden vom Studentenwerk  
nach Konkurs des Wohnheimträgers "Freunde der Burse e.V." übernommen.
- 1980 Das Studentenwerk legt ein "Programm zum Ausbau der Sozialeinrichtungen für Studierende der  
Hamburger Hochschulen bis zum Jahr 1990" vor.
- 1982 Die Universität Hamburg überträgt dem Studentenwerk das Georgi-Haus mit 98 Plätzen.  
Das Studentenwerk eröffnet die Mensabetriebe City Nord und Botanischer Garten (jeweils 150  
Plätze).
- 1983 Umstellung der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf Voll Darlehen.
- 1984 Das zwölfte Wohnheim des Studentenwerks, die Wohnanlage Harburg, wird von 216 Studierenden  
bezogen.
- 1985 Die Neigung zu gesundheitsbewußter Ernährung nimmt zu. Vegetarische Gerichte und Reformkost  
betragen etwa 10 % der rund 2,3 Millionen ausgegebenen Essen.
- 1986 Der Zuschuß zum Mensa-Essen wird trotz erheblicher Proteste um DM 0,30 je Essen gekürzt; der  
Ausgleich erfolgt durch Anhebung der Semesterbeiträge.
- 1987 Nachdem in den Jahren 1985 und 1986 eine Entspannung auf dem studentischen Wohnungsmarkt  
festzustellen war, steigt die Nachfrage erneut. Entgegen fast aller Prognosen nimmt die Zahl der  
Studierenden wieder zu.
- 1988 Das Studentenwerk richtet eine Allgemeine Sozialberatung ein.
- 1990 Mit dem 12. BAföG-Änderungsgesetz wird die Ausbildungsförderung nicht mehr als Voll darlehen,  
sondern wieder zu 50 % als Zuschuß gewährt.  
Die Entscheidung des Bundes für ein neues Förderprogramm beim Wohnheimbau wird vom  
Studentenwerk nachhaltig begrüßt. Als sichtbares Ergebnis wird Anfang 1991 mit dem Bau des  
Europa-Hauses begonnen.
- 1991 Das Studentenwerk legt sein "Programm zum Ausbau der Sozialeinrichtungen für Studierende der  
Hamburger Hochschulen bis zum Jahr 2000" vor.  
Die Mensa Harburg (300 Plätze) wird in Betrieb genommen.

- 1992 Das Europa-Haus wird bezogen (128 Plätze).  
Die Mensa Stellingen mit 150 Plätzen wird eröffnet; dieses Provisorium sollte bis zum Neubau einer Mensa nach Möglichkeit nicht länger als drei Jahre dauern.
- 1993 Die Wohnanlage Lokstedt ( 108 Plätze) wird bezogen.
- 1994 62 Studierende ziehen in das sanierte Wohnhaus Ottersbekallee ein.  
Das Semester-Ticket für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird an der Universität, der Fachhochschule und der Technischen Universität Hamburg-Harburg eingeführt. Das Studentenwerk übernimmt die Verwaltung des Härtefonds.
- 1995 Nach achtmonatiger Bauzeit steht die neue Wohnanlage in Rahlstedt bereit: 136 Studierende ziehen in ein Gebäude der ehemaligen Graf-Goltz-Kaserne.  
Durch Aufstockung ist die Studentenwohnanlage Hagenbeckstraße um 62 Plätze erweitert worden.  
Die ersten Studierenden beziehen die Wohnhäuser Harburg (insgesamt 128 Plätze).  
Einweihung der Kindertagesstätte Hallerstraße mit 64 Plätzen.
- 1996 Abschluß einer Leistungsvereinbarung mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung entsprechend den Grundsätzen des "Neuen Steuermodells".  
Trotz intensiver Bemühungen um eine Alternativfinanzierung wird der Bau der „Mensa am Geomatikum“ wegen der Finanzenge beim Bund und der Freien Hansestadt Hamburg auf das Jahr 2000 verschoben.  
Die Wohnanlage Allermöhe mit 228 Plätzen wird fertiggestellt und bezogen.  
Das Bund-Länder-Neubauprogramm mit insgesamt 852 Plätzen wird durch Pflanzen einer Hainbuche symbolisch abgeschlossen.  
Zum Wintersemester treten durch das 18. BAföG-Änderungsgesetz weitere Verschlechterungen für die Studierenden ein. Die Quote der Geförderten sinkt auf unter 15 %.
- 1997 Das Studentenwerk Hamburg besteht am 12. April 75 Jahre.  
Das Curio-Haus wird aufgegeben. Das Studentenwerk übernimmt die Cafeteria im Gebäude der Wirtschaftswissenschaften und gestaltet sie nach erfolgter Asbestsanierung um. Insgesamt entstehen 350 Plätze.  
Das Wohnhaus in der Bornstraße 2 mit 28 Plätzen wird von der Universität Hamburg übernommen.



1995: Die Kindertagesstätte in der Hallerstraße wird eingeweiht.

**Studentenwerk in Zahlen 1922 - 1997**

	1922/23	1930	1940	1950	1960
<b>1. Allgemeine Angaben</b>					
- Summe der Gewinn- und Verlustrechnung	RM 40.000,--	RM 325.000,--	RM 211.000,--	DM 543.000,--	DM 2.551.000,--
- Hauptberufliche Mitarbeiter	2	40	17	14	134
- Studierende im Sommersemester	4.646	4.167	1.073	5.000	12.674
- Semesterbeitrag je Student/in	RM 5,--	RM 6,--	RM 10,--	DM 8,--	DM 10,--
<b>2. Mensa-Essen</b>					
- Ausgegebene Mensa-Essen (Portionen)	60.000	184.100	24.000	119.700	668.600
- Preis je Stammessen	RM 0,25	RM 0,60	RM 0,70	DM 0,35	DM 0,90
- Durchschnittspreis je Essen	RM 0,25	RM 0,60	RM 0,70	DM 0,35	DM 0,85
<b>3. Ausbildungsförderung</b>					
- Ausgezählte Fördermittel	RM 1.000,--	RM 28.000,--	RM 67.000,--	DM 227.000,--	DM 2.800.000,--
- Monatlicher Förderungsbetrag	----	----	----	DM 50,--/100,--	DM 200,--
<b>4. Wohnheime</b>					
- Zahl der Wohnheimplätze	114	114	----	----	130
- Monatliche Miete im Einzelzimmer	RM 12,--	RM 22,--	----	----	DM 59,--
<b>5. Krankenversicherung</b>					
- Leistungen der Krankenversicherung	----	----	RM 42.000,--	DM 103.000,--	DM 146.000,--
- Beitrag je Student und Semester	----	----	RM 14,50	DM 8,--	DM 8,--

In den 75 Jahren seines Bestehens bilanzierte das Studentenwerk in folgenden Währungen:

12. 4. 1922 - 12. 10. 1923:	Inflationsmark (M)
13. 10. 1923 - 29. 8. 1924:	Rentenmark (RM)
30. 8. 1924 - 20. 6. 1948:	Reichsmark (RM)
seit 21. 6. 1948:	Deutsche Mark (DM)

	1970	1980	1990	1997
	DM 8.761.000,--	DM 22.981.000,--	DM 41.415.500,--	DM 68.000.000,--
	293	359	405	450
	19.225	42.819	60.040	62.000
	DM 10,90	DM 18,--	DM 40,--	DM 40,--
	1.287.200	1.912.085	2.422.345	2.500.000
	DM 1,25	DM 1,50	DM 2,20	DM 2,50
	DM 1,33	DM 1,93	DM 2,75	DM 3,30
	DM 18.959.000,--	DM 79.443.000,--	DM 93.866.000,--	DM 70.000.000,--
	DM 350,--	DM 620,--	DM 750,--	DM 830,--
	1.102	2.062	2.324	3.200
	DM 94,--	DM 160,--	DM 210,--	DM 288,--
	DM 1.471.000,--	----	----	----
	DM 75,--	----	----	----

In der ersten Spalte „1922/23“ betreffen die Wertangaben das Geschäftsjahr 1923. Im Gründungsjahr des Studentenwerks galt noch die Inflationsmark; nach dieser Währung betrug zum Beispiel die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung M 15.530.700,--, und ein Essen kostete M 20,--. In der letzten Spalte „1997“ wurden die Angaben auf der Grundlage von Ergebnissen 1996 hochgerechnet bzw. geschätzt.

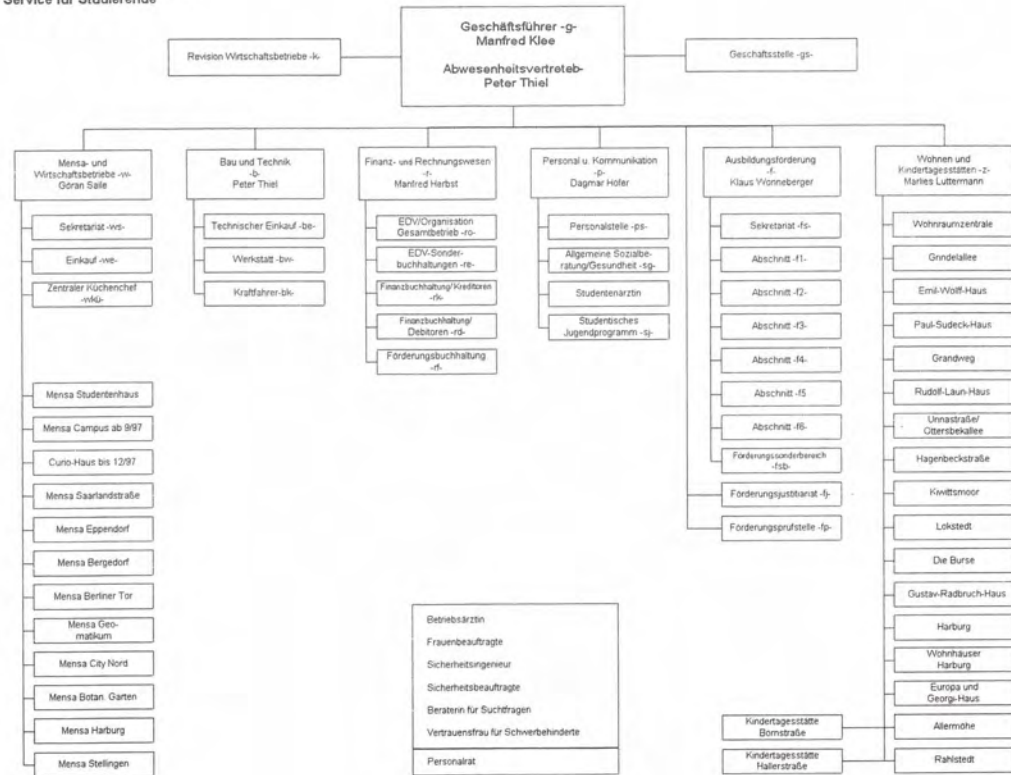
**Fünfjahresschritte 1970 - 1995**

	1970	1975	1980
<b>Allgemeine Angaben</b>			
- Zahl der Studierenden im Sommersemester	19.225	34.947	42.819
- Semesterbeitrag je Student/in (DM)	10,90	13,90	18,--
- Zahl der Mitarbeiter			
nach dem Stellenplan am 31. Dezember nach der	293	319	359
Meldung an die Berufsgenossenschaft	242	249	270
- Lohn- und Gehaltssumme (DM)	3.748.000,--	7.174.000,--	9.898.000,--
- Summe der Erträge nach der GuV-Rechnung (DM)	8.761.000,--	15.788.000,--	22.981.000,--
- Bilanzsumme	4.828.000,--	11.243.000,--	25.998.000,--
<b>Wirtschaftsbetriebe</b>			
- Gesamt-Umsatzerlöse (incl. Zuschuß der FHH) (DM)	5.771.000,--	8.908.100,--	11.960.000,--
- An Studierende ausgegebene Essen (Portionen)	1.287.200	1.675.332	1.912.085
- Ausgabepreis je Essen			
Stammessen (DM)	1,25	1,45	1,50
- Durchschnittspreis je Essen (DM)	1,33	1,80	1,93
- Zuschuß der FHH zum Mensa-Essen (DM)	1.416.000,--	3.207.500,--	5.591.000,--
<b>Ausbildungsförderung</b>			
- Ausgezählte Förderungsmittel (DM)	18.959.000,--	65.584.000,--	79.443.000,--
- Antragsteller und geförderte Studierende			
Zahl der Antragsteller	10.041	18.002	17.591
Zahl der Geförderten	9.128	12.514	12.467
Geförderte in v.H. der deutschen Studierenden	36,0 %	37,8 %	31,1 %
- Monatlicher Förderungsbetrag (DM)	350,--	500,--	620,--
- Durchschnittlicher Förderungsbetrag (DM)	245,--	416,--	523,--
<b>Studentisches Wohnen</b>			
- Gesamteinnahmen (Mieten, Zuschüsse u.a.)	1.056.000,--	2.656.000,--	4.252.000,--
- Zahl der Plätze in Wohnheimen	1.102	1.623	2.062
- Monatliche Miete je Einzelzimmer (DM)	94,--	130,--	160,--

	1985	1990	1995
	57.162	60.040	63.564
	30,--	40,--	40,--
	385	405	456
	300	309	340
	12.989.000,--	15.284.000,--	21.055.000,--
	46.605.000,--	41.415.500,--	66.540.100,--
	27.960.000,--	63.473.000,--	125.540.000,--
	15.699.900,--	18.421.000,--	23.773.000,--
	2.275.060	2.422.345	2.606.766
	2,--	2,20	2,50
	2,43	2,75	3,32
	6.140.100,--	6.119.000,--	8.145.000,--
	80.606.000,--	93.866.000,--	79.484.000,--
	17.131	19.288	14.694
	11.876	11.937	9.951
	22,1 %	21,3 %	17,1 %
	690,--	750,--	830,--
	582,--	655,--	684,--
	8.187.000,--	8.917.000,--	12.354.000,--
	2.371	2.324	3.183
	190,--	210,--	272,--

Studentenwerk Hamburg  
"Service für Studierende"

Organisationsplan



Abteilungsleiter/innen und der Geschäftsführer (von links): Peter Thiel, (Bau und Technik), Marlies Luttermann (Wohnen und Kindertagesstätten), Manfred Klee (Geschäftsführer), Dagmar Höfer (Personal und Kommunikation), Klaus Wonneberger (Ausbildungsförderung), Manfred Herbst (Finanz- und Rechnungswesen), Göran Saile (Mensa- und Wirtschaftsbetriebe).





**Vorsitzende des Verwaltungsausschusses bzw. des Verwaltungsrates ab 1959**

1959	Prof. Dr. O. Brunner	)	
1960	Prof. Dr. H. Thielicke	)	
1961/62	Prof. Dr. R. Sieverts	)	Rektoren der Universität Hamburg
1963/64	Prof. Dr. E. Sperner	)	
1965/66	Prof. Dr. K.-H. Schäfer	)	
1967/68/69	Prof. Dr. W. Ehrlicher	)	
1970 - 1990	Dr. P. Fischer-Appelt		Präsident der Universität Hamburg
1991 - 1994	Dr. J. Lühje		Präsident der Universität Hamburg
ab Juli 1994	Prof. Dr. R. Dalheimer		Präsident der Fachhochschule Hamburg

**Ehrenamtliche Vorsitzende des Vorstandes ab 1945**

1945	- 30.9.1950	Prof. Dr. Curt Eisfeld
1.10.1950	- 31.3.1958	Prof. Dr. Dr. h.c. Kurt Heyns
1.4.1958	- 31.12.1961	Prof. Dr. Erich Otremba
1.1.1962	- 12.7.1971	Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Herbert Jacob
25.10.1971	- 31.3.1972	stud. jur. Gerhard Strate
ab 11.4.1972		Wolfgang Homfeld

**Hauptamtliche geschäftsführende Vorstandsmitglieder bzw. Geschäftsführer ab 1949**

1949 - 1957	Erich Müller
1958 - 1962	Karl-Heinz Frank
1959 - 1969	Prof. Dr. Hans Lehmitz
ab 1.9.1969	Dipl.-Kfm. Manfred Klee



Prof. Dr. Curt Eisfeld



Prof. Dr. Dr. h.c. Kurt Heyns



Prof. Dr. Erich Otremba



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Herbert Jacob



Verwaltungsgebäude Grindelallee 9; Sitz der Förderungsverwaltung seit 1977 und der Allgemeinen Sozialberatung seit 1996.



Wohnanlage Rahlstedt; Umwandlung eines Kasernengebäudes; Sanierung 1995; 136 Plätze.



Mensa Harburg; 300 Plätze; Betriebsbeginn 1991; Nutzung durch die Studierenden der Technischen Universität Hamburg-Harburg.



Mensa Eppendorf; 220 Plätze; Betriebsbeginn 1954; Erweiterung 1962; Nutzung durch die Studierenden am Universitätskrankenhaus Eppendorf.



Wohnhäuser Harburg in der Moorstraße (Foto) und in der Bunatwiete; insgesamt 128 Plätze; Baujahr 1995.



Wohnanlage Gustav-Radbruch-Haus; 476 Plätze; Baujahr 1969; Sanierung 1983:



Wohnanlage Unnastraße; 124 Plätze; Baujahr 1965.



Europa-Haus; 128 Plätze; Baujahr 1992; unmittelbarer Anschluß an das Georgi-Haus.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Mensa (1982) und in der Förderungsverwaltung (1989).